Klassenkampf

Kommunistisches Organ
für den Bezirk Halle-Merseburg mit der Illustrierten Arbeiter-Zeitung „Der Rote Stern"

Der „Klassenkampf" erscheint jeden Werktag nachmittag, außer Sonn- und Feiertag. Bezugspreis: frei Haus monatlich 2,30 Mark; durch die Post bezogen 2,00 Mark, ohne Zustellungsgebühr. Verlag und Druck: Produktiv-Genossenschaft für den Bezirk Halle-Merseburg, GmbH., Halle, Lerchenfeldstraße 14.

Anzeigenpreis: 13 Goldpfennig f. d. Millimeter Höhe u. Spalte; 70 Goldpfennig f. Reklame im Textteil. Manuskripte zu richten nach Halle, Lerchenfeldstr. 14. Tel. 1045, 1047, 2251. Telegr.-Adr.: Klassenkampf Halle. Bankkonto: Commerz- u. Privat-Bank, Halle. Postscheckkonto: Leipzig 1068 48 Frih Kred. Halle.

Einzelpreis 15 Pf. | **Halle, Donnerstag, 6. Mai 1926** | **6. Jahrgang * Nr. 106**

Streik in Deutschland – beste Hilfe für die englischen Brüder!

Kampfvorschläge der KPD. an den ADGB.

Die Kommunistische Partei hat gestern durch die Genossen Thälmann und Heckert im Bundesvorstand des ADGB. eine Reihe von **Vorschlägen zur Unterstützung der englischen Arbeiter** und zur Ausnutzung der durch den Generalstreik in England geschaffenen Lage zugunsten der deutschen Arbeiterklasse gemacht. Es ist die Aufgabe aller klassenbewußten Arbeiter, diese Vorschläge in die Tat umzusetzen. Die Sabotage, die jeder ernsthaften Unterstützung der englischen Arbeiter und dem einheitlichen Kampf der deutschen Arbeiter für ihre Forderungen in den reformistischen Gewerkschaftsleitungen begegnet, kann nur durch den **energischen Kampf aller Gewerkschaftsmitglieder** gebrochen werden.

*

Berlin, den 5. Mai 1926.

An den Bundesvorstand
des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes,

Werte Genossen!

Die außerordentliche Tragweite des englischen Generalstreiks für die gesamte internationale Arbeiterbewegung und insbesondere für die deutschen Arbeiter veranlassen uns, dem Bundesvorstand des ADGB. folgende Vorschläge zu einer wirklich tatkräftigen Unterstützung der englischen Arbeiterklasse zu machen:

1. Die Brüsseler Entschließung des Exekutiv-Ausschusses der Bergarbeiter-Internationale bildet zweifellos eine günstige Basis für die Entfaltung einer internationalen Solidaritätsaktion für den Kampf der englischen Arbeiter. Jedoch hängt alles davon ab, daß die dort in Betracht gezogenen Maßnahmen so schnell wie möglich **durchgeführt** werden. Die englischen Arbeiter stehen bereits im Kampf. Jede Stunde ist kostbar. Jede Verzögerung der Solidaritätsaktion nützt unmittelbar der englischen Bourgeoisie, die alle ihre Kräfte zusammenrafft, um die englischen Arbeiter niederzuschlagen. Es gibt nur eine Möglichkeit, die internationale Hilfsaktion in Gang zu bringen: **die selbständige Initiative** der angeschlossenen nationalen Verbände. Wir schlagen deshalb vor, unverzüglich das gemeinsame Vorgehen der wichtigsten Verbände auch in Deutschland zu organisieren, um die durch den Generalstreik in England geschaffene Lage **auch zu Gunsten der deutschen Arbeiter auszunützen.**

2. Die KPD. betrachtet es als ungenügend, wenn der Bergarbeiter- und Transportarbeiterverband den Export von deutscher Kohle bloß nach England verhindert. Diese Maßnahme allein würde im gegenwärtigen Moment einen Schlag ins Wasser bedeuten. Denn es ist bekannt, daß die englische Industrie und das Transportwesen für längere Zeit mit Kohle eingedeckt sind. Worauf es ankommt, ist, zu verhindern, daß die deutsche Bourgeoisie in die Lage versetzt wird, für England **am Weltmarkt** einzuspringen, um auf diese Weise zum wirksamsten Streikbrecher gegenüber der kämpfenden englischen Arbeiterschaft zu werden. Wir schlagen deshalb vor, daß **für die Dauer des englischen Streiks jeglicher Export von Kohle eingestellt wird.**

3. Ebenso muß verhindert werden, daß unter dem Titel **„Reparationslieferungen"** der englischen Bourgeoisie Kohle für Exportzwecke seitens der deutschen Bourgeoisie zur Verfügung gestellt wird, weil auf diese Weise ein großer Teil des Exportbedarfs der englischen Bourgeoisie für die nächste Zeit eingedeckt werden könnte.

4. Wir schlagen weiter vor, **zur sofortigen Schaffung eines Unterstützungsfonds für den englischen Kampf einen Extrabeitrag von allen Mitgliedern des ADGB.** zu erheben.

5. Die durch den Generalstreik in England geschaffene Lage ist besonders geeignet, endlich **auch in Deutschland den Kampf für die Forderungen der Bergarbeiter und der gesamten Arbeiterschaft — Achtstundentag, Siebenstundenschicht im Bergbau, höhere Löhne, ausreichende Unterstützung der Erwerbslosen und Kurzarbeiter — zu organisieren.** Es ist durchaus ungenügend, wenn der BAV. den Bergarbeitern empfiehlt, keine Ueberschichten zu verfahren. Notwendig ist die fristlose Aufhebung des Arbeitszeitabkommens und die **restlose Wiederherstellung der Siebenstundenschicht.**

6. Um dies zu erreichen und den Sieg zu gewährleisten, ist sofort ein **Bündnis der Bergarbeiter, Eisenbahnarbeiter, Transportarbeiter und Metallarbeiter** herzustellen.

7. Die Durchführung all dieser, sowohl für die deutsche, als für die englische Arbeiterklasse lebensnotwendigen Maßnahmen kann selbstverständlich **nur im Kampfe** erfolgen. Seit langem war die Lage nicht so günstig wie jetzt. Alle Voraussetzungen für eine siegreiche Beendigung des Kampfes sind gegeben. Die Sympathie der deutschen Arbeiterschaft für die Kämpfe der englischen Brüder hat breiteste Schichten ergriffen. Zur Durchführung dieser und aller anderen, sich aus der täglich sich verschärfenden Situation ergebenden Maßnahmen, sowie der Beschlüsse der Brüsseler Tagung ist die **Proklamierung des sofortigen Streiks der deutschen Berg- und Transportarbeiter, der Eisenbahner, Binnenschiffer, Hafenarbeiter und Metallarbeiter mit dem Ziel der restlosen Unterstützung des englischen Kampfes und der Durchsetzung der Forderungen der deutschen Arbeiterschaft notwendig.** Zur Durchführung des Kampfes ist die Einsetzung einer **zentralen Kampfleitung** aus allen beteiligten Verbänden erforderlich. Wir halten es zum Schluß für unbedingt notwendig, daß der **ADGB. die ganze deutsche Arbeiterschaft für diesen Kampf mobilisiert,** sie zu Demonstrationsversammlungen aufruft, in denen einerseits der tatkräftigen Sympathie zum englischen Kampfe Ausdruck gegeben und andererseits der Kampfwille der breitesten Massen zusammengefaßt wird.

8. Der Kampf in England ist eine Kraftprobe, die die imperialistische englische Bourgeoisie der englischen Arbeiterklasse liefert, weil diese sich immer mehr und mehr für den revolutionären Kampf um die Ziele des Sozialismus organisiert. Wir halten es für nötig, daß in der gewerkschaftlichen Kampagne dieser Charakter des Kampfes um so mehr herausgehoben wird, als auch in Deutschland die Offensive der Unternehmer von einem immer schärfer werdenden Angriff der Reaktion gegen die Arbeiterbewegung geleitet wird.

Wir sind der festen Ueberzeugung, daß eine Durchführung unserer Vorschläge **die Kraft des deutschen Proletariats erhöhen und den Einfluß der Gewerkschaften in den breiten Massen festigen würde.** Wir schlagen Euch vor, diese Vorschläge zur Grundlage der Aktion des ADGB. anläßlich des Kampfes in England zu machen und erwarten von Euch eine dementsprechende Antwort.

Mit proletarischem Gruß!

Zentralkomitee der KPD.

*

Die Maßnahmen zur Unterstützung der englischen Arbeiter, wie sie von den **Gewerkschaftsspitzen,** was wir weiter unten eingehender behandeln, beschlossen worden sind, müssen als **völlig ungenügend bezeichnet** werden. Die wirklich **notwendigen Kampfesmaßnahmen sind in diesen oben veröffentlichten Vorschlägen des Zentralkomitees der KPD. an den ADGB. aufgezeigt.** Angesichts der Halbheiten und Zweideutigkeiten der Gewerkschaftsspitzen ist es umsomehr notwendig, **die breiteste Mobilmachung aus den Betrieben und Gewerkschaften heraus für diese allein möglichen Kampfesmaßnahmen herbeizuführen.**

Allein schon die **gewerkschaftliche Situation in Mitteldeutschland** zeigt die Notwendigkeit wirklicher Kampfesmaßnahmen. Fast alle Industriegruppen, besonders die Metallarbeiter, stehen in ernsten Tarifkämpfen. Die Lage der mitteldeutschen Bergarbeiter ist sprichwörtlich als eine der schlechtesten zu betrachten. Bei acht- bis zehnstündiger **Arbeitszeit unter Tage und bei zehn- bis zwölfstündiger Arbeitszeit über Tage geht der Kumpel im Mansfeldischen von 18 bis höchstens 25 Mark Wochenlohn nach Hause.** Das zu derselben Zeit, wo eine Mansfeld-A.-G. trotz der bekannten Bilanzverschleierungen eine **Dividendenausschüttung von 8 Prozent** zugeben muß.

Jetzt ist der Zeitpunkt gekommen, wo alle diese **einzelgewerkschaftlichen Kämpfe verbunden und in Beziehung gebracht werden müssen zu dem gewaltigen englischen Generalstreik.** Die einzige Konsequenz, die heute möglich ist, das ist die sofortige Rüstung zu einem

Solidaritätsstreik derart, daß auch die gewerkschaftlichen Forderungen der deutschen Arbeiter restlos erfüllt werden.

Flaggenstreit – Regierungskrise

Wird die SPD. auch diesmal die Luther-Regierung retten?

Der gestern bereits von uns erwähnte Flaggenstreit zieht immer größere Kreise. Trotz des Protestes der Demokraten, des Zentrums und der SPD. hat der Reichspräsident Hindenburg und das Reichskabinett die Flaggenverordnung zugunsten von Schwarz-weiß-rot im Auslande unterzeichnet. Dadurch ist eine schwere Regierungskrise akut geworden. Das Reichsbanner führte gestern in Berlin eine Demonstration durch, in der der Ruf erschallte: Nieder mit dieser Regierung! Nieder mit Luther und Marx! Es sprachen Vertreter des Zentrums, der Demokraten und der SPD. Die SPD. wird dem Reichstag eine Interpellation einreichen. Um die sogenannten Regierungsparteien und die SPD. vor eine klare Entscheidung zur Luther-Regierung zu stellen, hat die kommunistische Reichstagsfraktion ein unbegründetes Mißtrauensvotum gegen die Reichsregierung eingebracht.

*

Zwei wichtige Tatsachen haben die bereits gestern erwähnte Flaggenfrage zu einer akuten Krise werden lassen. Während gestern noch lediglich in den Kreisen der Regierung und des Reichspräsidenten die Unterzeichnung der Verordnung über die Flaggenfrage **erwogen wurde,** ist sie heute eine **Tatsache** geworden. Bezeichnend ist, daß diese Unterzeichnung trotz des **größten Protestes der SPD.** und auch der Demokratischen Partei und des Zentrums getätigt worden ist. Hermann Müller hat gestern als Beauftragter der SPD. eine **Aufschiebung der Unterzeichnung** verlangt und ist dieserhalb bei der Reichsregierung vorstellig geworden. Die Presseorgane der Demokratischen Partei und des Zentrums, wie selbstverständlich auch der SPD. haben drohende Proteste gegen die Unterzeichnung erlassen. **Es hat alles nichts genutzt. Hindenburg hat trotz dieser Proteste die Flaggenverordnung unterzeichnet.**

Das ist die eine Tatsache. Die andere wichtige Tatsache, die sich im Zusammenhang mit dem Flaggenstreit ergeben hat, ist die **schwere Krise,** die wegen dieser Frage innerhalb der **Demokratischen Partei und des Zentrums** ausgebrochen ist. Die Verordnung über die Flaggenfrage ist von dem gesamten **Reichskabinett einstimmig gefaßt worden.** Also auch von den Beauftragten der Demokratischen Partei, den Ministern **Geßler** und **Külz,** und von den Beauftragten des Zentrums, dem Justizminister **Marx,** diesem famosen Reichsbannerkameraden, und dem Arbeitsminister **Brauns.**

Die Auffassungen der demokratischen Minister und der Minister des Zentrums stehen in direktem Gegensatz zu den Meinungen innerhalb ihrer Parteien. Das gestrige „8-Uhr-Abendblatt" gibt eine Unterredung mit dem Reichsinnenminister Külz wieder, in der der Reichsinnenminister äußert, daß diese Verordnung **vollkommen verfassungsmäßig** sei und in gar keiner Weise beanstandet werden könne. Er bezeichnet diese Verordnung als einen **reinen Verwaltungsakt, den Ebert schon durchführen wollte.** Külz sagte wörtlich folgendes:

„Was wir mit der neuen Flaggenverordnung wollen, ist nichts anderes, als was der verstorbene Reichspräsident Ebert schon wiederholt geplant hatte, weil er die Notwendigkeit hierfür eingesehen hatte. Nur daß der erste Präsident der deutschen Republik zu früh gestorben ist, um seine Absicht noch in die Tat umsetzen zu können."

Külz versteigt sich dann in seinen weiteren Ausführungen zu dem grotesken Satz, daß die Verordnung ganz im Gegenteil zu der allgemeinen republikanischen Meinung **eine Stärkung, eine Ausdehnung der verfassungsmäßigen Reichsfarben bedeutet.** Eine Formulierung übrigens, die in demagogischer Absicht auch die nachträgliche Redigierung dieser Flaggenverordnung enthält.

Die kommunistische Reichstagsfraktion hat erneut ein Mißtrauensvotum gegen Luther eingebracht. Es wird sich zeigen, wie die Sozialdemokraten bzw. das Zentrum und die Demokraten sich zu dem Mißtrauensantrag der Kommunisten gegen Luther stellen werden.

Wenn die SPD. jetzt noch zögert, das Mißtrauensvotum gegen Luther auszusprechen, wird der Druck der eigenen Arbeiter sie so in die Klemme setzen, daß ihr Hören und Sehen vergeht.

Die Niederrufe auf den Reichsbannerkameraden Marx und auf den Reichskanzler Luther zeigen dem politisch Blindesten, daß es **zu Ende ist mit der Geduld der proletarischen Reichsbannermitglieder** und daß es auch zu Ende ist mit **jenen skandalösen Ovationen des Reichsbanners zusammen mit den faschistischen Verbänden vor Hindenburg,** wie sie vorgestern noch in **Hamburg** vor sich gegangen sind.

Kommunistisches Mißtrauensvotum gegen die Luther-Regierung

Die **kommunistische Reichstagsfraktion** hat folgenden Antrag eingebracht:

„Die Reichsregierung wolle beschließen:
Die Reichsregierung besitzt nicht das Vertrauen des Reichstages."

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019260506-18/fragment/page=0001

. . . Ehe es zu spät ist!

Halle, 6. Mai.

Das Märchen von der republikanischen Zuverlässigkeit Hindenburgs und der Reichsregierung ist durch die Flaggenverordnung, die trotz des Protestes der republikanischen Parteien gestern von Hindenburg unterzeichnet worden ist, grausam zerstört worden. Den vorgestern noch vor Hindenburg in Hamburg demonstrierenden proletarischen Reichsbannerkameraden wird es blitzartig klar geworden sein, auf welch verhängnisvollem Wege sie sich befunden haben, wenn sie glaubten, durch diese Demonstration etwas für die Republik zu profitieren. Das Gegenteil ist der Fall gewesen. Die **Annäherung des Reichsbanners an Hindenburg, das gemeinsame Demonstrieren mit faschistischen Verbänden vor dem monarchistischen Reichspräsidenten hat nur bewirkt, daß sich die schwarzweißrote Front gestärkt hat,** und daß man in den Kreisen der Monarchisten durch das Nachgeben des Reichsbanners nur einen Schluß gezogen hat: Das Reichsbanner ist als Organisation so schlapp, daß es sich alle Dinge bieten lassen wird, daß es selbst nicht einmal für seine eigene Republik zu kämpfen imstande ist.

In der Tat, diese Flaggenverordnung signalisiert die höchste Gefahr. Sie deutet an, daß die schwarzweißrote Front im Begriff steht, zum entscheidenden Schlage auszuholen. Man darf nicht nur diese Flaggenverordnung isoliert betrachten, man muß sie in Zusammenhang stellen mit all jenen Plänen der Verfassungsänderungen, die in der letzten Zeit auf seiten der Deutschnationalen und der Reichsregierung immer und immer wieder diskutiert worden sind. Dazu gehört vor allen Dingen der Plan, **das Wahlalter heraufzusetzen, die Drohung mit dem Paragraphen 48,** wenn der Volksentscheid für die Antragsteller günstig verlaufen sollte, **die Verordnung der Reichsregierung gegen die Inflationsopfer,** die jenen Kreisen nicht nur das verfassungsmäßige Recht des Volksbegehrens für alle Zeiten nimmt, sondern das darüber hinaus **auch ein Angriff ist auf die Verfassungsbestimmungen,** die die Frage des Volksbegehrens und des Volksentscheids überhaupt regeln.

Wie ist es gekommen, daß diese legale schwarzweißrote Gefahr sich so drohend und unmittelbar zusammengeballt hat?

Man muß, um dies zu erkennen, kurz auf die Vergangenheit der Luther-Regierungen zurückgreifen. Als im vorigen Sommer die erste Luther-Regierung jene **Zollgesetzgebung** beschlossen hatte, die den breiten Massen den Lebenskonsum verteuerte, als sie darüber hinaus das große **Steuergesetzgebungswerk** unter Dach und Fach brachte, das den kleinen Landwirten und Gewerbetreibenden mit einer ungeheuren Steuerlast belegte, als weiterhin durch die Aufwertungsgesetze die Millionenzahl der **Inflationsopfer endgültig rechtlos gemacht** wurde, begann sich der Aufmarsch dieser breiten unterdrückten Schichten des Volkes gegen die Luther-Regierung und gegen das Hindenburg-System zu vollziehen. Dieser Aufmarsch ging weiter vor sich, als in der zweiten Luther-Regierung jene Politik fortgeführt wurde, die den Besitzenden alles gibt und den Besitzlosen das Letzte nimmt, eine Politik, die in ihrem Verlauf zu dem **außenpolitischen Zusammenbruch der Regierung in Genf** geführt hat, und die schließlich ihren ganz klaren und grandiosen Ausdruck fand in den **12½ Millionen,** die sich zum Volksbegehren gegen die schamlosen von der Regierung Luther gestützten Fürstenforderungen eingezeichnet haben. Seitdem ist diese Front in stetem Wachsen begriffen, **die Luther-Regierung fühlt trotz der Unterstützung durch die SPD. immer mehr ihren parlamentarischen Boden unter den Füßen wanken** und sie bemüht sich, um ihre Herrschaft weiter zu stützen, **außenparlamentarische Kräfte heranzuziehen.**

Wir haben in den letzten Tagen des öfteren auf jene Tendenzen der Konzentration innerhalb der faschistischen Verbände hingewiesen. Die Zerfetzung und Abbröckelung, die in den einzelnen nationalistischen Verbänden im letzten Jahr vor sich gegangen ist, hat einerseits diese Konzentrationsbewegung zur Notwendigkeit werden lassen, andererseits aber stellt diese Konzentrationsbewegung gerade heute eine besonders große Gefahr für die Arbeiterschaft wie für alle unterdrückten Schichten der Bevölkerung dar. Der Faschismus hat heute in Deutschland einen durchaus anderen Charakter, wie er das 1923 gehabt hat. Die Hitlerei ist längst erledigt. Der **legale Faschismus** dagegen, der besonders im Stahlhelm seinen Ausdruck findet, ist heute zu **der großen Gefahr** für die Arbeiterschaft und alle unterdrückten Schichten herangewachsen. Luther steht im Begriff, endgültig auf diese Plattform des sich konzentrierenden Faschismus zu treten. Diese Entwicklung bleibt für die breiten Massen nur deswegen noch verschleiert, **weil die SPD. dem Luther-Kabinett bis jetzt die anonyme Freundschaft gehalten hat.**

Kann und darf die Arbeiterschaft sich diese Entwicklung weiter ansehen? Kann sie es zulassen, daß sich vor ihren Augen jene Kräfte zusammenballen, die schon in kürzester Frist sich zum größten Verhängnis für die Arbeiterschaft auswirken könnten? Wir sehen nicht zu schwarz, wenn wir die augenblickliche Situation mit der politischen Lage in Italien vom April 1922 vergleichen. Auch dort vollzog sich unter der stillschweigenden Duldung und der Passivität der bürgerlichen und sozialdemokratischen Parteien in Italien der Aufmarsch des Faschismus, der im Gefolge hatte, daß nicht nur allen Arbeiterpartein, sondern auch allen Oppositionsparteien jede Operationsbasis für die Sammlung der Massen entzogen wurde. Im Jahre 1922 existierte für das italienische Proletariat keine akut revolutionäre Situation, die es ihm ermöglicht hätte, die Machtfrage zu stellen, wohl aber wäre es möglich gewesen, **den Faschismus unmöglich zu machen durch einen Vorstoß der gesamten Arbeiterschaft.**

Seit Monaten haben die Kommunisten den **Sturz der Luther-Regierung und die Reichstagsneuwahlen immer und immer wieder kategorisch verlangt.** Sie haben kein Mittel unversucht gelassen, um die breitesten Arbeitermassen auf dieser Plattform zu sammeln. Es ist höchste Zeit, daß sich das gesamte Proletariat heute zusammenrafft, um den Sturz der Luther-Regierung zu erzwingen und jene vorhin angedeutete Entwicklung zum legalen Faschismus hin zu unterbinden. **Handeln wir, verzehnfachen wir unsere Anstrengungen, ehe es zu spät ist!**

Das „Volksblatt" und Hindenburg

Oder die Echternacher Springprozession

Als vor stark einem Jahr der Wahlkampf um den neuen Reichspräsidenten tobte, da konnte das „Volksblatt" nicht laut genug Hindenburg bekämpfen. Am 9. April 1925 schrieb der „Volksblatt"-Redakteur einen Artikel, der die Ueberschrift trug: **„Mit Erlaubnis Seiner Majestät" — „Der Ausreißer in Holland gibt die Genehmigung"** (zur Kandidatur Hindenburgs. D. Red.). Am 14. April wird Hindenburg als **„geistig unzurechnungsfähig"** und als **„läppischer Tappergreis"** bezeichnet. **„Der bejammernswürdigste aller Greise",** so heißt es am 20. April dreispaltig auf der ersten Seite, und am 25. April heißt es gar in dreispaltiger Schlagzeile auf der ersten Seite:

„Nieder mit Hindenburg, dem Kandidaten des Erzberger-Mörders Killinger."

Das war die erste Etappe. Im Laufe des Jahres aber hat man sich dem Kandidaten des Erzberger-Mörders Killinger im „Volksblatt" genähert. Nicht nur, daß man es gut hieß, wenn das Reichsbanner vor Hindenburg zusammen mit den faschistischen Verbänden Spalier stand, sondern man verstieg sich soweit, **Hindenburg zu seinem Militärjubiläum am 7. April 1926 einen großen Artikel zu widmen.** Gleich auf der ersten Seite springt in der Nummer vom 7. April dem Leser die fette Ueberschrift ins Auge: **„Jubiläum. Der Reichspräsident, der 60 Jahre Soldat ist. — Von Königgrätz bis Locarno."** In dem Artikel heißt es wörtlich: „Hindenburg hat bereits vor dem Kriege in allen von ihm besetzten Positionen **als der Typ des hochanständigen Mannes des nach charaktervollem Ausgleich strebenden Militärs gegolten."** Mit dem französischen General Buat zog das „Volksblatt" in demselben Artikel vor Hindenburg **den Hut ab** und nannte ihn **„einen Charakter von Rang".**

In der gestrigen Nummer nun tobt und wettert das Blättchen in den höchsten Fisteltönen. In der „republikanischen Suppe" Hindenburgs ist ein Haar **gefunden worden.** Unter der dreispaltigen Ueberschrift: **„Schutz der Reichsfahne! Hindenburg versucht durch verfassungswidrige Verordnung der Monarchistenfahne wieder offizielle Geltung zu verschaffen — Kampf auf der ganzen Linie",** regt sich das „Volksblatt" auf einer ganzen Seite über den Versuch Hindenburgs auf, die schwarzweißrote Fahne wieder einzuführen.

Diese dreifache Stellungnahme zu Hindenburg geschah im Laufe eines einzigen Jahres. Sie wurde vertreten von ein und demselben Redakteur, der in der gestrigen Nummer einen Leitartikel ausgerechnet unter der Ueberschrift schreibt: **„Das Banner muß stehn".**

Es ist schwer, keine Satyre zu schreiben.

Reichsbannerschwindsucht in Halle

Es ist kein Geheimnis mehr, daß das Reichsbanner in Halle im Laufe der letzten Monate geradezu katastrophal zurückgegangen ist. Hatte diese Organisation einst einen Mitgliederbestand von 4000 Mann, so sind es heute kaum mehr 1000 Mitglieder, die das Reichsbanner hier in Halle zählt. Das ist ein Verlust von 75 Prozent. Noch stärker aber tritt diese Verfallserscheinung hervor, wenn man bedenkt, daß von den 1000 eingeschriebenen Mitgliedern des Reichsbanners in Halle höchstens noch 200 aktiv sind. Die übrigen 800 stehen lediglich auf dem Papier, kommen für die Oeffentlichkeit nicht mehr in Betracht und zahlen lediglich notgedrungen ihre Mitgliederbeiträge.

Die Austrittsbewegung aus dem Reichsbanner hier in Halle ist allmählich erloschen. Je 50 bis 100 Mann bröckelten immer im Laufe der Zeit ab, von denen ein Teil vollkommen passiv blieb und überhaupt in keiner Organisation zu finden ist, ein anderer Teil hat sich dem Roten Frontkämpfer-Bund angeschlossen. In den letzten Monaten sind mindestens 80 Uebertritte in den hallischen RFB. erfolgt.

Aehnlich sind die Verhältnisse im hiesigen Bezirk. Ueberall in den Ortsgruppen des Reichsbanners im Regierungsbezirk Halle-Merseburg ist ein starker Rückgang zu verzeichnen. Lediglich Zeitz hat im letzten Vierteljahr seinen Mitgliederstand gehalten. Es sind 448 abgerechnete Mitglieder. Eine Abrechnung, die der bekannte günstige Wind uns in die Redaktion hat flattern lassen, zeigt, daß die Ortsgruppe Zeitz des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold schwere Differenzen mit der dortigen SPD. zu bestehen hat.

Günstige Lage des englischen Generalstreiks

(Eig. Drahtm.) **London**, 6. Mai.

Gegenüber den Lügenmeldungen der Regierung, die sie durch Radio und durch ihr Notblättchen verbreiten läßt, muß festgestellt werden, daß der Generalstreik sich im Verlauf von 24 Stunden weiter ausgedehnt hat. Es streiken schätzungsweise 4½ bis 5 Millionen Arbeiter. Das gesamte industrielle Leben Englands ist vom Generalstreik vollkommen stillgelegt. Die wenigen Ausnahmefälle durch die organisierten Streikbrecher sind unbedeutend. Notdürftig wird ein Verkehr mit Hilfe von faschistischen Verbänden und Technischer Nothilfe vorgetäuscht. Die Regierung konnte keinen ernsthaften Streikbruch organisieren trotz ihrer schlimmsten Provokationen. Von den Streikenden wurden im Arbeiterbezirk Demonstrationen mit roten Fahnen durchgeführt. Die unter militärischer Bedeckung fahrenden Omnibusse wurden angehalten und meist betriebsunfähig gemacht, oder ins Wasser geschmissen. Die Polizei machte brutale Gummiknüppelattacken. Zahlreiche Arbeiter erlitten schwere Schädelbrüche. Vor den Bahnhöfen und den Druckereien kam es zu Zusammenstößen zwischen den Streikposten und den Streikbrechern der faschistischen Verbände. Ernste Zusammenstöße werden aus Newcastle und Leeds gemeldet. Auch dort wurden ebenfalls Autobusse und Straßenbahnen demoliert. Der Regierungskommissar läßt Kriegsschiffe in der Nähe der Stadt auffahren. Die Regierung ließ die Räume des „Daily Herald" polizeilich besetzen, um die Herausgabe eines Notblattes der streikenden Arbeiter zu verhindern. Nach 2 Stunden mußte jedoch die Herausgabe erlaubt werden. Die Regierung bereitet eine Verordnung zum verschärften Ausnahmezustand vor.

Gegen die Lügenmeldungen der englischen Regierung

(Eig. Bericht) **London**, 5. Mai.

Die Regierung versucht durch Radio und durch ein Regierungsblatt Nachrichten zu verbreiten, wonach der Streik im Abbröckeln sei. Dazu wird von dem **Hauptquartier der Gewerkschaften** erklärt, daß die **Befolgung der Streikparole alle Erwartungen übersteigen** habe. Die Schwierigkeit bestehe nicht darin, die Arbeiter der zum Streik aufgerufenen Betriebe zur Arbeitsniederlegung zu veranlassen, sondern umgekehrt, die übrige Arbeiterschaft dazu zu bewegen, ihre Arbeit fortzusetzen.

Eine unverschämte Botschaft Baldwins

Er verlangt bedingungsloses zu Kreuze kriechen, der Generalstreik sei Anarchie

(WTB.) London, 5. Mai. Baldwin veröffentlicht in der Regierungszeitung „Britisch Gazette" eine Sonderbotschaft, in der es heißt: Die verfassungsmäßige Regierung ist Angriffen ausgesetzt. Mögen alle guten Bürger, deren Lebensunterhalt und Arbeit auf diese Weise in Gefahr gebracht sind, mit Tapferkeit und Geduld das Ungemach ertragen, dem sie sich so plötzlich gegenübersehen. Mögen sie sich hinter die Regierung stellen, die ihre Pflicht tut im Vertrauen darauf, daß sie bei den Maßnahmen, die sie zur Nahrung der Freiheit und Privilegien des Volkes dieser Inseln ergriffen hat, von den Bürgern unterstützt wird. Die Gesetze Englands sind des Volkes angestammtes Recht. Die Aufrechterhaltung dieser Gesetze liegt bei Euch. Ihr habt das Parlament zu deren Hüter gemacht, der Generalstreik ist eine Herausforderung gegen das Parlament und ein Weg zur Anarchie und zum Ruin.

*

Im Unterhaus markierte Baldwin den starken Mann. Auf sehr lendenlahme Reden von Henderson und Macdonald, die in fast flehentlicher Form um Verhandlungen baten, erklärte er, daß an solche nicht zu denken sei, wenn nicht sofort die Proklamation des Generalstreiks zurückgenommen wird. Baldwin verlangt also bedingungslose Kapitulation.

Macdonald fängt schon wieder an zu kuhhandeln

(Eig. Drahtmeld.) **Berlin**, 6. Mai.

Der „Vorwärts" berichtet, daß sich Macdonald zum Premierminister Baldwin begeben habe, um über eine etwaige Beilegung des Streiks mit ihm zu verhandeln. Der Auslandsredakteur des „Vorwärts" drahtet aus London einen Situationsbericht, der deutlich den Zug verrät, die Aktion Macdonalds zur Abwürgung des Streiks zu unterstützen. Auch Lloyd George wird als Vermittler genannt. Zwischen ihm, Macdonald und Baldwin hätten schon Verhandlungen stattgefunden.

Stellungnahme der deutschen Gewerkschaften zum englischen Generalstreik

Völlig ungenügende Hilfe für die englischen Brüder!

(WTB.) **Berlin**, 5. Mai.

In einer gemeinsamen Konferenz, die der Vorstand des **Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes** mit den Vorständen des **Bergarbeiterverbandes,** des **Verkehrsbundes,** dem **Einheitsverband der Eisenbahner Deutschlands** und des **Allgemeinen Freien Angestelltenbundes** abhielt, wurde die Frage der Unterstützung der englischen Arbeiter in ihrem gegenwärtigen Kampf eingehend erörtert. Die Konferenz war der einmütigen Auffassung, daß von seiten der deutschen Gewerkschaften alles getan werden müsse, die englischen Gewerkschaften bei der Durchführung des Kampfes zu unterstützen. Die Konferenz beschloß einstimmig, durch die beteiligten Organisationen die **Bebunkerung englischer Schiffe in deutschen Häfen zu verweigern,** sowie die Anmusterung deutschen Personals für englische Schiffe zu verhindern und in jeder Weise dahin zu wirken, daß ein Transport deutscher Kohle nach englischen Häfen unterbleibt. Die beteiligten Organisationen haben bereits **die erforderlichen Maßnahmen eingeleitet.**

*

(WTB.) **Essen**, 5. Mai.

In einer heute nachmittag in Essen stattgehabten gemeinsamen Sitzung der **vier Bergarbeiterverbände des Ruhrbezirks** wurde ein Aufruf an die Bergarbeiterschaft des Ruhrbezirks gerichtet, in dem es heißt: Die englischen Bergwerksbesitzer wollen die Schichtzeit von 7¾ auf 8¾ Stunden verlängern und die Tariflöhne um 13 Prozent herabsetzen. Ein Sieg der englischen Unternehmer würde katastrophale Folgen für die Entwicklung des Weltkohlenmarktes sowohl als auch für die Bergarbeiter aller Länder haben. Darum haben die englischen Kameraden unsere volle Sympathie und Unterstützung, soweit es in unseren Kräften liegt (!). Zunächst kommt es darauf an, die Einfuhr von Brennstoffen nach Großbritannien zu verhindern. Das Verfahren **von nicht dringend notwendigen (?) Ueberschichten** ist deshalb unter allen Umständen zu unterlassen. **Wenn** im weiteren Verlaufe des Kampfes weitere Maßnahmen **sich als notwendig** erweisen, werden die Bergarbeiter rechtzeitig dazu Stellung nehmen und ihre Entscheidung treffen.

*

Sind schon die Beschlüsse der Spitzenverbände nicht klar und weitgehend genug, um den englischen Arbeitern wirklich praktische Hilfe zu bringen, so ist der Aufruf der vier Bergarbeiterverbände an die Bergarbeiterschaft des Ruhrgebiets in diesem entscheidenden Augenblick des englischen Generalstreiks ein **Skandal.** Die Phrase von der vollen Sympathie und Unterstützung, **„soweit es in unseren Kräften liegt",** ist einfach eine Rückversicherung dafür, **nichts zu tun.** Die Anordnung, daß **„nicht dringend notwendige Ueberschichten"** zu unterlassen sind, **öffnet in Wirklichkeit Tür und Tor dem rücksichtslosen Verfahren von Ueberschichten.** Die Redensart „von nicht notwendigen Ueberschichten" ist überhaupt schon eine Ungeheuerlichkeit in dem Moment, wo jeder weiß, daß **alle** Ueberschichten, wie geartet sie auch immer sein mögen, im heutigen Stadium des englischen Bergarbeiterkampfes **einen direkten Dolchstoß in den Rücken der kämpfenden englischen Arbeiter bedeuten?** Schließlich ist der Satz von den **„weiteren Maßnahmen",** die beschlossen werden sollen, **„wenn es sich als notwendig erweisen sollte",** nichts anderes als eine Phrase, durch die die Bergarbeiterführer **ihre Untätigkeit verdecken,** sich vor der Verantwortung drücken und eine wirkliche Entscheidung hinauszögern wollen.

Um so mehr haben die **Bergarbeitermassen alle Ursache, gegen das feige Verhalten ihrer Führer vorzugehen.** Auf allen Gruben und Schächten, in allen Betrieben muß **sofort Stellung genommen** werden zu dem schändlichen Verhalten der Führer der vier Bergarbeiterverbände. Das Ziel muß sein die **Erzwingung einer aktiven Solidarität, die in unserem Falle nur die Unterstützung durch den Streik sein kann.** Dieser ist gerade in diesem Moment um so notwendiger, als ja auch die deutschen Bergarbeiter unter den Schlägen derselben Kapitalsoffensive leiden wie die englischen Arbeiter.

Jetzt ist es an der Zeit, zusammen mit den englischen Bergarbeitern den Kampf aufzunehmen, um die Siebenstundenschicht unter Tage, die Achtstundenschicht über Tage, um menschenwürdige Löhne und die Erweiterung der knappschaftlichen Rechte.

Wie die englischen Bergarbeiter, so müssen auch die deutschen Bergarbeiter sich rechtzeitig **des Kampfbündnisses mit allen übrigen Schichten des Proletariats, insbesondere der Metallarbeiter, Transportarbeiter und Chemiearbeiter, versichern.**

Der Schandaufruf der Bergarbeiterführer trägt Früchte

Die deutschen Kohlenbarone lassen vermehrte Ueberschichten verfahren

(Eig. Drahtm.) **Essen**, 6. Mai.

Von den **Thyssen-Schächten** gehen **Kohlen an eine bekannte holländische Firma.** Diese Firma hat bei allen Streiks die Mittelsperson zwischen England und Deutschland gespielt und besitzt internationale Verbindungen. Auf der Schachtanlage **Rhein VII** sind bereits **120 Leute eingestellt** worden. Auf **Thyssen I bis VI sind 200 Leute neu in Arbeit getreten.**

*

Die **Schachtanlage Zollverein,** Schacht 3, hat bisher Koks stets auf Halden gekippt. Jetzt wird sogar vom Berg geladen. Früher wurde die Kohle auf Staatsbahnen verladen. Ab gestern ladet man dieselbe auf **Hafenwaggons.** Es können im Augenblick gar nicht so viele Waggons geschafft werden, wie angefordert sind.

*

Die Zeche **„Präsident"** bei Bochum verfährt **revierweise Ueberschichten.**

*

Die Schuld an diesen Ueberschichten, die augenblicklich direkte Streikbrecherarbeiten bedeuten, tragen in erster Linie die Führer der vier eBergarbeiterverbände. Ihr Aufruf, den wir schon genügend charakterisiert haben, ist ja völlig dazu angetan, das Verfahren von Ueberschichten zu ermöglichen. Jetzt gilt es, nicht nur die **Ueberschichten einzustellen,** sondern aktive Solidarität zu üben durch die **Kampfaufnahme auch der deutschen Bergarbeiter für ihre eigenen Forderungen.**

Sympathiestreik in Frankreich

(WTB.) **Paris**, 5. Mai.

Das „Journal" meldet, 2000 Arbeiter einer Autofabrik in St. Ouen bei Paris seien gestern aus Sympathie für die Streikenden in England in den Ausstand getreten. Die Delegierten der Metall- und Maschinenindustrie, die der Streikversammlung beiwohnten, hätten versprochen, sich solidarisch zu verhalten und zu versuchen, die verschiedenen Gewerkschaften Moskauer Richtung in diese Bewegung hineinzuziehen.

Streiks in Berlin

Die Unternehmer haben die Forderungen der ausständigen Eisenkonstruktionsarbeiter des Großkraftwerks Rummelsburg abgelehnt. Die Arbeiter beschlossen, weiter im Ausstand zu verharren.

*

Die Arbeiter der Bäckerei des Beamtenwirtschaftsvereins Berlins sind in den Streik getreten, weil acht Arbeiter entlassen wurden zur Strafe dafür, daß die gesamte Belegschaft am 1. Mai nicht arbeitete.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019260506-18/fragment/page=0002

Femeorde und Minister

Von Fritz Müller

(Schluß des Artikels vom 29. April.)

II.

Dr. Geßler, der Reichswehrminister mit der längsten Amtszeit unter allen Ministern der Deutschen Republik, übernimmt durch seine Unterschrift ebenfalls die Verantwortung für eine „Denkschrift". Die „Denkschrift" versucht die Tatsachen zu verwischen. Sie hat sechs Foliospalten Druck, sehr wenig im Verhältnis zum umfangreichen Komplex der Fememorde und ihren Hintergründen. So sehr auch die Denkschrift die wesentlichsten Punkte zu umgehen versucht, konnte sie doch nicht umhin, sich auf einige Behauptungen festzulegen, die im krassesten Widerspruch zur Wahrheit stehen.

Nachdem der Reichstags-Femeausschuß fast zwei Monate auf das amtliche Aktenmaterial gewartet hat, läßt Geßler mitteilen, daß **„weder das Reichswehrministerium, noch das Gruppenkommando III (Stettin), Akten über die schwarze Reichswehr besitzt."** In einem „geheimen" Antwortschreiben des Reichswehrministeriums an den Verteidiger des durch einen Schuß arbeitsunfähig gewordenen, bei dem Arbeitskommando Küstrin eingestellt gewesenen Feldwebel Gädicke wird die Behauptung aufgestellt: **„Die Akten des Arbeitskommandos Küstrin sind bei dem Küstriner Putsch vernichtet worden."** Es sind also angeblich keine Akten mehr da. Mein Name ist Hase, ich weiß von nichts.

Die Denkschrift spricht von einer „angeblichen Organisation" der schwarzen Reichswehr. Dabei steht es **dokumentarisch fest, daß mehrere tausend Mitglieder der schwarzen Reichswehr in Reichswehruniform und Mütze, mit auf dem Kopf gestellten Reichsadler, monatelang in den verschiedenen Standorten herumgelaufen sind.** Aber es gibt noch mehr Tatsachen, die nicht abzuleugnen sind:

Am 6. Mai 1923 war Hindenburg und Geßler zu einer Denkmalseinweihung in Döberitz-Elsgrund. Die Absperrung hat das Arbeitskommando (S. R.) vorgenommen. Die Leute trugen auf der Achselklappe die Nummer 8 und gehörten dem **Bataillon Gutknecht** an. Diesem Bataillon gehörte die Z.-B.-Truppe (Zur besonderen Verwendung) an, die zur Erledigung mißliebiger Feinde aufgestellt war, und **aus der die meisten Fememörder hervorgingen.** Zum Absperrungskommando gehörte auch Feldwebel Steßelberg, ein Mann von 55 Jahren und einem grauen Bart. Er stand an der Stelle, wo Geßler vorbeiging. Er sah ihn. Warum frug er nicht, wie ein solch alter Mann in die Reichswehr käme? Fiel es ihm nicht auf, daß eine **wesentlich höhere Zahl Truppen an der Parade teilnahm, als in Döberitz überhaupt kasiniert waren?**

In der Denkschrift ist eine Tabelle über den Etat der Arbeitskommandos enthalten. Sie sieht folgend aus:

Standort:	Etat:
Berlin	41
Spandau	47
Hahnenberg	41
Potsdam	38
Jüterbog	16
Rathenow	6
Perleberg	3
Schwedt	6
Frankfurt a. O.	13
Fürstenwalde	25
Küstrin	89 und 155
Züllichau	5
Lübben	22
Döberitz	71
	403 und 155

Die 155 bei Küstrin sollen vom Wehrkreiskommando vorübergehend wegen Arbeitsüberlastung genehmigt worden sein. Es wird in diesem Etat nicht angegeben, **zu welcher Zeit** die Zahlen stimmen. Aber nachdem bei Küstrin die Höchststahl angegeben ist, muß man annehmen, daß es sich in der Tabelle um Höchstzahlen handelt.

Die ganze Aufstellung ist natürlich eine **wissentliche Irreführung.** Tatsache ist, daß dem Reichswehrministerium bekannt ist, daß die Kopfstärke der Arbeitskommandos (diese waren die Rahmen für die schwarze Reichswehr) **ein Vielfaches der angegebenen Zahl** von 403 und 155 ausgemacht haben. Den Beweis dafür wollen wir nur bei Döberitz-Elsgrund anführen. Die tatsächliche Stärke des Arbeitskommandos (schwarze Reichswehr) war:

Mann:	Stubennummer:	Abteilung:
20	6	(Ende Juli-August)
2	Motorradschuppen	Fememörder
12	8	Kraftfahrer
14	9	
8	10	Handwerker (Schuster und Schneider)
14	12	
12	28	
12	29	Motorradfahrer
3	30	Schreibstube
6	32	Unteroffiziere
8	33	Fememörder (Fahlbusch, Büsching, Voß, Umhofer)
10	34	
150	Bastion Kronprinz	Bataillon v. Senden (ab Mitte Sept.)
25		Unteroffizier-Kursus Regt. Osthavelland ab 20. 9. 1923.
296		

Das sind gerade viermal soviel wie von Geßler angegeben werden. Für Spandau stehen 47 Mann in der Milchmädchenrechnung. In Wirklichkeit waren es 80 Mann.

Nicht weniger als neun Standorte für Arbeitskommandos verschweigt Geßler: Uzw. Lankwitz, Beßkow, Kottbus, Speren, Neuhammer, Prenzlau, Wünstorf bei Zossen, Krossen und Torgau. Nach der Aussage des Kriminalkommissars Stumm im Landtagsfemeausschuß waren Ende September **3000 Mann in der Zitadelle bei Spandau,** die bei dem geplanten Putsch am 29. September 1923 verwandt werden sollten.

Nach Geßler haben die Arbeitskommandos nur Aufräumungs- und Waffensammeltätigkeit ausgeübt. Ihre militärische Ausbildung war auf den Umgang mit Waffen und Postenstehen begrenzt. „Nur in Küstrin ging die Ausbildung zeitweise darüber hinaus." Tatsache ist, daß in Küstrin allein **mehrere tausend Leute ausgebildet wurden, die auch in geschlossenen Verbänden an den Manövern der Reichswehr im Jahre 1923 teilgenommen haben.**

„Es herrschte ein ständiger Wechsel", — weil das Gewicht darauf gelegt war, möglichst viel ausgebildete Soldaten zu haben, um sie in einem

Bürgerkriege gegen die Arbeiterschaft

benutzen zu können, und darüber hinaus **zur Wiederaufrichtung der Monarchie.**

Aber über die Verstärkung der Arbeitskommandos hinaus sind bei den Einzel-Kompagnien der Reichswehr sogenannte Ausbildungskommandos eingerichtet gewesen, die pro Kompagnie fünf bis acht Mann stark waren. Diese Kommandos sind auf Befehl des Reichswehrministeriums aufgestellt worden. **Darüber sagt die Denkschrift nichts.**

Geßler behauptet, die militärischen Dienststellen hätten erst lange nach den Mordtaten Nachricht über sie erhalten. Das ist nicht wahr. Vor dem Küstriner Putsch sind bereits zwei Fememorde in Küstrin bekanntgeworden, und der untersuchungleitende Beamte hatte sich beschwert, daß er von den Militärbehörden keine Auskünfte über jene tot und mit Eisenteilen beschwert aufgefundenen Reichswehrsoldaten (S. R.) bekommen könne.

Alles in allem: **Dr. Geßler hat eine illegale Reichswehr aufgezogen und dem Ausbau der Arbeitskommandos zu den Rahmenverbänden der schwarzen Reichswehr sehr lange Vorschub geleistet.** Er hat durch das Zeitfreiwilligensystem die notwendige Zahl der ausgebildeten Truppen für die Konterrevolutionäre beschafft. Er hat die Herausbildung der „eigenen Gerichtsbarkeit" (Feme) bei den Arbeitskommandos gutgeheißen, und **er wäre wahrscheinlich einer der ersten Männer der „Nationalen Diktatur" geworden, wenn die Putsche geglückt wären.**

Aus den Reichstagsverhandlungen

Die bayrische „Ordnungszelle" vor dem Reichstag

Die Mittwochsitzung des Reichstags beschäftigte sich zunächst mit dem kommunistischen Antrag auf **Aufhebung des Ausnahmezustandes in Bayern.**

Der Berichterstatter Hampe schlägt für den Rechtsausschuß vor, diese Anträge **abzulehnen** und eine Entschließung anzunehmen, die die Reichsregierung ersucht, den Reichstag so schnell wie möglich den Entwurf zur Errichtung eines **Reichsverwaltungsgerichtshofes** vorzulegen. Dadurch soll für Streitigkeiten, die in einzelnen Ländern über die Verletzung von staatsbürgerlichen Rechten durch Maßnahmen der Verwaltungsbehörden entstehen, ein geordneter Rechtsweg geschaffen werden.

Für die kommunistische Fraktion sprach der Genosse **Buchmann:**

Die bayrische Arbeiterschaft, voran die Kommunistische Partei, führen seit Jahren einen zähen Kampf gegen die absolut ungesetzlichen und gewalttätigen Handlungen der bayrischen Polizeiregierung. Obwohl der Ausnahmezustand formal aufgehoben, die Kommunistische Partei formal legal ist, verbietet die bayrische Regierung rücksichtslos alles, was von der oppositionellen Arbeiterschaft unternommen wird.

Auf der anderen Seite haben wir wiederholt durch konkretes Tatsachenmaterial nachgewiesen, wie ganz **anders** die bayrische Regierung **gegen die monarchistischen Putschisten** vorgeht.

Genosse Buchmann zählt dann aus der Fülle des Materials eine Reihe von Beispielen auf, die zeigen, wie unter **Bruch der** elementarsten **Rechte,** die die **Reichsverfassung** der Arbeiterschaft gewährt, das monarchistische Polizeiregime gegen das Proletariat in Bayern wütet.

Die bayrische Regierung und die bayrischen regierenden Parteien haben wie die übrigen Parteien den **Dawes-Pakt** angenommen, sind dafür eingetreten, daß die Schutzzoll- und räuberische Steuerpolitik durchgeführt worden ist. Und nun hört man in Bayern genau wie von der Reichsregierung diese Bankrottpolitik mit den Worten kennzeichnen: „Staatskrise, Zusammenbruch der bayrischen Wirtschaft, wenn die Gesetze der bayrischen Koalitionsparteien nicht durchgeführt werden."

Einen Begriff von den Zuständen, wie sie in Bayern herrschen, kann man sich machen, wenn man hört, daß der Kardinal Faulhaber in München es war, der erklärte, die Zustände in Bayern seien **derart wüst und unheilvoll,** wie sie in der schlimmsten Zeit der Herrschaft der Spartakisten und Rotgardisten nicht gewesen wären.

Obwohl Genosse Buchmann in seiner Rede an Hand von Tatsachen feststellte, daß es **in Bayern keine Versammlungsfreiheit** gibt, leistete sich der völkische Redner Frick den Witz, zu erklären, daß die Kommunisten in Bayern Versammlungen abhalten könnten.

Für die Sozialdemokratie sprach Saenger, der erklärte, daß die Tatsache, daß der bayrische Ausnahmezustand mit dem Namen des Herrn v. Kahr verknüpft sei, für die Reichsregierung Veranlassung sein sollte, die Beseitigung der Ueberreste von Bayern zu verlangen.

Genosse Stoecker protestierte für die kommunistische Fraktion gegen Unterdrückung der Redefreiheit der Kommunisten in Bayern.

Die Bayern, deren Vertreter hier nicht anwesend seien, pfeifen auf Reichstag und Verfassung und der Reichsinnenminister habe Angst hierher zu kommen, weil er fürchtet, mit der Bayrischen Volkspartei in Konflikt zu geraten.

In der Abstimmung wird der Ausschußantrag auf **Ablehnung** der kommunistischen und sozialdemokratischen Anträge **angenommen.**

Beratungen über die Abtreibung

Es folgt die zweite Beratung des sozialdemokratischen Gesetzentwurfes, der die **Straflosigkeit der Abtreibung** fordert, wenn der **Eingriff von einem staatlich approbierten Arzt** innerhalb der ersten drei Monate der Schwangerschaft vorgenommen wird. Demgegenüber schlägt der Ausschuß folgende Fassung des Paragraph 218 des Strafgesetzbuches vor: „Eine Frau, die ihre Frucht im Mutterleibe oder durch Abtreibung tötet oder die Tötung durch einen anderen zuläßt, **wird mit Gefängnis bestraft.** Ebenso wird ein anderer bestraft, der eine Frucht im Mutterleibe oder durch Abtreibung tötet. **Der Versuch ist strafbar.** Wer die Tat ohne Einwilligung der Schwangeren oder gewerbsmäßig begeht, **wird mit Zuchthaus bestraft.** Ebenso wird bestraft, wer einer Schwangeren ein Mittel oder Werkzeug zur Abtreibung der Frucht gewerbsmäßig verschafft. **Sind mildernde Umstände vorhanden, so tritt Gefängnisstrafe nicht unter drei Monaten ein."**

Frau Agnes begründet den sozialdemokratischen Antrag.

Dr. Barth von den Deutschnationalen **lehnt** den vom Ausschuß angenommenen Entwurf **ab.** Den sozialdemokratischen Antrag lehnt Redner **„erst recht"** ab.

Dr. Bockius (Zentrum) bezeichnet den sozialdemokratischen Antrag als **„einen schweren Angriff auf die Elemente des Volkswohls und der Ethik".** Er lehnt eine Vorwegnahme der Aenderung einzelner Paragraphen des Strafgesetzbuches ab.

Dr. Kahr von der Deutschen Volkspartei empfiehlt die einstweilige Annahme des Ausschußantrages.

Inzwischen haben die **Deutschnationalen** einen Antrag eingereicht, in Paragraph 218 des BGB. hinter Androhung von Gefängnis die Worte hinzuzufügen: **„nicht unter drei Monaten".**

Für die Demokraten stimmt Frau Dr. Lüders der Auffassung zu, daß der Ausschußantrag ein geeigneter Boden für eine vorläufige Regelung sei.

Hier werden die Beratungen abgebrochen.

Die Kriegsopferverbände im Reichstag

Der 17. Ausschuß des Reichstages, der für die **Versorgungsfrage der Kriegsopfer** zuständig ist, hat die Vertreter der Kriegsopferverbände auf ihren Antrag zur inoffiziellen Aussprache eingeladen, die am 5. Mai 1926 im Reichstag stattfand. Die Verbände legten dem Reichstag eine ausführlich begründete Denkschrift vor, in der sie baten, die von der Reichsregierung im Entwurf vorgelegte 4. Novelle zum Reichsversorgungsgesetz abzulehnen und an ihrer Stelle die **Forderungen der Verbände** anzunehmen.

Diese verlangen **Weitergewährung der Beamtenscheine** oder Abfindung für diese, ferner völlige **Beseitigung der Schriftvorschriften.** Die **Nachuntersuchungen sollen** bei gleichbleibenden Beschädigungen **unterbleiben,** bei wechselnden innerhalb längerer Frist (fünf Jahre) erfolgen. Vor allem soll den Hinterbliebenen der **Rechtsanspruch auf Heilbehandlung** eingeräumt und den Blinden eine **Blindenzulage** gewährt werden. In diesem Zusammenhange wurde auch auf die **Unzulänglichkeit der Rentenversorgung** nachdrücklichst hingewiesen und die Erfüllung der grundsätzlichen Forderungen der Verbände verlangt.

Der Vertreter der Regierung, die scharf angegriffen wurde, **verzichtete auf eine Entgegnung.** Die Sitzung wurde nach den Ausführungen der Organisationsvertreter geschlossen.

Die Kommunisten für die Landarbeiter

Die kommunistische Reichstagsfraktion hatte folgenden Antrag eingereicht:

Der Reichstag wolle beschließen:

1. die Reichsregierung zu ersuchen, sofort ausreichende Mittel bereitzustellen, um jährlich, solange Bedarf vorhanden, mindestens **5000 Landarbeiterwohnungen** durch die Kreise bzw. die Gemeinden herstellen zu lassen. Jeder Landarbeiterwohnung ist mindestens **ein Morgen Garten- und Kartoffelland** zuzuteilen. Die Wohnungen bleiben **Eigentum des Kreises bzw. der Gemeinden** und werden von den genossenschaftlich zusammengeschlossenen Bewohnern unter Kontrolle des Kreises bzw. der Gemeinde verwaltet;

2. die Reichsregierung zu ersuchen, umgehend den Entwurf eines Gesetzes vorzulegen, durch den der bisher in der Landwirtschaft übliche **Zwang für Gutsarbeiter,** sogenannte Hofgänger zu stellen, sowie jeder **Arbeitszwang** für die **Frauen und Kinder** der Landarbeiter verboten und die Bestimmungen des Kinderschutzgesetzes vom 30. März 1903 auf die Kinderlohnarbeit in der Landwirtschaft ausgedehnt werden;

3. die Reichsregierung zu ersuchen, baldigst einen Gesetzentwurf vorzulegen, der die tägliche **Arbeitszeit für alle landwirtschaftlichen Arbeiter und Angestellten** in Betrieben mit drei ständigen Lohnarbeitern und darüber auf acht Stunden festsetzt. In den Saat- und Erntemonaten können mit Zustimmung des Gutsrates oder in kleineren Betrieben des Obmannes bzw. der Betriebsversammlung **Ueberstunden** geleistet werden, müssen jedoch für die neunte Stunde mit 50 Prozent und für die weiteren, sowie Sonntags mit 100 Prozent Zuschlag auf den vollen Lohn vergütet werden. Die notwendige **Sonntagsarbeit zur Viehfütterung** wird nicht als Ueberstunde berechnet, jedoch muß sie in die 48stündige Arbeitswoche eingerechnet werden. Für **Saisonarbeiter** gilt ebenfalls die 48stündige Arbeitswoche. Eine **Entlassung von Deputatarbeitern** wegen angeblichen Arbeitsmangels während der Winterzeit und jede Exmission aus **Werkswohnungen** ist zu verbieten;

4. die Reichsregierung zu ersuchen, einen Gesetzentwurf zur **Abänderung des Betriebsrätegesetzes** vorzulegen, wodurch den Arbeitern und Angestellten in der Land- und Forstwirtschaft dieselbe Vertretung eingeräumt wird, wie den Arbeitern und Angestellten in der Industrie;

5. die Reichsregierung zu ersuchen, die **Zuständigkeit der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte** auf die Streitigkeiten, die sich aus dem **Arbeitsverhältnis** in der Landwirtschaft ergeben, auszudehnen.

Der Reichstag lehnte diesen Antrag gegen die Kommunisten und Sozialdemokraten ab.

Die Landarbeiter werden sich bei den kommenden Reichstagswahlen auf diese Haltung der bürgerlichen Parteien besinnen müssen. Diese Parteien sind es, die **nicht daran denken,** den Landarbeitern irgendwelche Rechte einzuräumen, oder ihnen irgendwelchen Schutz gegen die unerhörte Ausbeutung des schaffenden Landvolks zu gewähren.

Die Völkischen Parteiführer der Mordanstiftung überführt!

Schwere Anklagen des Fememörders Grütte-Lehders gegen Wulle, Kube und Ahlemann

Der **Femeausschuß des preußischen Landtages** vernahm in seiner gestrigen Nachmittagssitzung den Fememörder **Grütte-Lehder,** der bekanntlich seinerzeit den angeblichen Oberleutnant Müller alias Dammers getötet hat.

Grütte-Lehder machter einen intelligenten Eindruck. In seinem noch jugendlichen Aussehen sind keine Spuren der Erlebnisse, die er durchgemacht hat, zu entdecken. Er schildert zunächst, wie er zum Abgeordneten Ahlemann in Beziehungen kam und teilte mit, daß **damals in den völkischen Kreisen gewisse Absichten bestanden, unter der Parole Hitler-Gräfe-Ludendorff einen Rechtsumsturz in Deutschland vorzubereiten.** In diesem Zusammenhang wurde auch **der Plan eines Attentats gegen den preußischen Innenminister Severing erwogen. Darüber wurde auch mit dem Abg. Wulle und v. Gräfe verschiedentlich gesprochen.**

Grütte-Lehder führt dazu weiter aus: Ich selbst kannte Severing zu wenig und konnte mir kein Urteil über ihn bilden. Seine politischen Beziehungen kannte ich nicht. Der Abgeordnete Ahlemann äußerte sich in diesem Zusammenhang, **daß der geplante Umsturz am besten durch gut durchdachte Attentate eingeleitet würde.** Er wollte aber mit dem Leutnant v. Tettenborn noch darüber näher Rücksprache nehmen, ebenso sollten mit Wulle u. a. Besprechungen stattfinden. **Wulle selbst hielt sich stets sehr vorsichtig zurück.** Gemäß der Weisung des Oberstleutnant Ahlemann wandte ich mich dann, so erzählte Grütte-Lehder weiter, an den eben genannten Leutnant v. Tettenborn. Mit ihm fanden **mehrfach Besprechungen** sowohl im Parteibureau in der Dessauer Straße, als auch in der Privatwohnung statt. Als **Zufluchtsort für Notfälle** brachte schon damals v. Tettenborn einen Gutshof in Mecklenburg in Vorschlag. Dann bemühte ich mich um **Beschaffung eines Autos zur Vorbereitung des Attentats, und nach kurzer Zeit schon konnte ich Ahlemann und,** soviel ich mich erinnere, auch **Wulle mitteilen, daß der Kraftwagen dafür bereitstände.** Ein verstegelter Brief mit dieser Mitteilung an Wulle wurde durch Henry Böticher in Hermsdorf befördert. Als die Vorbereitungen aber soweit gediehen waren, stiegen mir doch **recht schwere Bedenken gegen die Tat** auf.

Um mich dem **starken moralischen Druck** seitens der Abgeordneten zu entziehen, verließ ich damals Berlin und siedelte nach Egesin in Pommern über. Aeußeren Anlaß zu der Uebersiedlung bot die **Bekanntschaft mit dem angeblichen Oberleutnant Müller-Dammers.** Dort betätigte ich mich agitatorisch für die völkische Bewegung und habe in Egesin und Ueckermünde auch deutschvölkische Ortsgruppen gegründet. **Ahlemann erkundigte sich dann von Berlin aus notsichtigerweise nach den Stand der Vorbereitungen in der bewußten Attentatsangelegenheit.** Anstatt damals aber kurz und klar mitzuteilen, daß ich nicht mehr dafür zu haben war, ließ ich die Abgeordneten in dem Glauben, daß ich nach wie vor bereit wäre. Ahlemann kam dann bald darauf auch einmal auf kurze Zeit nach Egesin, und dort fanden wiederum Besprechungen statt. Er erklärte dann aber daß das Attentat in den Vorbereitungen stecken geblieben war. Die Ursache dazu liege nicht darin, daß ich etwa nicht mehr bereit wäre, sondern mehr in meiner Jugend. **Er beauftragte deshalb den Oberleutnant Müller,** dem auf meine Veranlassung die Ortsgruppe Egesin übertragen worden war, **mit der Bildung einer Gruppe zur Ausführung der Tat.** Bald nach der Abreise des Ahlemann stellte sich dann heraus, daß der angebliche Oberleutnant Müller-Dammers hieß und ein Hochstapler und Spitzel war.

Grütte-Lehder ging dann unter größter Aufmerksamkeit des Ausschusses auf die Frage der **Schuld der völkischen Abgeordneten an der Mordtat** ein: Im deutschvölkischen Parteibureau berichtete ich hastig über die Rolle, die Dammers als Spitzel spielte und über die Gefahr, die er für die Partei bildete. Kube rief sofort aus: **Da haben wir ja die Schweinerei!** und Wulle, der sehr bestürzt war, fügte hinzu: Und Ahlemann ist in Bremen. Kube meinte, ich selbst hätte mich durch meinen Umgang mit Dammers verdächtig gemacht, ich könnte mich aber davon reinigen, **indem ich die Papiere wieder herbeischaffte.** Er fügte hinzu: **„Solche Leute müssen beseitigt werden."** Darauf fragte ich: **Soll ich ein Kommando alarmieren? Wulle erwiderte: Das müssen Sie selbst wissen, wir als Abgeordnete . . .** Damit brach Herr Wulle den Satz ab.

Der Zeuge schildert dann weiter, **wie er von dem Abgeordneten Kube einen Ausweis erhalten habe, damit er bei Kameraden für den Auftrag zur Beseitigung des Dammers Unterstützung finde.** Die Pistole erhielt er von einem Herrn Zitzow in Hermsdorf. Diese Pistole versagte bei der ersten Benutzung. **Drei Tage später wurde jedoch mit ihr die Tat vollbracht.** Darauf meldete sich Grütte-Lehder wieder im Parteibureau und **die beiden Abgeordneten zeigten sich sehr erfreut über seine Tat.**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019260506-18/fragment/page=0003

Achten Sie genau auf Straße und Hausnummer!

Nur noch 4 Tage

Freitag — Sonnabend — Montag — Dienstag

95 ₰ dauert mein Verkauf

Beachten Sie meine Schaufenster Steinweg 45 und Große Ulrichstraße 9 die sagen Ihnen alles

Eine Fülle von Schlagern in Haushaltwaren!

Ich bringe was Sie suchen! — **Für wenig Geld das Richtige!**

Rahmservice, Glas, 3tlg. . . . . . 95₰

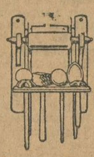
Engl. Kohlenkasten m. Deck., bt. bem. 95₰

Würstchenkasten groß . . . . . . 95₰

Burgleuchter mit bunt. Kerze . . 95₰

Keksdose mit Nickeldeckel . 95₰

Zinkeimer 28 cm . . . . . . 95₰



Quirlgarnitur 7tlg. . . . . 95₰

2 Waggon Glas

Gegenstände für 95 Pf.

12 Kompotteller, oliv
10 Bierbecher, 4/20 Liter, mit Aiche
Kuchenteller, extra groß
2 Sportlikörgläser mit buntem Stiel
Glasschüssel extra groß
Stehbüchse mit Deckel
4 Goldrandbecher
2 Stck. Weingläs., Römerf. 6 versch. Farb.

5 Waggon Emaille

Gegenstände für 95 Pf.

Aufwaschwanne, rund, groß
Wasserkessel, groß, weiß
Durchschlag, groß, weiß
Schüssel, weiß/weiß, groß
Essenträger, groß

Artikel des tägl. Bedarfs

Gegenstände für 95 Pf.

12 Pakete Scheuersand
4 Pak. Seifenpulver m. Kernseifenschnitz.
4 Rollen Butterbrotpapier

2 Waggon Steingut

Gegenstände für 95 Pf.

Satz Schüsseln, 5 Stück
2 Paar Tassen mit Untertassen
Wasserkrug, groß, für Waschgarnitur
Kaffeekanne, Bauernmuster, handgem.
Kuchenteller, Bauernm., extragr., handg.
Kinder-Eßservice, 5 tlg., bunt bemalt
Kartoffelschüssel, extra groß
Schmalzdose, groß

1 Waggon Holz

Gegenstände für 95 Pf.

Waschbrett, garant. Zink
12 Kleiderbügel
12 Schneidebretter
Bürstentasche und Kammkasten, zus.
Messerkasten und Putzkasten, zusammen
Gurkenhobel m. 2 Messer, m. Nudelrolle und Fleischklopfer, zusammen
Zusammenlegbarer Wäschetrockner mit 6 Stäben
Handtuchhalter m. Einlage u. 4 Haken
Garderobenleiste mit 3 Schleifhaken

2 Waggon Porzellan

Gegenstände für 95 Pf.

3 Paar Goldrandtassen m. Untertassen
4 Kaffeebecher, bunt bemalt
6 Abendbrotteller, groß
6 Eierbecher mit Goldlinie
3 Speiseteller, tief u. flach, m. Zackenrd.
6 Kompottnäpfe, groß, bunt bemalt
Kaffeeservice, 5 tlg., besteh. aus Kaffeekanne, Zuckerdose m. Deckel, Milchgießer 1 Ober- und 1 Untertasse

1 Waggon Weißblech

Gegenstände für 95 Pf.

Springform, groß, extra stark
Messerkorb mit starker Gaze, 3 teilig
Kartoffelpresse
Melonenform
Universalsieb mit 3 auswechselb. Böden

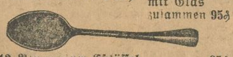
Artikel des tägl. Bedarfs

Gegenstände für 95 Pf.

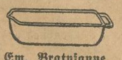
6 Stück Badeseife
12 Stück Toiletteseife
4 Stück gr. Waschseife, Qualitätsware
5 Pakete Streichhölzer

3 Tassen mit Untertassen, Rosenmuster . . . . 95₰

2 Teeglashalt. mit Glas zusammen 95₰



12 Aluminium-Eßlöffel . . . 95₰



Em. Bratpfanne extra groß . . . 95₰

Em. Schmortopf groß. . . . . . 95₰

Em. Eimer w./w. . . 95₰

Sand-Seife-Soda-Garnitur, lackiert . 95₰

Alum.-Konsole m. Maß . . 95₰

Krümelschaufel mit Besen . . . . . . 95₰

Steinweg 45 — **SOBEL** — **Gr. Ulrich-str. 9**

Achten Sie genau auf Straße und Hausnummer! — Achten Sie genau auf Straße und Hausnummer! — Achten Sie genau auf Straße und Hausnummer!

K·P·D

Bezirksleitung für Halle-Merseburg
Bureau u. Kasse: Lerchenfeldstr. 14. Fernruf 1473. — Postscheckkonto Leipzig 107 001. Artur Sämisch, Bezirks-Sekretär. Geschäftszeit: Täglich 9 bis 6 Uhr. Sonnabends nachmittags geschlossen.

Unterbezirk Halle-Saalkreis. Ortsbureau Telephonruf 8237

Unterbezirk Halle-Saalkreis

Halle. Politischer Informationsabend über den englischen Bergarbeiterkampf Sonnabend, 8. Mai, abends 8 Uhr, im „Volkspark“. Es haben daran teilzunehmen: Sämtliche Mitglieder der Zellengruppenleitungen, die Betriebszellenobleute, die Instrukteure und die Referenten von Halle-Saalkreis.
Halle. Sitzung der Kreistagsfraktion des Saalkreises Sonntag, 9. Mai, vormittags 9 Uhr, im „Volkspark“, Zimmer 3. Referent von der BL. ist anwesend.
Halle. Sitzung der Kompol-Abteilung des Bezirks Freitag, 7. Mai, abends 8 Uhr, im „Volkspark“, Zimmer 4. Vertreter der BL. ist anwesend. Alle hierzu schriftlich eingeladenen Genossen haben bestimmt zu erscheinen.
Halle. Sitzung der Abteilung Frauen des Bezirks Freitag, 7. Mai, abends 7 Uhr, in der Produktiv-Genossenschaft. Alle hierzu schriftlich eingeladenen Genossinnen haben bestimmt zu erscheinen.
Zellengruppe 1. Zellengruppenversammlung Donnerstag, 6. Mai, abends 8 Uhr, im Lokal Freundlieb. Alle Betriebs- und Straßenzellenmitglieder haben zu erscheinen.
Zellengruppe 5. Zellengruppenversammlung Donnerstag, 6. Mai, abends 5 Uhr, und nicht, wie gestern veröffentlicht, um 8 Uhr im bekannten Lokal. Alle Betriebszellen- und Straßenzellenmitglieder haben zu erscheinen.
Zellengruppe 8. Zellengruppenversammlung Freitag, den 7. Mai, abends 8 Uhr, im „Turnerschlößchen“. Alle Betriebs- u. Straßenzellenmitglieder haben zu erscheinen.
Zellengruppe 9. Zellengruppenversammlung Donnerstag, 6. Mai, abends 8 Uhr, im „Gemütlichen Fritz“. Alle Betriebs- u. Straßenzellenmitglieder haben zu erscheinen.
Zellengruppe 13. Zellengruppenversammlung Donnerstag, 6. Mai, abends 8 Uhr, im Lokal Nappika. Alle Betriebs- und Straßenzellenmitglieder haben zu erscheinen.
Zellengruppe 14. Zellengruppenversammlung Donnerstag, 6. Mai, abends 8 Uhr, in d. „Goldenen Kette“. Alle Betriebs- u. Straßenzellenmitglieder haben zu erscheinen.
Zellengruppe 16. Zellengruppenversammlung Donnerstag, 6. Mai, abends 8 Uhr, im „Volkspark“. Alle Betriebs- und Straßenzellenmitglieder haben zu erscheinen.
Zellengruppe 18. Zellengruppenversammlung Donnerstag, 6. Mai, abends 8 Uhr, im „Reichsadler“. Alle Betriebs- und Straßenzellenmitglieder haben zu erscheinen.
Zellengruppe 2. Versammlung der Betriebszellenmitglieder Freitag, 7. Mai, nachmittags 4½ Uhr, im Lokal Freundlieb. Alle Betriebszellenmitglieder haben unbedingt zu erscheinen.
Zellengruppe 2. Versammlung der Straßenzellenmitglieder Freitag, 7. Mai, abends 8 Uhr, im Lokal Freundlieb. Alle Straßenzellenmitglieder haben zu erscheinen.
Zellengruppe 15. Versammlung der Betriebszellen Freitag, 7. Mai, nachmittags 4½ Uhr, im Lokal Limberg, Hermannstraße 28. Alle Betriebszellenmitglieder haben zu erscheinen.
Zellengruppe 15. Versammlung der Straßenzellenmitglieder Freitag, 7. Mai, abends 8 Uhr, im Lokal Limberg, Hermannstraße 28. Alle Straßenzellenmitglieder haben zu erscheinen.
Giesten. Mitgliederversammlung Sonnabend, den 8. Mai, abends 8 Uhr, im Lokal Raue. Tagesordnung: Bericht vom Bezirksparteitag.
Könnern. Mitgliederversammlung Freitag, 7. Mai, abends 8 Uhr, im „Bürgergarten“. Alle Mitglieder haben bestimmt zu erscheinen. Wichtige Tagesordnung.
Lettin. Mitgliederversammlung Sonnabend, 8. Mai, abends 8 Uhr, in der „Erholung“. Wichtige Tagesordnung. Erscheinen aller Genossen ist Pflicht.

Unterbezirk Merseburg-Querfurt

Lützen. Mitgliederversammlung Freitag, 7. Mai, abends 8 Uhr, im „Bürgergarten“. Tagesordnung: Bericht vom Bezirksparteitag. Alles muß erscheinen.
Schkeuditz. Mitgliederversammlung Freitag, 7. Mai, abends 8 Uhr, in der „Weißen Taube“. Wichtige Tagesordnung. Erscheinen aller Mitglieder ist Pflicht.
Querfurt. Mitgliederversammlung Freitag, 7. Mai, abends 8 Uhr, im „Schützenhaus“. Wichtige Tagesordnung. Erscheinen aller Mitglieder unbedingte Pflicht.
Mücheln. Funktionärsitzung Donnerstag, 6. Mai, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus. Erscheinen aller Funktionäre ist Pflicht.
Mücheln. Mitgliederversammlung Sonntag, 9. Mai, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus. Restloses Erscheinen ist Pflicht. Parteimitgliedsbuch und Verbandsbuch ist mitzubringen.

Unterbezirk Bitterfeld-Wittenberg-Delitzsch

Wittenberg. Kreiskommunalkonferenz Sonntag, den 9. Mai, vormittags 9 Uhr, im Lokal Freudenberg. Alle Kreistagsabgeordnete und kommunal tätigen Genossen haben bestimmt zu erscheinen. Referent: Genosse Kilian (Halle).
Greppin. Mitgliederversammlung Donnerstag, 6. Mai, abends 8 Uhr, im Lokal Schmidt. Wichtige Tagesordnung. Alles muß erscheinen.
Wittenberg. Straßenzellenversammlung Sonntag, 9. Mai, nachmittags 3 Uhr, im Restaurant „Jägerheim“, Friedrichstadt. Alle Mitglieder haben zu erscheinen.

Unterbezirk Torgau-Liebenwerda

Delitzsch. Mitgliederversammlung Freitag, 7. Mai, abends 8 Uhr, im „Lindenhof“. Tagesordnung: Bericht vom Bezirksparteitag und unsere nächsten Aufgaben. Erscheinen aller Mitglieder ist Pflicht.
Torgau. Informationsabend Freitag, 7. Mai, abends 8 Uhr, in Kochs Restaurant. Es nehmen daran teil sämtliche Mitglieder der Ortsgruppe Delitzsch sowie die schriftlich eingeladenen Genossen. Referent von der BL. ist anwesend.
Mühlberg. Mitgliederversammlung Sonnabend, 8. Mai, abends 8 Uhr, im „Elbschlößchen“. Erscheinen aller Mitglieder ist Pflicht.

Unterbezirk Weißenfels-Naumburg-Zeitz

Weißenfels. Sitzung der Unterbezirksleitung Sonnabend, 8. Mai, abends 8 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“. Alle Mitglieder der UBL. und der Stadtverordnetenfraktion von Weißenfels haben unbedingt zu erscheinen.
Crossen. Oeffentliche Volksversammlung Freitag, 7. Mai, abends 8 Uhr, in der „Goldenen Ecke“. Referent: Genosse Gutjahr, Zeitz. Thema: Die Bedeutung des Bergarbeiterstreiks für die deutsche Arbeiterklasse. Anschließend Mitgliederversammlung. Alle Genossen müssen hierzu erscheinen.
Gröben-Runthal-Werschen. Gemeinsame Mitgliederversammlung Sonntag, 9. Mai, nachmittags 3 Uhr, im Gasthof Runthal. Wichtige Tagesordnung. Alles muß erscheinen.

Kein Genosse darf die CT.- und Ufa-Lichtspiele besuchen. Führt den Boykott scharf durch!

„Roter Frontkämpfer-Bund“

Kameraden, besucht den Film „Sein Mahnruf“

Das Gausekretariat Gr. Klausstraße 10 ist geöffnet für auswärtige Kameraden täglich von 11 bis 1 Uhr, Mittwoch und Sonnabend von 3 bis 8 Uhr sowie jeden 3. Sonntag im Monat von 8 bis 1 Uhr vormittags für die gesamte Mitgliedschaft. Postscheckkonto: Paul Döschner, Halle, Postscheckamt Leipzig 8715. Telephon 9012.

Ortsgruppe Halle

Kameraden! Rüstet zur Teilnahme am Bundestreffen in Berlin Pfingsten. Fahrpreis einschließlich Versicherung 7.50 Mark. Meldungen bis 30. April. Einzahlung des Fahrgeldes bis 15. Mai. Sparmarken sind bei allen Gruppenführern zu erhalten.

Untergau Saalkreis

Ammendorf. Freitag, den 7. Mai, abends 8 Uhr, findet im „Dreierhaus“, Osendorf, eine Werbeveranstaltung für die Rote Jungfront statt. Antreten der gesamten Ortsgruppe mit Kapelle und Spielmannszug am „Deutschen Haus“ in Beesen um 7 Uhr abends.
Löbejün. Freitag, den 7. Mai, abends 8 Uhr im „Adler“ Mitgliederversammlung. Fahrgeld für Berliner Fahrt ist mitzubringen.
Reideburg-Büschdorf. Donnerstag, den 6. Mai, Ausmarsch. Antreten abends 7 Uhr an der Linde.
Reideburg-Büschdorf. Freitag, den 7. Mai, abends 8 Uhr, Mitgliederversammlung bei Banermann.
Werbebezirk 2, Canena. Freitag, den 7. Mai, bei Rühlemann in Dieskau Werbebezirksversammlung. Die Ortsgruppen Canena, Bruckdorf, Dieskau, Zwintschöna, Kleinkugel und Nauendorf haben daran teilzunehmen.
Werbebezirk Dölau. Freitag, den 7. Mai, abends 7 Uhr, in Passendorf Werbebezirksversammlung.
Werbebezirk Seeben. Sonnabend, den 8. Mai, abends 8 Uhr, in Sennewitz im „Schwarzen Adler“ Werbebezirksversammlung. Die Ortsgruppen Gutenberg, Teicha, Petersberg, Sennewitz, Möderau, Brachstedt und Oppin haben zu erscheinen.
Lettin. Sonntag, den 9. Mai, vormittags 10 Uhr, Mitgliederversammlung.
Garsena. Die Ortsgruppe beteiligt sich geschlossen an der Veranstaltung der „Proletarischen Tribüne“ bei der Aufführung des „Holzwurm“. Abmarsch 7½ Uhr abends von Döfel.

Untergau Merseburg

Merseburg. Freitag, den 7. Mai abends 8 Uhr, Mitgliederversammlung in der „Stadt Leipzig“.
Merseburg. Sonnabend Jungfront-Versammlung.
Dürrenberg. Freitag, den 7. Mai, bei Mennicke außerordentliche Generalversamml. Keiner darf ohne Grund fehlen.
Werbebezirk Geiseltal. Sonntag, den 9. Mai, abends 7 Uhr, in der Gastwirtschaft Schumann Werbebezirksleitungssitzung. Montag, den 10. Mai, Vorstandssitzung beim Kam. Korte. Thema in beiden Versammlung: Der Himmelfahrtsausmarsch.
Querfurt. Sonnabend, den 8. Mai, außerordentliche Versammlung. Wegen der Wichtigkeit der Tagesordnung haben sämtliche Kameraden, auch die neu aufgenommenen, zu erscheinen.

Untergau Schkeuditz

Sonntag, den 9. Mai, vormittags, findet im Bahnhofssaal in Schkeuditz die Untergaukonferenz statt. Referent der Gauleitung anwesend. Alle Ortsgruppen des Untergaues sind verpflichtet, zu erscheinen. Antreten 8 Uhr vorm. Stellplatz Schule.

Untergau Mansfeld (Seekreis)

Am 9. Mai findet in Helbra ein Untergautreffen, verbunden mit Fahnenübergabe, statt. Sämtliche Ortsgruppen sind verpflichtet, daran teilzunehmen.
Gerbstedt. Sonntag, den 9. Mai, vormittags 9 Uhr, Antreten bei Lohmayer zum Abmarsch nach Helbra.

Untergau Mansfeld (Gebirgskreis)

Die Ortsgruppen des Untergaues beteiligen sich am Untergautreffen in Helbra am 9. Mai. Alle Gruppen müssen vertreten sein, andere Veranstaltungen fallen an diesem Tage aus.
Hettstedt. Die Ortsgruppe Hettstedt beteiligt sich geschlossen am Untergautreffen des Mansfelder Seekreises in Helbra. Antreten:
Bezirk 1 um ½9 Uhr Elisenhöhe bei Kamerad Gensch,
Bezirk 2, 3 und 4 um ¾9 Uhr Zentrale Kupferhammer,
Bezirk 5 auf dem Sammelplatz,
Spielmannszug ¾9 Uhr Zentrale Kupferhammer.
Abmarsch pünktlich 9 Uhr. Kameraden, welche verhindert sind, müssen sich bei ihren Bezirksführern abmelden.

Untergau Delitzsch

Delitzsch. Die Ortsgruppe Delitzsch des RFB. veranstaltet am Sonntag, dem 9. Mai, früh 7½ Uhr, einen Familienausflug nach der Spröte. Die Arbeiterschaft von Delitzsch ist dazu eingeladen. Für Kinderbelustigung Autofahrt und ausreichende Verpflegung ist gesorgt.
Zschortau. Sonnabend, den 8. Mai, Mitgliederversammlung im Gasthof Sonntag. Wichtige Tagesordnung. Alles hat zu erscheinen.

Untergau Bitterfeld

Bitterfeld. Donnerstag, 6. Mai, 8 Uhr, im „Gesellschaftshaus“ Pflichtversammlung. Sonntag, den 9. Mai, findet in Brehna ein Untergautreffen, verbunden mit Fahnenweihe statt. Die Ortsgruppen treffen sich alle vormittags ½10 Uhr in Roitzsch am Bahnhof. Von dort aus gemeinsamer Marsch nach Brehna.
Sandersdorf. Freitag, den 7. Mai, Pflichtversammlung bei Winkler.

Unterbezirk Wittenberg

Die Spielleute der Ortsgruppen Wittenberg und Piesteritz treten Sonntag vormittag 9 Uhr mit Instrumenten bei Freudenberg an. Untergauleitung und Gauspielleiter zur Stelle.

Untergau Torgau-Liebenwerda

Mühlberg. Sonnabend, den 8. Mai, abends 8 Uhr, Mitgliederversammlung im „Elbschlößchen“. Coßdorf hat sich an der Versammlung zu beteiligen. Um pünktliches Erscheinen wird ersucht.

Untergau Weißenfels

Teuchern. Sonntag, den 9. Mai, vormittags ½9 Uhr, Antreten im „Grünen Baum“ zur Kranzniederlegung am Grabe des vor Jahresfrist erschossenen Kam. Stenzel.
Weißenfels. Abteilung 1 und 2 Sonnabend, den 8. Mai, Versammlung. Antreten 7 Uhr am Klingenplatz.
Abteilung 3 und 4 Sonntag, den 9. Mai, vormittags 9 Uhr, Versammlung im Gewerkschaftshaus. Um restlose Beteiligung wird ersucht.

Untergau Zeitz

Sämtliche Radfahrer des Untergaues treten Sonntag, den 9. Mai, früh 7 Uhr, in Zeitz bei Oetlers Brauerei an. Abfahrt früh 7¼ Uhr nach Osterfeld. Kapelle zur Stelle.
Zeitz. Sonnabend, den 8. Mai, abends 8 Uhr, in der „Herberge“ Mitgliederpflichtversammlung.

Jeder Kamerad des RFB. und RJ., der die CT.- und Ufa-Kinos besucht, schließt sich laut Beschluß einer großen Funktionärsitzung aus der Organisation aus

KJVD

Bezirk Halle–Merseburg
Jugendsekretariat: Halle a. d. S., Lerchenfeldstr. 14 Fernruf 1473

Bezirksleitung. Freitag nachmittag 5 Uhr im Jugendsekretariat kurze Referentenbesprechung der BL. Im Anschluß daran Festlegung des Arbeitsplanes.

Unterbezirk Halle-Saalkreis

Donnerstag ½8 Uhr im Jugendbureau Ortsleitungssitzung. Jedes Vorstandsmitglied hat zu erscheinen.
Sonnabend abend ½8 Uhr im „Volkspark“ Unterhaltungsabend des Metallarbeiterverbandes. Alle in der Metallindustrie beschäftigten Genossen haben zu erscheinen.
Halle. Freitag abend ½8 Uhr in der Produktiv-Genossenschaft Mitgliederversamml. Mitgliedskarten sind unbedingt mitzubringen. Restlose Beteiligung ist Pflicht.
Ammendorf. Freitag, den 7. Mai, abends 7 Uhr, Spielabend in der „Post“.
Ammendorf. Sonntag, den 9. Mai, trifft sich die gesamte Ortsgruppe ½2 Uhr im Restaurant „Zur Post“ zur Halbtags-Wanderung.

Unterbezirk Delitzsch

Die Jungarbeiterschule wird am Sonnabend, dem 8. Mai, in Brodnaundorf fortgesetzt. Die Mitglieder der Gruppen Güntheritz, Zschortau und Delitzsch sind zu restloser Teilnahme verpflichtet.

Untergau Wittenberg

Wittenberg. Am Donnerstag, dem 6. Mai, abends 8 Uhr, findet im Jugendheim unsere Monatsversammlung statt, wozu jedes Mitglied erscheinen muß. Donnerstag ½7 Uhr wichtige Funktionärsitzung.

Unterbezirk Weißenfels-Naumburg-Zeitz

Weißenfels. Donnerstag abend ½8 Uhr im Gewerkschaftshaus wichtige Mitgliederversammlung. Erscheinen aller Mitglieder ist Pflicht.
Weißenfels. Freitag abend ½8 Uhr beim Pol-Leiter UBL.-Sitzung. Alle in Frage Kommenden müssen erscheinen.
Weißenfels. Sonntag früh 10 Uhr Beteiligung an der JSB.-Kundgebung. Eintritt 20 Pfennig.
Granschütz. Sonntag, den 9. Mai, Antreten im Wittenburger Hof zur Wanderung.

Bund der Freunde der IAH.

Landesausschuß Halle/Merseburg
Bureau: Halle, Dorotheenstr. 1 pt. Telephon 9150

Halle. Die Nähstube ist verlegt nach der Lutherschule, Schlosserstraße (Haltestelle der Linie 4). Arbeitsstunden von Montag bis Donnerstag ab 3½ Uhr nachmittags. Weitere Mitarbeiterinnen dringend erwünscht. Meldungen in der Nähstube.
Halle. Donnerstag, 6. Mai, abends 8 Uhr, im „Volkspark“ wichtige LA.-Sitzung.
Sangerhausen. Freitag, den 7. Mai, abends 8 Uhr, öffentliche Versammlung im „Herrenkrug“. Frau Else Böhme spricht über: **„Die Reichsgesundheitswoche und die Not des werktätigen Volkes.“**
Könnern. Sonnabend, den 8. Mai, abends 8 Uhr, im „Bürgergarten“ **großer China-Abend.** Ein Mitglied des LA. Halle wird über das Thema: „China, Land und Leute“ referieren Die gesamte werktätige Bevölkerung ist eingeladen.

Filmaufführungen „Sein Mahnruf“

Großkayna. Freitag, den 7. Mai.
Zschornewitz. Sonnabend, den 8. Mai, im Lichtspiel-Theater.
Roßleben. Sonntag, den 9. Mai.
Neumark. Sonntag, den 9. Mai.

Rote Hilfe Deutschlands

Bezirk: Halle-Merseburg
Halle a. d. S., Lerchenfeldstraße 14 — Fernsprecher 4425

Halle. Die Kassierer werden gebeten, die Abrechnungszeiten Dienstags und Freitags, abends 5 bis 7 Uhr, pünktlich einzuhalten.
Ammendorf. Donnerstag, den 6. Mai, in der „Burg“ Funktionärversammlung.
Delitzsch. Freitag, den 7. Mai, abends 7 Uhr, im „Lindenhof“ Abrechnung für Monat April.
Hettstedt-Burgörner. Alle Genossen, welche noch im Besitz von Literatur sind, werden hiermit aufgefordert, dieselbe bis Freitag, den 7. Mai, abends, an den Literaturobmann zurückzugeben, da Sonnabend eine neue Einteilung vorgenommen wird. Diejenigen Genossen, welche am Sonntag, dem 9. Mai, beim Ausmarsch des RFB. Literatur vertreiben wollen, melden sich bis Sonntag früh 8 Uhr in der Wohnung beim Obmann.
Roßbach. Sonnabend, 8. Mai, abends 8 Uhr, Mitgliederversammlung in Innstädt. Referent: Gen. Hesche (Weißenfels).

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019260506-18/fragment/page=0004

Aus den Betrieben

Jeder Betrieb — seine Betriebszeitung

Auf der 2. Orgberatung kam in fast allen Berichten, illustriert durch Beispiele aus den wichtigsten Ländern, auch aus dem faschistischen Italien, zum Ausdruck, daß **die Betriebszeitung** nicht nur eine der wichtigsten Waffen im Kampfe gegen das Unternehmertum, sondern auch **ein sehr gutes Mittel ist, um den großen Massen der politisch anders denkenden und indifferenten Arbeiterschichten die kommunistischen Gedanken zu übermitteln.** Allerdings ist im vergangenen Jahre in der Schaffung und Herausgabe von Betriebszeitungen eine Stagnation eingetreten. Einige sind ganz eingegangen, andere erscheinen nur in großen Abständen, wieder andere entwickeln sich nicht genügend in bezug auf den Inhalt, die Herstellungsmethode und die Verbreitungsmöglichkeiten.

Die Stagnation erklärte sich zumeist aus den **technischen und organisatorischen Schwierigkeiten,** die sich bei dem Heranholen und Zusammentellen des Materials, bei der Herstellung und Verbreitung der Zeitung herausstellen. Hier muß von den Parteileitungen bis herunter zur Zellengruppenleitung Hilfe in größtmöglichstem Maße geleistet werden. Natürlich nicht in der Weise, daß die Leitungen die Zeitung selbst herstellen, das würde das Wesen derselben ganz und gar illusorisch machen.

Um am besten darzustellen, wo die Mängel ihre Ursachen haben, will ich kurz die Voraussetzungen der Zellenzeitung eines Großbetriebes skizzieren, wo eine relativ gute Betriebszeitung in ziemlich regemäßigen Zeitabständen mit Erfolg herausgegeben wurde, und zwar ohne jede Hilfe außerhalb des Betriebes stehender Genossen. In diesem Betrieb ist vor allen Dingen **eine sehr stabile und auf kollektive Zusammenarbeit eingestellte Zellenleitung vorhanden.** Ein Genosse hatte die Fähigkeit, die verschiedenen Veranlagungen der Genossen zu entdecken und auszuwerten und gab im allgemeinen die Richtlinien an, nach welchen die Zeitung aufgebaut werden sollte. Er besorgte zu gleicher Zeit das technische Material, spürte einen Drucker auf, welcher nach dem Original die Vervielfältigung übernahm. Ein anderer Genosse entpuppte sich als Zeichner und brachte bald wirkungsvolle Karikaturen zustande. Wieder ein anderer Genosse entwickelte mit der Zeit schriftliche Gewandtheit, und so wurde mit der Zeit ein kleiner Kreis geschaffen, der sich gegenseitig anspornte. Aus dieser kurzen Darstellung geht schon zur Genüge hervor, worauf es ankommt. Es kann in einer Zelle der gute Wille da sein, wenn aber der notwendige Antrieb fehlt, kommt doch keine Zeitung zustande.

Hier liegt eine der wichtigsten Aufgaben der Parteileitungen. Diese müssen regelmäßige Zusammenkünfte der Genossen organisieren, welche für die Ausarbeitung von Betriebszeitungen in Frage kommen. Die Zellenleitungen müssen die betreffenden Genossen bestimmen, weil die Auswahl der Kräfte entscheidend ist für den Erfolg.

Was muß in diesen Sitzungen besprochen werden? Vier Hauptpunkte sind es vor allem, die etappenmäßig durchgearbeitet werden müssen:

1. Der Inhalt der Zeitung (Materialsammlung, Ausbau usw.);
2. die Herstellung (ob hektographisch, gedruckt usw.);
3. die Verbreitung (im Betrieb, außerhalb des Betriebes, verkaufen oder verteilen usw.);
4. allgemeine Schwierigkeiten.

Die Arbeit dieser Konferenzen muß aber **nach einer ganz bestimmten Methode** durchgeführt werden. Es dürfen nicht allgemein gehaltene, schematische Vorträge stattfinden, sondern die Genossen müssen ihre Erfahrungen zum Ausdruck bringen, Mißerfolge, Schwierigkeiten usw. Die Genossen, die wirklich positive Erfahrungen besitzen, müssen den anderen zeigen, wie Schwierigkeiten gelöst werden können. In diesen Zusammenkünften sollen außerdem schon erschienene Zeitungen auf ihren Inhalt geprüft und kritisiert werden. Dabei wird sich dann noch viel besser herausstellen, wo die Gründe für die Mißerfolge liegen.

Aus diesen Besprechungen heraus wird die Leitung rasch diejenigen Zellen finden, in denen Kräfte fehlen, sie kann ihnen dann erfahrene Genossen zeitweilig zur Unterstützung angliedern.

Das wichtigste ist, wie gesagt, daß die Leitungen, von der Bezirksleitung bis zur Zellengruppenleitung, in der Herausgabe von Betreibszeitungen eine wirkliche Arbeit beginnen, selbst in die Zellen gehen, die Schwächen und Mängel auffinden und ihre Beseitigung durch die Verwertung der Erfahrungen erfolgreicher Zellen organisieren. Kramer.

Für die englischen Bergarbeiter

Folgt dem Beispiel — drückt auf den ADGB.

Am 3. Mai fand eine Belegschaftsversammlung der Firma M. Jahn, Leipzig-Leutzsch, statt, die zum englischen Bergarbeiterstreik Stellung nahm. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen:

Resolution.

Die am 3. Mai 1926 vollbesuchte Belegschaftsversammlung der Firma M. Jahn, Leipzig-Leutzsch, Eisengießerei, nahm Stellung zu dem Riesenkampf des englischen Proletariats und ist sich klar über die Bedeutung seines Ausganges für die gesamte Arbeiterschaft der ganzen Welt. **Wir begrüßen die Geschlossenheit und Tatkraft der englischen Klassenbrüder, indem wir unsere vollste Sympathie zum Ausdruck bringen und bereit sind, aktive Solidarität in jeder Form zu üben.** Wir erwarten umgehende Stellungnahme von seiten des ADGB. und Mobilisierung aller Werktätigen zu jeglicher Unterstützung der englischen Arbeiterklasse.

Es lebe die internationale Solidarität!
Es lebe die nationale und internationale Gewerkschaftseinheit!
Es lebe die rote Klassenfront gegen das geschlossene Ausbeutertum!

Ein Stahlhelmer entlassen, weil er nicht gegen den 1. Mai stimmt

Maschinenfabrik C. A. Callm, Halle

In verschiedenen Betrieben haben auch Stahlhelmer für oder wenigstens nicht gegen die Maifeier gestimmt. Das Wirtschaftselend, die ungeheuerliche Willkür der Kapitalisten läßt auch sie immer mehr erkennen, daß sie mit ihren Klassenbrüdern zusammenstehen müssen, und daß auch ein Chef, der selber im Stahlhelm ist, mit ihnen keine gemeinsamen Interessen hat. Duesterberg sagt als Bundesführer zwar „laßt Euch nicht in Eure wirtschaftlichen Angelegenheiten dreinreden", „fordert den Euch zustehenden Lohn" usw., aber die „Kameraden" Unternehmer wissen ganz genau, wie das gemeint ist und sie zahlen einzelnen etwas drauf, um durch deren Vertrat auf der anderen Seite das Zehnfache aus den Belegschaften wieder herauszuholen.

Bei der Firma C. A. Callm wurde der Kernmacher Hammer, Stahlhelmmitglied, am Abend vor dem 1. Mai entlassen. Er hatte sich zum 1. Mai mit der übrigen Arbeiterschaft solidarisch erklärt und sich außerdem geweigert, einen großen Tiegel allein zu tragen, weil ihm dadurch leicht ein Unfall zustoßen konnte. Bei den Auseinandersetzungen mit dem Betriebsleiter Jahnke soll er, als der Betriebsleiter ihm sagte, daß er Vorspanndienste für die Kommunisten leiste, heftig gegen die „Salonstahlhelmer" gewütet haben und er wollte sich nicht gegen die Arbeiterschaft aufhetzen lassen.

Diese Entlassung wird der Firma wenig nützen, denn im Betriebe rollt die Lawine weiter, und **wir hoffen, es werden auch andere Stahlhelmmitglieder noch zu derselben Erkenntnis kommen,** wie ihr Kamerad Hammer. Hammer selbst kann als ehrlicher Mensch kaum so inkonsequent sein und Mitglied bleiben. Wir erwarten, daß er seine Worte zur Tat macht und von seiner eigenen Presse verlangt, daß diese Dinge gebrandmarkt werden. Wir sind allerdings sicher, daß diese Presse ihn wird abfahren lassen, und dann müßte er die weiteren Konsequenzen ziehen.

Der 1. Mai in Leuna

6.5.26

Im Leunawerk hatten sich die Kumpels diesmal überraschen lassen von einer ganz plötzlich von der Direktion angesagten Abstimmung über Arbeitsruhe am 1. Mai. So war keine aufklärende Vorarbeit mehr möglich, und es fehlten wenige Stimmen an der erforderlichen Zweidrittelmehrheit. 70,4 Prozent waren für Arbeitsruhe am 1. Mai.

Nun hieß es trotzdem am 1. Mai nicht hintenan zu stehen, sondern, wie das dem Leunaproleet zukommt, unbedingt diesen großen Kampftag der Arbeiterinternationale hochzuhalten. 988 gelang es, durch Urlaub freizukommen und an den **Demonstrationen** in ihren Orten teilzunehmen. 600 revolutionäre Vorkämpfer demonstrierten mit, auch ohne Urlaub erhalten zu haben.

Die Leunaproleten werden dafür sorgen, daß am nächsten 1. Mai das Werk, wie in anderen Jahren, feiert!

Betriebsratswahl

Dicker & Werneburg, Halle

Im Betrieb Dicker & Werneburg war eine freigewerkschaftliche Liste aufgestellt, die die Wahl von sechs Arbeiterräten und drei Angestelltenräten ergab. Der Betriebsrat besteht aus sechs Kollegen, vier KPD. und zwei Parteilosen, davon einer mit der KPD., einer mit der SPD. sympathisierend.

Wieder ein Arbeitermord

Griesheim Elektron, Bitterfeld

Im Werk III der **Griesheim Elektrowerke** verunglückte in der vergangenen Nacht durch **Gasvergiftung tödlich** der Arbeiter Louis Hinkefuß aus Bitterfeld. Da auf dem Werk in der Nacht kein Heilgehilfe vorhanden ist — er wurde vor kurzem abgebaut — und man sich bei derartigen Fällen auf Werk II verlassen muß, konnte der Unglückliche nicht gerettet werden. Genauer Bericht folgt.

Hört auf mit den Ueberstunden!

Papierfabrik Muldenstein

Es wird Zeit, daß wir uns mit der **Papierfabrik Muldenstein** auch einmal in der Oeffentlichkeit beschäftigen. Es gibt dort Arbeiter, die am liebsten gleich in der Fabrik schlafen möchten, anstatt daß sie den einzig erfolgreichen Weg des Lohnkampfes beschreiten. Allen voran ist der Kupferschmied Mehlhorn. Der denkt, daß es ohne ihn überhaupt nicht geht. Er selbst arbeitet zwar nicht viel, aber andere antreiben, und, wenn es darauf ankommt, den Leuten im Wege herumlaufen und sie dadurch von der Arbeit abhalten, das versteht er! **Dafür bekommt dieser Mann auch 1 Mark Stundenlohn!** Er verdient pro Woche zirka 70 bis 80 Mark, manchmal auch noch mehr. Wieviel Stunden er davon in der Fabrik herumsteht und nichts macht, mögen sich die Herren Ingenieure einmal ansehen. Vielleicht gehen die Herren Schwarz und Linke einmal nach 4 Uhr in die Werkstatt, und zwar hinten herum an der Aschenbahn entlang! Mehlhorn stellt allerdings immer einen der Gehilfen zum Aufpassen hin, um nicht überrascht zu werden.

Vom gleichen Schlage sind die Schlosser Frömmig und Bassin, die auch nicht leben können, wenn sie nicht Tag und Nacht, Sonntag und Feiertag in der Fabrik sind. Am zweiten Osterfeiertag sind sie früh 6 Uhr zur Fabrik gegangen und ununterbrochen dageblieben bis zum dritten Feiertag abend. Dann wurde es dem Meister Lichtenberg doch zu toll, sie schwankten nämlich vor Müdigkeit wie betrunken. Es mußte für sie Waschwasser geholt werden und dann wurden sie nach Hause geschickt.

Auch der Gehilfe von Mehlhorn stimmt für den Achtstundentag, arbeitet aber Tag für Tag 12 Stunden.

Das ist für heute ein kleiner Ueberblick. Wir möchten nur noch auf die schöne Holzverteilung hinweisen, die wieder einmal bewiesen hat, daß die Arbeiter zwar tüchtig arbeiten sollen, aber wenn es Holz und dergleichen gibt, dieses nur für die Herren Beamten und Antreiber da ist, die zum Teil auch noch dem Kriegerverein angehören.

Die Krautjunker sperren die Speisekammern der Arbeiter ab

(Landarbeiter-Korrespondenz)

Auf dem **Rittergut Wölkwitz,** Kreis Merseburg, übt der Gutsinspektor Schellhaus seine Tätigkeit aus. Auf dem Gute ist eine Witfrau mit drei Kindern beschäftigt. Die eine Tochter, welche 18 Jahre alt ist, wurde bisher angehalten, die Feldarbeiten mit Hilfe eines Ochsengespanns zu erledigen und diese Ochsen auch selbst anzuschirren. Als das Mädel sich nun eines Tages weigerte, diese für sie schwere und gefahrvolle Arbeit des Anschirrens weiter zu machen, ging der Herr Inspektor in die Wohnung der Witwe, schloß die Speisekammer ab und nahm den Schlüssel mit sich. Zweck der Uebung: **durch Hunger sollte die Familie kirregemacht werden.** Vom Vertreter des Landbundes, welchem wahrscheinlich auch Sch. angehört, auf die Konsequenzen seines Handelns aufmerksam gemacht, erklärte Schellhaus: **„In der Kammer ist ja doch nichts drin."** Der Vertreter des Landbundes ließ daraufhin den Schlüssel holen und stellte fest, daß sich die ganzen Lebensmittelvorräte der Familie in der Speisekammer befanden, die Familie also während des Verschlusses der Speisekammer auf die Solidarität der anderen Arbeiter angewiesen war oder sonst hätte verhungern können.

Die Herren Inspektoren und Großagrarier werden noch spüren, daß auch durch Hunger die Landarbeiterschaft sich auf die Dauer nicht kleinkriegen läßt. Solche Maßnahmen tragen im Gegenteil dazu bei, daß die Landarbeiter sich fester zusammenschließen, um zusammen mit dem Industrieproletariat den Kampf ihrer Befreiung zu führen.

Zeigt Eure Solidarität mit den englischen Bergarbeitern!

Rüstet zum eigenen Kampf!

Die Belehrung eines Werksgemeinschafters

Grube Emma bei Streckau

Ein erst vor kurzem aus der Werksgemeinschaft Ausgetretener schreibt uns:

Bei der diesjährigen Betriebsrätewahl ist es der Werksgemeinschaft nicht gelungen, einen Sitz zu bekommen. Man hatte es mit allen Mitteln versucht, man gab in letzter Zeit sogar ein Verdummungsorgan („Der Brankohlenbergmann") heraus, aber es wurden gewählt:

Freie Gewerkschaften	337 Stimmen
Werksgemeinschaft	44 Stimmen.

Nach der Wahl kam der bekannte Stahlhelmführer Dr. Rößner mit einigen Mitgliedern der Werksgemeinschaft zusammen, um zu prüfen, warum die Werksgemeinschaft wohl keinen Sitz bekommen hatte. Nun wurde gesagt, daß die Liste vielleicht schuld war, denn die Liste 2 (Werksgemeinschaft) enthielt u. a. folgende Namen:

Alwin Heine, Vorsitzender des Gewerkvereins HD., Oberrevolutionär Häderich, als nächster Stahlhelmfahnenträger Grunert, dann folgten noch ein paar Stahlhelmgrößen, Schuster Paul, der dem früheren Bauführer öfters eine fette Gans mitbrachte. Dr. Rößner aber meinte, daß die Werksleitung schuld wäre, **denn sie müßte die Kumpels noch mehr drücken.** Ich glaube aber, daß diese schon genug geplagt sind. Vielleicht geht Dr. Rößner selbst einmal in die Kohle und schippt 120 Wagen über das Knie! Ob er dann auch noch sagen wird, daß der Kumpel noch mehr gedrückt werden soll? — Ich glaube bestimmt nicht. Aber da tritt der Mann öffentlich gegen die Arbeiter auf und bekommt sein Geld doch nur von den Arbeitern! Dr. Rößner sollte seine Patienten lieber besser pflegen und nicht erst 20 Stunden nach einem Unfall erscheinen. Wir haben selbst genug große und kleine Antreiber.

Ganz besondere Helden gibt es im **Abraum.** Wenn z. B. der Bauführer kommt und den Leuten 1 Mark mehr verspricht, so sagt der gewesene Arbeiter Kabisch: „Das gibt es nicht! Die haben noch nichts gemacht!" Die Kameraden müssen unbedingt mehr Courage besitzen und sich nicht immer beschimpfen lassen. Gebt den Leuten die richtige Antwort!

Wie steht es z. B. mit der Stunde Mittag? Ein jeder Ochse hat zwei Stunden Mittag, Euch aber gönnt man nicht einmal eine Stunde! Wenn wir alle zusammenhalten, dann können die Herren nicht mehr so willkürlich vorgehen.

An die Kameraden in der Kohle ergeht die Aufforderung, **jede Ueberstunde zu verweigern.** Es gibt ganz besondere Helden, die haben überhaupt kein Ehrgefühl im Leibe und arbeiten am liebsten Tag und Nacht. Die drei könnten überhaupt ihre Betten in die Bude stellen, damit sie den weiten Weg nicht haben — die armen Kerle! Aber erst müssen sie den guten Rat des Herrn Obersteigers Patschke befolgen und die Fenster mit Stroh und Heu ausstopfen, denn **für Fensterscheiben hat Herr Patschke kein Geld,** wohl aber für Tennisplätze! Es wäre doch schade, wenn die drei Ueberstundenschieber sich noch den Schnupfen holen würden.

Den Betriebsräten, die das Vertrauen einer Belegschaft von 337 Mann haben, rufen wir zu: Sagt nicht zu allen Sachen ja, fragt immer erst die Belegschaft! Wir alle müssen helfen, daß **der letzte Mann zur Gewerkschaft zurückkehrt** und mitarbeitet. Es sieht noch trübe aus. Schließen wir uns zusammen, Kameraden! **Es muß den Berggewaltigen ein Wall entgegengesetzt werden.** Hinein in die rote Front! Wir müssen beweisen, daß wir einig sind, wenn es heißt gegen die Ausbeuter zu kämpfen.

Wieder ein Kalischacht stillgelegt

Adler-Schacht bei Erdeborn

Aus Oberröblingen wird gemeldet:

„Die Stillegung des Adler-Kalischachtes, der zwischen Oberröblingen und Erdeborn liegt, erfolgte am 1. Mai. Das genannte Werk, das von dem Kalisyndikat Aschersleben übernommen ist, stellte mit dem genannten Tage die Förderung ein. Der Belegschaft ist gekündigt, nur ein kleiner Teil erledigt noch die Abwicklungs- und Aufräumungsarbeiten."

Die Kaliindustrie hat in Deutschland als erste den Weg der „Rationalisierung" beschritten. Sie hat unter schärfstem Druck auf die Regierung die „Rationalisierung" in „radikaler Art" in Angriff genommen, indem sie **von 224 Schächten 153 stillegte** und nur 71 in Betrieb ließ. Trotz der Ausschaltung von 66 Prozent aller Schächte gelang es den Kaliindustriellen **durch verschärfte Ausbeutungsmethoden dieselben Mengen von Kali zu produzieren wie früher.** Nach einer Feststellung im „MM." sollen neun moderne Schächte des Winterhaller Konzerns allein imstande sein, die Hälfte des gegenwärtigen Absatzes zu decken.

Die durch diese Rationalisierung brotlos gemachten Arbeiter sollen nicht nur durch verschärfte Ausbeutung die bisherige Profitquote garantieren. Sie müssen vielmehr auch noch die mit der Rationalisierung verbundenen Entschädigungen aufbringen, die an die stillgelegten Werke gezahlt werden müssen. Die Besitzer dieser Werke erhalten bis 1953 eine jährliche Abfindung für die ihnen zustehende Absatzquote, d. h. sie empfangen aus dem Ertrag der Kaliwirtschaft **auf Jahrzehnte für Nichtarbeit eine ansehnliche Rente.** Daß diese Rente ausschließlich von den in der Kaliindustrie beschäftigten Arbeitern herausgeschunden wird, unterliegt keinem Zweifel.

Die Arbeiterschaft kann diesen Auswirkungen nur mit Erfolg entgegentreten, wenn sie dem Programm der Unternehmer die **breite Kampffront der Werktätigen** gegenüberstellt. Nur im rücksichtslosen Kampf mit der Bourgeoisie werden die Werktätigen die Offensive des Unternehmertums abwehren. Es muß jedem Betriebstätigen und Arbeitslosen eingehämmert werden. Aus dieser Erkenntnis müssen die Schlüsse für die Praxis gezogen werden!

Lohnkürzung bei der Reichsbahn A.-G.

Ein Eisenbahner schreibt aus Leipzig:

Ich war seit Mai 1925 bei der Bahnmeisterei B. C. I beschäftigt und erhielt einen Stundenlohn von 70 Pfennigen, wie andere Zeitarbeiter auch. Im Februar wurden sämtliche Zeitarbeiter entlassen, aber schon im April d. J. wieder zur Arbeit herangeholt. Nach der Wiedereinstellung waren aber die Verhältnisse andere als früher. **Schon am ersten Lohntage stimmte der Lohn nicht,** was uns veranlaßte, an den Inspektor Böhme heranzutreten. Er gab darauf die Antwort, daß die Löhne sich nach der Konjunktur richten. Vom Stundenlohn waren einfach fünf Pfennige abgezogen worden. Zwei Tage später erfolgte eine weitere Lohnkürzung von zwei Pfennigen. **Wer sein Einkommen erhöhen will, soll Akkordarbeit leisten.** Das ist eine kleine Episode, die zeigt, wie es bei der Dawes-Bahn zugeht.

Es wird höchste Zeit, daß sich alle Zeitarbeiter freigewerkschaftlich organisieren und Kämpfer werden, damit die Arbeiterschaft den Preis für die zur Verfügung stehende Arbeitskraft selbst bestimmen kann.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019260506-18/fragment/page=0005

Halle und Saalkreis

Die Mutter im Winkel!

„Nur noch eine kurze Zeitspanne trennt uns vom Muttertag. Tausend Hände regen sich, um ihn feierlich zu begehen. Er soll in echt deutscher, schlichter und innerlicher Weise in jeder Familie, getragen von den Kindern, gefeiert werden. Ehrfurcht vor der Mutter wird dem Fest ganz von selbst die tiefe Weihe geben."

Soweit der Aufruf! Die erwähnten tausend Hände, die den Tag mitsamt den hochtrabenden Kindern feierlich begehen werden, wollen auch die Mütter gemeindenweise zu schlichten Feiern zusammenführen.

Nachher sollen die Gedanken des ganzen Volkes vom Alltag ab-, dagegen der treuen Mutter zugewandt werden. „Sie ist die Sonne der ganzen Familie."

Die Sonne der Familie ist ein Vorbild für die Erfüllung sozialer, staatserhaltender Pflichten der breiten Masse: sie kennt nämlich „keine begrenzte Arbeitszeit". „Sie beginnt als erste das Tagewerk und ist nicht eher ihrer Arbeit ledig, bis nicht alle Kinder zur Ruhe gebracht sind. Sie hat den größten Einfluß auf die Erziehung der Kinder. Das ganze Schicksal eines Volkes liegt in ihren Händen. Sie sind Heldinnen des Alltags."

Wie sich die veranstaltenden „Damen der Gesellschaft" die Qualen einer Mutter vorstellen, nicht ohne auf die von innen herausbrechende Verklärung als mildernden Umstand hinzuweisen! Kann es nicht auch anders sein? Etwa so: Der Familienvater ist arbeitslos, die Kinder sind klein und kränklich. Aber die Mutter muß in die Fabrik, an den Waschtrog, in die Näherei; sie muß sich 10 bis 12 Stunden quälen, um die Kinder und den Mann vor dem Verhungern zu schützen? Kommt sie dann entkräftet nach Hause, dann geht erst das los, was der Muttertag von den unfreiwilligen „Heldinnen des Alltages" zu behaupten weiß. Ob wohl viele dieser Heldinnen noch an die Wirksamkeit einer Pfennigwohltätigkeit glauben? Und wann werden diese wenigen wissen, daß sie der herrschenden Klasse nichts sind, als **Objekt zu Ablenkungsmanövern großen Stils?**

Man wird also im ganzen Reich die braven, gläubigen Frauen am nächsten Sonntag wie die Viecher auf der Ausstellung mit ein paar Pfennigen prämiieren. Ganz ähnlich den von den Frauenvereinen veranstalteten Ordensverteilungen „für langjährige Dienste im Hause"! Also, Arbeiterfrauen von Halle, übt frommen Augenaufschlag, damit sich der Segen auch über Euch ergießt, oder zeigt Euren Klassenfeinden die Faust, damit sie nicht mehr oft daran denken können, Eure Not für sentimental-religiös-nationalistische Propaganda zu mißbrauchen. Puck.

Versammlung der Notstandsarbeiter von Halle

Die am Dienstag, dem 4. Mai, tagende gemeinsame Notstandsarbeiter-Versammlung von Halle, welche von zirka 150 Kollegen besucht war, nahm nach einem Referat über die politische und wirtschaftliche Lage Stellung zu den Unzuträglichkeiten auf den Baustellen und formierte im Anschluß daran bestimmte Forderungen an die Stadtverordneten-Versammlung. Der Antrag, der von der Versammlung einstimmig beschlossen wurde, verlangt:

1. **daß bei der Durchführung der Notstandsarbeiten der Tarif für die Tiefbaugruppe in Frage kommt;**
2. **die Bezahlung der Regen- und Feiertage nach den tariflichen Bestimmungen;**
3. **die Belieferung der Baustellen mit Kaffee;**
4. **die Sicherstellung der Unfallvorschriften auf allen Baustellen.**

Nach eingehender Aussprache, in der nochmals die bestehenden Mißstände kritisiert wurden, erfolgte Schluß der Versammlung.

Konferenz der Erwerbslosen des Saalkreises

Am Donnerstag, dem 29. April, fand eine Konferenz der Erwerbslosenräte des Kreises statt. Nach eingehender Diskussion über die Lage der Erwerbslosen wurde beschlossen, daß man alle Kräfte dafür einsetzen müsse, damit die Gewerkschaften gezwungen werden, durch den Massenwillen der Mitgliedschaft, sich mehr für die Erwerbslosen einzusetzen als bisher. Es ist Aufgabe der Gewerkschaften, sich an die Spitze der Erwerbslosen zu stellen. Den Erwerbslosen muß durch ein billiges Eintrittsgeld sowie durch einen verringerten Beitrag die Möglichkeit gegeben werden, sich den Gewerkschaften anschließen zu können. Da die Erwerbslosigkeit allen Anzeichen nach eine Dauererscheinung sein wird, ist es Aufgabe der Erwerbslosenräte, mit den Betriebsräten gemeinsam über die Erwerbslosigkeit zu diskutieren, um zu erreichen, daß die gesamte Arbeiterschaft für die Forderungen der Erwerbslosen mitkämpft.

Vom Kreistag ist beschlossen worden, denjenigen Erwerbslosen eine Entschädigung zu zahlen, welche wöchentlich einmal nach Halle zur Kontrolle müssen. **Fest steht aber, daß bisher in keinem Falle eine Entschädigung gezahlt ist.** Hier muß der Wille der Erwerbslosen durchgesetzt werden, entweder zahlt man die Entschädigung oder die Erwerbslosen erscheinen nicht mehr in Halle zur Kontrolle.

Lohndruckversuche gegen Gemeindearbeiter

Ein Rundschreiben des Mitteldeutschen Arbeitgeberverbandes der Kreise und Gemeinden

Die Unternehmeroffensive gegen die Arbeiterschaft ist noch in keiner Weise zum Stillstand gekommen. Erst hat man mit der Begründung der Rationalisierung die Betriebe geschlossen und die Arbeiter aufs Pflaster geworfen, und da, wo man sie wieder hereinholen will, sollen sich die Arbeiter mit verschlechterten Lohn- und Arbeitsbedingungen abfinden.

Nicht anders als die Privatunternehmer machen es die Kreise und Gemeinden, was aus einem Rundschreiben des Mitteldeutschen Arbeitgeberverbandes der Kreise und Gemeinden hervorgeht. In diesem Rundschreiben heißt es:

Abschrift.

Mitteldeutscher Arbeitgeberverband der Kreise und Gemeinden eV.

Rundschreiben-Nr. 43/26. Magdeburg, den 14. April 1926.
Tgb.-Nr. II/165. Katzensprung 8/9.
Dr. L./Sch.

Betr.: **Vorübergehend beschäftigte Arbeiter.**

Nach dem Bezirkszusatzabkommen vom 29. Juli 1925 zu § 2 Ziffer 1 b, RMT.-Gemeindearbeiter, gelten als „vorübergehend beschäftigt" solche Arbeiter, die für besondere einmalige Arbeiten oder für eine bestimmte Zeit eingestellt sind.

Um die Arbeiter von dem Geltungsbereich des RMT.-Gemeindearbeiter auszuschließen, genügt es an sich, sie bei der Einstellung ausdrücklich als vorübergehend beschäftigte Arbeiter zu bezeichnen; ratsam ist es jedoch, um Weiterungen zu vermeiden, bei der Einstellung die Art der einmaligen Arbeit oder gegebenenfalls die voraussichtliche Dauer der vorübergehenden Beschäftigung genau zu bezeichnen.

Zweckmäßig ist es, dem vorübergehend eingestellten Arbeiter einen Revers mit entsprechendem Inhalt unterschreiben zu lassen. Dieser Revers gilt jedoch nur für die einmalige Beschäftigung und erlischt mit dem Ausscheiden des Arbeiters nach Beendigung der besonderen einmaligen Arbeit oder der bei Aufnahme des Beschäftigungsverhältnisses festgelegten Zeit. Sollte der Arbeiter erneut für eine einmalige oder auf Zeit begrenzte Arbeit herangezogen werden, ist die Unterzeichnung eines neuen Reverses erforderlich.

Bei der Entlassung des Arbeiters ist eine Bescheinigung darüber zu verlangen, daß er ordnungsmäßig entlassen ist, also seine Papiere zurückerhalten und keine Ansprüche mehr an die Verwaltung hat.

Musterrevers ist beigefügt.

gez. Feuerherdt, Syndikus.

Anlage zum Rundschreiben Nr. 43

1. Herr . . . . wird vom . . . . zur vorübergehenden Beschäftigung, und zwar zu . . . . (Bezeichnung der besonderen einmaligen Arbeit oder: und zwar für die Zeit vom . . . . bis etwa einschließlich . . . . eingestellt.

2. Herr . . . . scheidet nach Erledigung der vorübergehenden Arbeiten, zu denen er angenommen ist, ohne vorherige Kündigung aus dem Arbeitsverhältnis wieder aus; aber auch während der Dauer der Beschäftigung kann das Arbeitsverhältnis jederzeit ohne Einhaltung einer besonderen Kündigungsfrist beiderseitig gelöst werden.

3. Herr . . . . wird nach den jeweiligen Sätzen des Bezirkslohntarifvertrages des Mitteldeutschen Arbeitgeberverbandes der Kreise und Gemeinden e. V. (Gemeindearbeitertarif, Straßenbahnertarif, Krankenhaustarif, Straßenwärtertarif), und zwar nach der Lohngruppe . . . . entlohnt. Zu dem Grundlohn erhält Herr . . . ., wenn die besonderen Voraussetzungen hierfür vorliegen, Kinderbeihilfe und Hausstandsgeld in der jeweiligen, in dem Bezirkslohntarifvertrage festgesetzten Höhe.

4. Die Bestimmungen des Reichsmanteltarifvertrages Gemeindearbeiter und des Bezirkszusatzabkommens zum Reichsmanteltarifvertrag Gemeindearbeiter (des Reichsmanteltarifvertrages Straßenbahn nebst Bezirkszusatzabkommen, des Krankenhausmanteltarifvertrages, Straßenwärtermanteltarifvertrages) finden auf das zwischen . . . . und Herrn . . . . abgeschlossene Arbeitsverhältnis keine Anwendung.

. . . ., den . . . .

Unterschrift des Arbeitgebers: Unterschrift des Arbeitnehmers:

Die Arbeiter sollen also von dem Geltungsbereich des Reichsmanteltarifs der Gemeindearbeiter ausgeschlossen werden, natürlich nicht um höhere Löhne zu bekommen, sondern um noch weniger als den an sich schon niedrigen Lohn des Gemeindearbeiters zu beziehen. Die Arbeiterschaft muß hieraus lernen, daß sie mehr denn je für tarifliche Entlohnung und Innehaltung der Bestimmungen zu kämpfen hat, daß sie sich geschlossen in den Gewerkschaften organisieren muß, um die Unternehmerangriffe abzuwehren. Besonders wichtig ist diese Tatsache aber für die Notstandsarbeiter, die ihre Forderung nach voller tariflicher Bezahlung durchsetzen müssen.

Erwerbslosenfraktion!

Freitag nachmittag 3 Uhr wichtige Zusammenkunft in der Produktiv-Genossenschaft.

List und Tücke

das sind die Waffen der hallischen Studentenschaft, wenn sie sich nicht in Massen produzieren dürfen. Nachdem die Dienstag-Vorstellung des „Fröhlichen Weinberg" vor dem Theater ein Nachspiel hatte, bei dem einige Studenten von den Schupoleuten etwas weniger sanft als gewöhnlich behandelt worden waren, blieb es in der gestrigen Vorstellung ruhig. Die Angst vor dem Gummiknüppel hatte dazu wahrscheinlich mehr beigetragen als die Bekanntmachung des Rektors der Universität, der „weitere Demonstrationen gegen den „Fröhlichen Weinberg" im Interesse der Studentenschaft nicht erwünscht" erscheinen ließ. Die treudeutschen Jünglinge mußten sich jedoch dafür rächen, und zwar ließen sie ihre Wut an den beiden Nachtwächtern des „Walhalla" und an den Fensterscheiben aus. Als die Nachtwächter gegen 3¼ Uhr nachts das Haus kontrollierten, wurden sie von der Hedwigstraße aus mit Steinen beworfen. Es war noch zu sehen, daß die Täter nach ihrer Heldentat die Luisenstraße entlang liefen. Um ¼4 Uhr kam eine Polizeistreife, und nach 10 Minuten kam der Nachtwächter noch einmal aus dem Haus. Da wurde mit einem schweren Stein eine Fensterscheibe eingeworfen.

Ueberschrift: Deutschland, Deutschland, über alles.

Eine Jugendliche des Vatermordes angeklagt

Im vorigen Jahre war der Fahrradhändler W. plötzlich gestorben und die Umstände ließen den Verdacht einer Vergiftung aufkommen. Die 16jährige Tochter des Verstorbenen hatte Verwandten gegenüber durchblicken lassen, daß sie ihren Vater durch Morphium vergiftet habe. Sie wurde hierauf in Haft genommen und hatte sich wegen dieser Tat vor dem hiesigen Jugendgericht zu verantworten.

Die Gerichtsverhandlung spiegelte ein entsetzliches Familienleben wider. Weinhold war ein Trinker übelster Sorte, der seine Familie durch roheste Mißhandlungen quälte. Die Mutter der Angeklagten hat tatsächlich auch schon einige Selbstmordversuche unternommen. Dies alles hat die Angeklagte veranlaßt, ihrem Vater eine kleine Dosis Morphium in den Kaffee zu schütten. Weinhold trank den Kaffee und starb am selben Tage in der Stadt.

Die vier vernommenen medizinischen Sachverständigen erklärten übereinstimmend, **daß Weinhold seinem Laster zum Opfer gefallen und an Alkoholvergiftung gestorben ist.** Die von der Angeklagten verabreichte Dosis Morphium war auch gar nicht ausreichend, um einen Menschen zu töten.

Trotz aller dieser glänzenden Entlastungsmomente für die Angeklagte verurteilte das Jugendgericht diese doch zu einer Gefängnisstrafe von 1 Jahr und 6 Monaten. Man muß dieses Urteil eines Jugendgerichts als barbarisch bezeichnen, selbst wenn man berücksichtigt, daß 9 Monate dieser Strafe unter Bewährungsfrist ausgesetzt werden sollen. Natürlich liegt das Urteil ganz im Rahmen unserer heutigen Justiz, die selbst jugendlichen Menschen gegenüber nur starre Paragraphen, aber keine realen Erziehungsmaßnahmen hat, denn solche Strafen haben mit Rechtsprechung nichts mehr zu tun und erziehen die Jugend zu Duckmäusern oder zu Verbrechern.

Dreckspritzer en gros

Das Amtsgericht beschäftigte sich gestern mit einer Privatklage, die der Lehrer Gardy Kukuk gegen den Sattlermeister Paul Seydel, Rudolf-Haym-Straße, wegen Beleidigung angestrengt hatte. Seydel soll den Kläger als **Lump und Schuft** bezeichnet haben. Er selbst bestreitet zuerst, die Aeußerungen in dieser Form getan zu haben, bedient sich dann aber vor Gericht noch ganz anderer schmierigerer Kraftausdrücke, die die zum Gegenstand der Anklage gemachten, weit in den Schatten stellen.

Kukuk sei ein Gesinnungslump. Es gäbe keine Partei, der er noch nicht angehört habe. **Augenblicklich sei er Mitglied des Wehrwolfs.** Er verkehre als Lehrer in den berüchtigsten Kneipen, sei erst vor kurzer Zeit im betrunkenen Zustand, halb entkleidet auf der Straße gefunden und sei auch wegen seines sittlichen und moralischen Tiefstandes **aus der Lehrerorganisation ausgeschlossen.** Der Beklagte geht in seiner Schimpfkanonade sogar noch weiter und behauptet, ohne vom Richter daran gehindert zu werden, Kukuk habe sich wohnungssuchenden Eheleuten gegenüber des Betrugs schuldig gemacht. Auch der als Zeuge auftretende Vorsitzende des Mieterverbandes, Langheinrich, wird in ähnlicher Weise von dem Beklagten angegriffen.

Kukuk hat den Richter öfters, ihn vor den Verleumdungen des Beklagten in Schutz zu nehmen. Einiges scheint dem Kläger Kukuk allerdings darum nicht ganz angenehm zu hören gewesen sein, weil

Sommertheater?

Im Walhalla-Theater streiten sich allabendlich die Leut' herum, weshalb „Der fröhliche Weinberg" nun eigentlich so unzüchtig wäre. Die einen sagen, also da werden Dinge gesagt, na, ich sage Ihnen, und dann hocken sie sich zusammen und tuscheln und setzen eine Miene auf . . . kennen Sie noch den völkischen Professor Brunner? Ja, sagen die andern, warum denn gerade das Rheinland, wo unsere heroischen Großindustriellen sich so um die Inflation verdient gemacht haben? Schon Gerhart Hauptmann hat gesagt, wie schlimm es dem armen Krupp ergangen war, als er damals von den Franzosen festgenommen wurde. Und dann, sagen die Dritten, das Tollste ist überhaupt, daß sie so einfach, mir nichts, Dir nichts, in die Ligusterlaube und in den Garten und in den Ochsenstall gehen, also erstens mal außerehelich, ich bitt' Sie, und wenn dann wenigstens noch ein bißchen Stimmung gemacht worden wäre; wenn in der Wirtsstube wenigstens ein paar rosa Ampeln gebrannt hätten. Und wenn das Klärchen den Jochen wenigstens gebeten hätte, ihr die Taille aufzuhaken!

Sie meinen, dann wäre die Sache überhaupt erst unanständig geworden? Dann hätten Sie eben ins Stadttheater gehen müssen zur „Heimlichen Brautfahrt". Da kommt das nämlich drin vor. Und noch ganz was andres. Zum Beispiel, daß sich zwei Mädchen auf der Bühne fast ganz ausziehen. Das Letzte bleibt einem ja erspart, aber immerhin; Lenz heißt der Mann, der so unheimliche Dinge verbricht. Doch das macht gar nichts, meine Liebe, das eine von den beiden Mädchen ist nämlich eine Fürstin, jawohl, dieselbe, die nachher mit der Taille . . . und ihr Sohn, den sie einmal zu bekommen beabsichtigt, wofür sie drei Akte lang einem Fürsten nachläuft und nachreitet, den soll doch gleich — der soll unter anderem so heißen wie einer von den Geenigen. Den Geenig gibt es nämlich auch auf der Bühne — galant ist sowas! Weil man aber doch ins Nebenzimmer muß, beschränkt man sich auf Entsagungsphrasen.

*

Enterlein: „. . . Zeigen Sie einmal Ihre Beine. (Sie hebt leicht den Rock.) Höher! (Sie hebt ihn höher.) Noch höher!"

Charlotte Helene (hebt entschlossen bis übers Knie): „Genügt das?"

Danke, es genügt. Und nun frag mich noch einer, was die Leute eigentlich vom „Fröhlichen Weinberg" wollen. An dieser Stelle behauptet übrigens der unheimlich unbekannte Autor: „Schließlich kommt es ja nicht auf die Kunst des Schreibens an." Wenn man über solche Raffinessen verfügt, allerdings nicht.

Dem hallischen Stadttheater scheint es auch nicht darauf anzukommen. Es gibt so Backfischromane, wo Fürstinnen sich wie Feldwebel bewegen, in Hosen auftreten, zum Schluß aber liebreizenderweise aufs mädchenhafteste erröten und in die Arme des etwas dosen, aber gut gebauten Freiers sinken. Gerade das ist als letzte Erstaufführung im Stadttheater unter der Regie von Else Rochel-Müller herausgekommen. Mit den vorhin angedeuteten Nuditäten, einer Minute Parademarsch und einem fürstlichen Pierrot, von dem gesagt wird: „Durchlaucht, Sie sind ein Hanswurst!" dagegen ist nichts einzuwenden, und nur an den Stellen, wo es so gespielt wurde, war das Stück einigermaßen erträglich. Diesen Ehrgeiz hatten aber nicht alle Darsteller. Der Geenig zum Beispiel, Fritz Günzel, machte in Leutseligkeit und ernster Güte, daß einem zumute wurde wie bei einem Tortenwettessen. Ortrud Wagners Charlotte Helene, grausige Mischung von Backfisch und Fürstin, forcierte ihre Stimme, als ob sie wirklich Knaster geraucht hätte. Auch Fritz Hensel wirkte so lange unproportioniert, bis er endlich das Narrenkostüm über seine farblosen Fürsten gezogen hatte und dann einige holzpuppenhafte Bewegungen machte, deren Kargheit spielerische Fülle in sich barg. Jeder Diplomat muß ein Schauspieler sein. Klebuschs Graf Brühl war ein so guter Schauspieler, daß sein Theaterdirektor (der Enterlein natürlich) von ihm hätte lernen können. Unter den Nebenfiguren (Neben — weil sie nicht adligen Geblüts sind) gab es den Hof- und Leibbarbier Jean Jaques Treupel von Fritz Genschow, der aus dem Rahmen des Staubigen hinaushüpfte und -meckerte, und die Lottelene von Berthel Grether (eine Schauspielerin, die man viel zu wenig sieht), die durch Frische und Natürlichkeit auffiel.

*

350 000 Mark Zuschuß soll im nächsten Etatjahr für solcherlei Kunst von der Stadt aufgewendet werden. Da der Theaterdezernent gleichzeitig Dezernent der hallischen Landwirtschaft ist, braucht man sich über nichts mehr zu wundern. Olf.

Verbot von „Panzerkreuzer Potemkin"?

Im „Berliner Tageblatt" schreibt der Feuilletonredakteur des Blattes: „Es verlautet, daß von irgend einer Behörde beabsichtigt sei, man sagt von Bayern her beeinflußt, den russischen Film vom „Panzerkreuzer Potemkin" für Deutschland zu verbieten. Wenn diese Absicht ausgeführt werden sollte, wäre es das Tollste, was sich die Zensur in der Republik leisten könnte. Warum soll er denn verboten werden? Weil Abend um Abend in drei Vorstellungen das Apollo-Theater in eine beispiellose Erregung und in einen Enthusiasmus sondergleichen versetzt wird? Und warum sind die Zuschauer dermaßen erregt und enthusiasmiert? Weil erstens dieser Film ein Kunstwerk ist, wie es noch nicht gesehen wurde, weil zweitens dieses Kunstwerk auch im blasiertesten Menschen etwas in Bewegung setzt was man vielleicht ein Ideal, und zwar ein durchaus republikanisches Ideal nennen könnte, nämlich: Befreiung von Bedrückung, Militärmißwirtschaft und der Sieg der Kameradschaft über stupide Gewalt. Weil drittens die Geschichte dieses Films nichts anderes ist als das frühe russische Beispiel desselben Vorgangs, der im Jahre 1918 in Kiel so ähnlich sich vollzog und die deutsche Revolution einleitete. Es wird nicht unbekannt sein, daß dieser großartige Film von der Prüfungsstelle Berlin schon verboten war. Herr Oberregierungsrat Mühleisen geruhte, heftig dagegen zu sein, daß dieses Kunstwerk gezeigt würde. Die Oberfilmprüfungsstelle war vernünftig genug, nicht mitzumachen.

Der Vorgang, der dem Film zugrunde liegt, war im Jahre 1905. Also vor 21 Jahren. Er hat sich wahrheitsgetreu so abgespielt. Nun wird er also wahrscheinlich verboten werden, weil er etwas zu viel Schwung in die Zuschauer bringt."

„Sommerkonzert im Volkspark"

Am Dienstag, dem 11. Mai (nächste Woche), beginnen wieder die regelmäßigen Konzerte im Garten des „Volkspark". Die im Umlauf befindlichen Listen mit den Abonnementsbestellungen müssen sofort zurückgegeben werden, und zwar entweder bei der Volksbuchhandlung, Harz 42/44, oder im Bureau des Bildungsausschusses der freien Gewerkschaften, Gewerkschaftshaus, Zimmer 8. Die Abonnements können dann am Konzerttag im „Volkspark" an der Kasse eingelöst werden.

Theater und Konzerte

Stadttheater. Bei der Pfitzner-Morgenfeier am 9. Mai werden der hiesige Pianist Dr. Hans Gaartz und Konzertmeister Joh. Versteeg die Violinsonate E-moll, Magda Schwelle und Ewald Böhmer eine Reihe von Liedern zu Gehör bringen. Am Flügel: Ernst Kramer. Eintrittspreise: 50 Pf. und 1 Mk.

„Jakob und der Teufel", das neueste Schauspiel von Hans J. Rehfisch, wurde vom Stadttheater zur Uraufführung in der kommenden Spielzeit angenommen.

„Paganini", das letzte Werk Franz Lehars, gelangt als erste Operette in der kommenden Spielzeit am Stadttheater zur Aufführung.

Die Tragödie „Das Grabmal des unbekannten Soldaten" von Paul Raynal, die ihre Uraufführung erst vor wenigen Wochen in Berlin erlebte und am kommenden Herbst von Max Reinhardt in Wien inszeniert wird, gelangt am 17. Mai im Stadttheater zur Erstaufführung. In den Hauptrollen sind beschäftigt Anne-Liese Johow, Alfred Durra, Fritz Hensel. Regie: Intendant Dietrich.

Volkshochschule. An den Vortragsabenden des Herrn Musikschriftstellers Paul Klanert über „Johannes Brahms, der Mensch und sein Werk" werden Fräulein Grete Welz und Frau Toni Scholz als Sängerinnen mitwirken. Die Abende beginnen am Freitag, dem 7. Mai, im Lyzeum I, Alte Promenade 21. Die Musikgemeinschaft unter Leitung des Herrn Doell beginnt mit ihren Uebungen erst am Donnerstag, dem 3. Juni.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019260506-18/fragment/page=0006

hierfür der Wahrheitsbeweis angetreten werden kann. Wir haben keine Lust, diese Dreckflut, die der Beklagte über Kukuk schüttete, eingehend zu untersuchen, zumal der Beklagte Seydel, nach seinem Auftreten zu urteilen, ebenfalls recht wenig moralisch qualifiziert ist, aber dennoch steht fest, daß Kukuk seine Gesinnung wie ein Hemd gewechselt hat und in das völkische Lager schwenkte, nachdem er zuvor aktiv in der Arbeiterbewegung tätig war. Einen Gesinnungswechsel von links nach rechts kann man aber nur als Gesinnungslumperei bezeichnen.

Seydel wurde vom Gericht wegen Beleidigung zu einer **Geldstrafe von 100 Mark** kostenpflichtig verurteilt. Herrn Kukuks Wäsche ist dadurch aber nicht reiner geworden.

*

Der **Prozeß** Kukuk contra Seydel hatte gestern auf unserer Redaktion **ein Nachspiel**. Am Nachmittag erschien Herr Kukuk plötzlich **auf der Bildfläche und bat, doch nichts über den Prozeß zu bringen.** Als **ihm** entgegengehalten wurde, daß er selbst ja den Seydel verklagt und die Sache somit an die Oeffentlichkeit gebracht habe, erklärte er, **er habe ja bei dem Prozeß auch die Oeffentlichkeit ausschließen lassen wollen.** Herr Kukuk spielte sich noch immer als kommunistenfreundlich auf und behauptete, er stände auf dem Boden der Diktatur. Er dürfte wohl die Diktatur von Mussolini meinen, wurde ihm entgegengehalten, und dann wurde er gefragt, ob er zugeben wolle,

am 12. April 1926 beim Oberlandesgericht Naumburg mit dem Wehrwolf-Abzeichen aufgetreten zu sein.

Als ihm vorgehalten wurde, daß diese Tatsache urkundlich feststeht, **konnte** er sie **nicht mehr** ableugnen. Die nationalen Verbände können sich für einen solchen Gesinnungsfreund bedanken. Die Arbeiterschaft hat ihn längst durchschaut.

Heimreise der Wolgadeutschen

Auf Grund der Verordnung des Zentralvollzugsausschusses und des Amts der Volkskommissare der autonomen sozialistischen Räterepublik der Wolgadeutschen vom 5. April 1924 können wolgadeutsche Flüchtlinge, die während der Hungersnot 1921/22 das Gebiet der jetzigen Wolgarepublik ohne behördliche Erlaubnis verlassen haben, amnestiert und zur Rückkehr in ihre Heimat zugelassen werden, **wenn ihre Anträge um die Rückkehrerlaubnis bis 9. Mai 1926 bei der Botschaft der UdSSR. in Berlin eingereicht werden.** Neuerdings hat die Wolgarepublik die Bereitwilligkeit zur Uebernahme auch aller anderen Wolgadeutschen erklärt, sofern ihre Rückwanderungsgesuche bis zum 9. Mai 1926, der Ablaufsfrist der Amnestieverordnung, eingereicht werden.

Alle in Deutschland lebenden Wolgadeutschen, die nach ihrer Heimat zurückkehren wollen, müssen daher sofort Rückwanderungsgesuche unter Beifügung von drei Paßbildern für jede Person von 16 Jahren und darüber einreichen, und zwar beim Verein der Wolgadeutschen, Berlin NW 52, Schloß Bellevue, der für Weiterleitung der Gesuche und etwaige Ergänzung der Unterlagen Sorge tragen wird.

Der beleidigte Grützner

Wie die bürgerliche Presse meldet, hat Regierungspräsident Grützner ein Schreiben an den Landgerichtspräsidenten in Halle gerichtet, in dem er gegen den Landgerichtsdirektor Thorwest **Dienstaufsichtsbeschwerde** erhebt, weil er im Berufungsprozeß gegen Duesterberg nicht gerügt habe, daß Duesterberg und sein Anwalt Justizrat Peters Grützner einen „Renegaten" genannt hätten, ohne vom Landgerichtsdirektor zur Ordnung gerufen zu werden. Das Wort „Renegat" sei, wie Grützner in seinem Schreiben betont, „eine der schwersten Beschimpfungen für einen gebildeten Menschen und bedeute, daß er aus unlauteren, von der anständigen Gesinnung abweichenden Beweggründen seine Gesinnung gewechselt habe". Er, Grützner, habe sich Anfang 1918 offen zum Sozialismus bekannt. Landesgerichtsdirektor Thorwest habe durch das Unterlassen des Ordnungsrufes den Eindruck erweckt, als billige er die schwere Beleidigung des obersten Beamten des Regierungsbezirks. Grützner stellt deshalb den Antrag, den Landgerichtsdirektor Thorwest, wie es im Falle des Landgerichtsdirektors Bewersdorff in Magdeburg geschehen sei, **vom Vorsitz in einer Strafkammer zu entbinden.**

Schrecklich, Grützner als einen „Renegaten" zu bezeichnen! Ist Grützner ein Renegat oder nicht? Er ist trotz seines „Bekenntnisses zum Sozialismus" doch derselbe, der er früher war. Die Arbeiterschaft hat noch nichts gemerkt, daß wir einen sozialdemokratischen Regierungspräsidenten haben. Seine bisherigen Maßnahmen in der Oeffentlichkeit haben sich ausschließlich nur gegen die Arbeiterschaft gerichtet. Er ist durchaus in die Fußtapfen des früheren deutschnationalen Regierungspräsidenten Gersdorff getreten und unterscheidet sich fast in nichts von diesem. Von einem Sozialdemokraten kann und muß man etwas anderes erwarten, vor allem, daß er für das sozialistische Programm eintritt, was aber bei Grützner absolut nicht zutrifft. Wir hatten schon öfters Gelegenheit, ihn nach dieser Richtung anzuprangern. Auch heute liegt wieder ein Fall vor, den wir im Nachstehenden schildern wollen.

*

„Genosse" Grützner und die neue Kirche in Selbitz

Vor einigen Tagen wurde in Selbitz (Kreis Wittenberg) eine neue Kirche eingeweiht. Dabei hielt Grützner eine Ansprache, in der er u. a. sagte:

„Es hat mich gefreut, wie energisch die Gemeinde Selbitz für ihre Kirche eingetreten ist und hat es durchgesetzt, daß der Turm in der Form des alten Kirchturms erbaut wurde. Wir stehen hier auf dem Boden, auf dem Luther vor etwa 409 Jahren furchtlos für seine Kirche kämpfte. Von seinem Mute wollen wir lernen. Es gehen Dinge an höchsten Stellen vor, die man nicht evangelisch nennen kann. Unsere Pflicht ist es, den Mut aufzubringen, dagegen Einspruch zu erheben. **Durch unser Volk geht wieder ein Zug, der zur Kirche hinführt.** Mein Wunsch geht dahin, daß wir von dieser Feier das Bewußtsein mitnehmen, daß wir eine **große evangelische Aufgabe** zu erfüllen haben.

Wir fragen die Arbeiter: Ist das ein Sozialdemokrat, der so spricht? Nein! Grützner ist, um keinen schärferen Ausdruck zu gebrauchen, der ihm ermöglichte, den Staatsanwalt auf uns zu hetzen, ein **Verräter und Feind der Arbeiterklasse.** Und solche Leute werden in der SPD. geduldet! Das ist typisch. Die sozialdemokratischen Arbeiter, die noch einen Funken von Ehrgefühl haben, müssen heraus aus dieser Partei und sich mit den kommunistischen Arbeitern in der **roten Front zusammenschließen.** Das Proletariat hat keine „große evangelische Aufgabe" zu erfüllen, sondern die, **durch Kampf das kapitalistische Joch abzuschütteln, das jetzige System zu stürzen und an dessen Stelle einen Sowjetstaat nach russischem Muster zu errichten.** Jeder einfache Arbeiter begreift das, nur Grützner nicht. Wahrhaftig, die SPD. kann stolz sein auf solche „Führer"!

Kommunistische Ortsverwaltungsmitglieder, Fraktionsleitungen, Kartelldelegierte, Zellengruppen- und Zellengewerkschaftsleiter

am Sonnabend, dem 8. Mai, abends 7½ Uhr, im „Volkspark", Mittelzimmer, wichtige Sitzung.

Tagesordnung:

1. **Der Generalstreik in England und unsere Aufgaben. Referent: Genosse Berger.**
2. **Die Beschlüsse der 2. Internationalen Org.-Konferenz über Fraktionsaufbau.**

Wir erwarten, daß alle aufgeführten Funktionäre pünktlich erscheinen. Partei- und Gewerkschaftsbuch legitimiert.

Gewerkschafts-Abt.

Sonntagsrückfahrkarten

Mit dem Inkrafttreten des neuen Fahrplans am 15. Mai d. J. wird die ausnahmsweise angeordnete Freigabe der D-Züge zur Benutzung mit Sonntagsrückfahrkarten aufgehoben. Die Benutzung von D-Zügen mit Sonntagsrückfahrkarten ist daher von diesem Tage an ausgeschlossen.

* **Holzarbeiterlehrlinge und jugendliche Arbeiter.** Am Sonnabend, dem 8. Mai, abends 7½ Uhr, findet im „Volkspark" ein Vortragsabend der Jugendabteilung statt. Thema: Die Geschichte der französischen Revolution. Alle Jugendlichen und Lehrlinge sind eingeladen. **Jugend-Abtg. des deutschen Holzarbeiter-Verbandes.**

* **Mitglieder des ZdA.** Freitag, den 7. Mai, abends 8 Uhr, Fachgruppenversammlung der Gruppen Industrie, Handel, Behörden und Versicherung in der „Gosenschenke", Burgstraße. Tagesordnung: 1. Ueberreichung der silbernen Verbandsnadel. 2. Referat: „Die Bedeutung des Angestellten im Produktionsprozeß". 3. Geselliges Beisammensein. — Dienstag, 11. Mai, abends 8 Uhr, im „St. Nikolaus" Nicolaistr. 3, **öffentliche Versammlung.** „Das Ende der Sonntagsruhe?" Referent Ucko, Berlin.

Ammendorf

Der Arbeiter-Gesangverein veranstaltet am Sonnabend, dem 8. Mai, abends 8 Uhr, im „Schützenhaus" sein Frühjahrskonzert. Das Programm feiert den „Mai im Liede". Den instrumentalen Teil führt der Leiter des Vereins, Musikdirektor Louis Beyer (Halle), mit seiner Familie aus. Es kommen Trios, Quartette und achthändige Weisen von Haydn, Mozart und Beethoven zum Vortrag. Dieser Abend kann der Arbeiterschaft nur bestens empfohlen werden.

Dieskau

„Die neue Großmacht". Alle Arbeitersportvereine des Amtsbezirks, ebenso alle Vereine der 1. Gruppe im 6. Bezirk des Arbeiter-Turn- und Sportbundes werden hiermit nochmals auf die Aufführung des Olympiadefilms von der Frankfurter Arbeiter-Olympiade aufmerksam gemacht. Alle Nachbarvereine müssen zu der Aufführung am 8. Mai in Dieskau erscheinen. Besonders sind die Einwohner des Amtsbezirks Dieskau eingeladen. Die Freundschaftsgruppe des Arbeiter-Radfahrerbundes „Solidarität" muß vollzählig erscheinen.

Könnern. Ein großer China-Abend, von der Ortsgruppe der IAH. veranstaltet, findet am Sonnabend, dem 8. Mai, abends 8 Uhr, im „Bürgergarten" statt. Der Befreiungskampf des chinesischen Volkes erregt heute in der ganzen Welt das Interesse der Werktätigen wie auch der besitzenden Klasse. Die Besucher werden sich durch das Referat: „China, Land und Leute" Einblick über Ursachen und Ziele der nationalen Revolution in China verschaffen können. **Arbeiter, sorgt für einen Massenbesuch!**

Kommunistischer Jugendverband, Ortsgruppe Halle

Am Freitag, dem 7. Mai, findet in der Produktiv-Genossenschaft, abends ½8 Uhr, unsere Mitgliederversammlung statt. Jedes Mitglied hat die Pflicht, zu erscheinen. Mitgliedskarten sind mitzubringen, ohne Karte kein Einlaß.

Ortsleitung des KJVD.

Jung-Spartakus-Bund, Ortsgruppe Halle

Heute abend 6 Uhr treffen sich alle Spielleute zur Uebungsstunde auf dem Sandanger. Bei unentschuldigten Fernbleiben werden die Instrumente entzogen.

Sportnachrichten

Sämtliche Spiele am 9. Mai des HFC. Sportlust 07 finden auf dem Fichte-Platz statt. Dies den Vereinen und Schiedsrichtern zur Kenntnis. Spielzeiten bleiben dieselben.

2. Kreis, 6. Bezirk, 1. Gruppe. Handball

Verbindlich. Zum Spiel **Leipzig — Halle** haben sich folgende Sportgenossen und Sportgenossinnen ¼11 Uhr am Bahnhof, Haupteingang, einzufinden: Wöhlmann 2 (Ammendorf), Vogt 2 (Wörmlitz), Meinhardt 2 (Sportlust), Hennig (Schwimmer), Schaaf (Wörmlitz), F. Böhme (Fichte), May (Wörmlitz), Löchner, Schellenbeck (Fichte), Diedring (Schwimmer), Dietrich (Sportlust), Wöhlmann 1 (Ammendorf), Böhme (Kröllwitz), Dellor (Giebichenstein), Großer (Sportlust), Kötting, Knote (Fichte), Rehnert, L. Sonneberg (Sportlust), Bachmann (Schwimmer), May (ASC.), Stolze (Giebichenstein), Reuscher (Fichte), Wiesner (Minerva). Turnspielerpaß hat jeder mitzubringen.

Montag, den 10. Mai, 7 Uhr, Spielausschußsitzung im „Volkspark". Dazu werden geladen Heinrich (Minerva), Bott (Merseburg), May, Vogt 1, Wiesner (Wörmlitz), May, Rohne, Berger (ABV. Kröllwitz), Focke, Brödel, Krause (Minerva), Rehnert, K. Sonneberg, W. Sänger (Sportlust), Kraußer, Löther (Fichte). Fichte Halle hat noch einen, ASC. und Schwimmer je noch drei Sportgenossen zu entsenden.

Um 8 Uhr **außerordentliche Vollsitzung.** Infolge der Wichtigkeit der Tagesordnung ist jeder Verein verpflichtet, zu erscheinen. Die Schiedsrichter werden darauf aufmerksam gemacht, daß kein Spieler spielberechtigt ist, wo die Kopfsteuer nicht bezahlt ist. Die alten grauen Spielerpässe sind ab 1. Juli 1926 ungültig. Folgende Spiele am 13. Mai mit Ammendorf sind abgesagt: Wörmlitz 1. und 2., Atlas 1. Jugend, Minerva 1. Sch.

Kröllwitz 1. Sportlerinnen hat am 16. Mai, 11 Uhr vormittags, gegen den Kreismeister des 5. Kreises ein Pflichtspiel auszutragen. Am 16. Mai, am 6. Juni und 26. Juni ist Spielverbot für den ganzen Tag.

Der Spielausschuß.

Achtung, Vereinsspielleiter und -vorstände! Zu den Mitteldeutschen Handballspielen am 16. Mai werden 60 Quartiere und 90 Mittag (Verpflegung) gebraucht. Wir bitten alle Sportler und Sportlerinnen sowie Anhänger des Arbeitersportes, welchen es irgendmöglich ist, ihre Adressen in der Vollsitzung am Montag, dem 10. Mai, abzugeben. Wir bitten die Vereine, den gastfreundschaftlichen Ruf der hallischen Arbeitersportler weiterhin aufrechtzuerhalten.

Morgen, Freitag, den 7. Mai,

:: Großes Fußballtreffen ::

Sportbrüder 1. — ASC. 1.

Sandangersportplatz. — Anfang ½7 Uhr.

Obige Mannschaften treffen sich im Freundschaftsspiel. Der gute Ruf beider Vereine verbürgt einen guten Sport, so daß der Besuch dieses Spieles jedem Arbeiter und Arbeitersportler zu empfehlen ist.

Arbeiter-Athletenbund, 5. Kreis

Es wird nochmals darauf aufmerksam gemacht, daß das Fahrgeld zu den Kämpfen nach Magdeburg bis Freitag abend in Pätzholds Restaurant (Charlottenstraße 19) abgegeben werden muß. Wer nicht zahlt, hat kein Anrecht auf Fahrpreisermäßigung.

Auch wird bekanntgegeben, daß wir die leichtathletischen Wettkämpfe, welche am 16. Mai im Stadion stattfinden sollten, Umstände halber verschieben müssen. Der nächste Termin wird noch veröffentlicht.

H. Wittig.

Vereinsmitteilungen

HFC. Sportlust 07. Sonntag, den 9. Mai, finden anläßlich des 19. Stiftungsfestes folgende Spiele auf dem Fichte-Platz statt: 1. Mannschaft — Kröllwitz 1. um ½5 Uhr, 1. Jugend — Minerva 1. Jugend um ¼4 Uhr, 2. Mannschaft — Kröllwitz 2. um 2 Uhr, 1. Sportler — Achilles 1. Sportler um ½1 Uhr, 2. Jugend — Minerva 2. Jugend um 11 Uhr, 1. Sportlerinnen — Kröllwitz 1. Sportlerinnen um 10 Uhr. Mannschaften treffen sich eine Stunde vor dem Spiel auf dem Fichte-Platz (Baracke). 2. Sportler — ASC. 2. Sportler um 5 Uhr. Treffpunkt ¼5 Uhr Peißnitz.

Ballspielklub. Freitag 1. — Trotha 1. ½7 Uhr Peißnitz. **Sonntag 1. gegen Teutonia 1.** 4 Uhr Peißnitz, 2. — Oberröblingen 2., Treffpunkt 8 Uhr Hauptbahnhof, 3. — Kröllwitz 3. [illegible] Uhr Peißnitz, Jugend — Viktoria Jugend ½1 Uhr Sandanger, Schüler — Achilles Schüler 9 Uhr Peißnitz.

Sportvereinigung Achilles v. 1890. Den Schiedsrichtern sowie Atlas zur Kenntnis: Das Spiel Atlas 2. findet um 4 Uhr, das der Jugend um 5 Uhr statt. 1. Mannschaft trifft sich Freitag 8 Uhr Turnhalle.

Expanderklub „Othello". Sonnabend, den 8. Mai, beim Sportgenossen Freundlieb Monatsversammlung. Vorher Mannschaftssitzung. Erscheinen eines jeden Mitgliedes ist Pflicht, da wichtige Punkte zu erledigen sind.

Arbeiter-Radio-Klub, Ortsgruppe Halle. Wir machen unsere Mitglieder auf unseren Ausflug am Himmelfahrtstag nach Röpzig aufmerksam. Abmarsch früh 8 Uhr vom Rannischen Platz.

Verantwortlich: Max Lademann, Eisleben, für den redaktionellen Teil; für den Verlag und Anzeigenteil: Fritz Kroh, Halle a. d. S., Lerchenfeldstraße 14.

Aus dem Geschäftsverkehr

Die deutsche Dampffischereigesellschaft „Nordsee" kann auf ein 30jähriges Bestehen als Firma zurückblicken. Das Unternehmen ist nicht nur die älteste deutsche Aktiengesellschaft der Fischereibranche, sondern auch das bisher unzweifelhaft am umfassendsten ausgebaute Fischereiunternehmen des Kontinents.

Sparsame Hausfrauen bevorzugen **Ritters Kaffee-Haushaltmischungen**
Dieselben sind stets frisch und ausgiebig 1617
1 Pfd. mit 20 Proz. Bohnenkaffee 90 ₰ 1 Pfd. mit 40 Proz. Bohnenkaffee 1,40
Otto Noak, Inh.: Georg Ritter, Gr. Steinstr. 76

Wirinea

22] **Roman von Lydia Seifullina**

„Ich hatte einen Kriegsgefangenen als Koch. Aber Sie brauchen sich gar nicht zu beunruhigen — ich sagte bereits, daß ich nicht geizig bin. Ich zahlte ihm zehn Rubel. Ihnen aber . . ."

„Mir also geben Sie für mein Weiberfleisch zehn Rubel dazu. Ach, Du Weiberbeglücker! Wenn ich genau hinsehe, so hat das einfache Volk ein festeres Gewissen als die Herrschaften. Bei den Herrschaften ist es damit wacklig bestellt, sehr wacklig . . ."

„Das heißt, erlauben Sie . . . Ich verstehe Sie nicht ganz . . . Wie?"

„Sie sind einer der Gelehrtesten unter den Gelehrten und doch schwer von Begriffen. Er hat eine Familie und doch will er sich ein Weib, eine Rumtreiberin, die sich auf der Straße herumtreibt, ins Haus locken, und zwar angeblich nicht zu unzüchtigem, sondern zu heiligem Leben! Einem Manne aus dem einfachen Volke würde es das Gewissen nicht erlauben, mit einer solchen Stimme über eine solche Sache zu verhandeln. Darum bin ich über Euch auch so empört. Was seid Ihr denn für Herrschaften! Selbst wenn es sich um schmutzige Dinge handelt, tut Ihr, als ginge es um heilige Dinge. Nur das niedrige Volk sündigt wirklich, Ihr aber sucht auch in der Sünde Euch zu rechtfertigen. Wart', ich werde Dir Deine sauber gewaschene Schnauze zurichten! Für Dein ganzes Leben sollst Du einen Denkzettel bekommen! Ich will Dich zärtlich behandeln, Du alter Knasterbart! Nicht schreien! He, Ihr Weiber, kommt ins Zimmer herein! Kommt schnell herein! Seht, wie die Herrschaften . . . Lauf' nicht davon, Du könntest Deine Därme durcheinander schütteln und in die Hosen machen! Wenn Du Unfug treiben willst, so sag' es offen heraus und sitz' nicht mit einem scheinheiligen Gesicht da, als wärest Du ein Eiferer des tugendhaften Lebens."

Der Herr erzählte später seinen Freunden, wie er sich vor der Verrückten zu retten suchte. Er keuchte dabei und verlor sein gewichtiges Benehmen:

„Erstaunlich! Buchstäbliche Tobsucht! Und dabei auch noch Erotomanie . . . Erstaunlich — in einem so einfachen Milieu eine so raffinierte Erotomanie."

In das Dorf pflegte Wirka nicht zu gehen. Auch die Leute aus dem Dorfe gingen ihr aus dem Wege. War sie ja doch ein solches Weib, daß es besser war, sich fern von ihr zu halten, denn man konnte ihretwegen in irgendeine gerichtliche Untersuchung hineinverwickelt werden. Bei Begegnung mit ihr machte man ohne Gespräch und Begrüßung einen Bogen um sie. Nur Anissja, dieses verwegene Bauernweib, kam einmal an einem Festtage aus unüberwindbarer Neugier zu Wirka in die Baracken gelaufen.

Die Baracken erstreckten sich in zwei kurzen Reihen und sahen wie aus Ziegelsteinen errichtete Schuppen aus. Ihre kleinen, blinden Fenster befanden sich dicht über der Erde. Jetzt waren sie fast ganz verschneit. Man mußte den Schnee fortschaufeln, um nicht auch bei Tage im Dunkeln zu sitzen. Die Dächer waren steil und spitz zulaufend, wie bei Starenhäusern. Armseliger Hausrat lag im Freien vor den Baracken verstreut. Es waren keine Höfe vorhanden. Etwas weiter abseits stand ein unvollendetes hohes Haus für die künftige Eisenbahn-Haltestelle.

Mit seinen leeren Augenhöhlen starrte es auf die Baracken, auf diese elenden Menschenbehausungen, und sein Eingang ohne Türen gähnte grinsend. Neben dem Haus hatten sich Bauern — es waren Flüchtlinge — und drei Kriegsgefangene in sonderbar kurzen Mänteln auf Balken zusammengedrängt, während etwas abseits ein paar Weiber saßen. An dem heutigen warmen Tage waren sie aus ihren Schlupfwinkeln an die Sonne herausgekrochen. Sie blickten Anissja mit ihren vom grellen Schnee geblendeten Augen blinzelnd an. Unter den Frauen begann ein lebhaftes Getuschel.

„Guten Tag, ihr Frauen! Wo wohnt denn hier die Wirka aus unserm Dorf?"

Eine von den Bäuerinnen, die ihr Kopftuch auf eine sonderbare, ortsfremde Art gebunden trug, so daß ihr Kopf wie ein Rad aussah, streckte ihr spitzes Gesicht aus dem Tuche vor und sagte lachend:

„Du mußt dort auf der anderen Seite der Baracken suchen. Wo die Leute tanzen und spazieren gehen, dort wohnt sie."

Aber Anissja hatte mit ihrem scharfen Auge Wirka bereits weit in der Ferne erblickt. Sie stand an einer Baracke. Als Anissja sich ihr näherte, merkte sie es nicht sofort. Sie blickte in die schneebedeckte Steppe hinaus. Ihr Gesicht hatte einen strengen Ausdruck. Die Falte zwischen den Brauen hob sich deutlich ab. Es war, als suchte sie dort in den Schneemassen irgend etwas mit den Augen. Sie fand es nicht und war darum sehr aufgeregt. Sie hatte einen ganz alten Halbpelz an und ein abgenutztes, schmieriges Tuch um den Kopf gebunden. Mit unfreundlicher Stimme erwiderte sie den Gruß Anissjas:

„Ah, guten Tag, wenn Du's ernst meinst. Was treibt Dich her?"

„Ei, sieh einmal, wie Du hochmütig geworden bist! Ich bin gekommen, um zu sehen, wie Du hier Dein vergnügtes Leben lebst. Warum wendest Du den Kopf fort? Ich komme mit freundlichen Worten zu Dir, wie dazumal, Du aber wendest Deine Schnauze zur Seite. Die anderen Weiber speien aus, wenn eins auch nur Deinen Namen erwähnt, ich aber . . ."

„Dir aber fehlt's an Spucke? Tut es Dir leid? Warum bist Du zu mir hergelaufen gekommen, Anissja? Willst mich ansehen und dann darüber klatschen? Nun, sieh mich an. Siehst mich ja nicht zum erstenmal. So, wie ich war, bin ich auch geblieben."

„Nein, nicht ganz so. Du bist schlimmer geworden und boshafter. Du bist ganz ohne Grund so zu mir. Warum richtest Du Dir nicht wenigstens Dein Kleid her? Früher trugst Du saubere Kleider, obwohl Du ein Leben in Armut führtest."

„Wer braucht denn mein Kleid? Auch habe ich garnicht Geld genug, um mich herauszuputzen. Es reicht gerade fürs Essen, und auch damit bin ich zufrieden."

„Siehst Du wohl, Wirka, so ist es, wenn man sich gegen Gott auflehnt. Du bist keck gegen ihn, betest nicht, bereust Deine Sünden nicht, und darum läßt er Dir auch Unrecht widerfahren. Wie ein Knäuel, der sich nicht abwickelt, rollst Du von Ort zu Ort. Ach, Mädel, hast Du ein bitteres Leben! Wahrhaftig, ein bitteres. Als ich herging, glaubte ich, Dich beneiden zu müssen, jetzt aber sehe ich, daß es Dir schlecht geht."

„Und geht es etwa Dir so sehr gut? Alle haben wir vor Gott ein schlechtes Leben, Anissja. Jeder wird in seiner Weise von seinem Rost zerfressen. Und wenn einer sagt, daß es ihm gut geht, so tut er's nur, um sich heiter zu stimmen, um den Gedanken an sein Leben zu vertreiben, damit er sich nicht darüber grämt. Ganz so, wie Du es machst."

„Mir soll es schlecht gehen? Gott sei Dank, ich leide keinen Mangel und habe meinen eigenen Winkel. Der Mensch lebt bekanntlich nicht ohne Tränen und Krankheit auf Erden. Vielleicht die Herrschaften, — unsereinem ist kein solches Leben beschieden; was macht es aber? Mir geht es gut."

„Auch die Herrschaften werden aus demselben Sauerteig gemacht wie wir: aus Weiberfleisch und Männerfleisch. Auch sie tragen eine erregbare Galle und Leber im Leibe, weinen, und haben Krankheiten auszuhalten. Warum sollten sie nicht auch weinen und krank sein? Nur weil sie sich soviel Lebensmittel zugelegt haben, können sie ein sattes Leben führen. Auch sie weinen, aber über Dinge, die es nicht wert sind. Wenn man uns ihr Essen gäbe, dann würden wir nicht mehr weinen."

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019260506-18/fragment/page=0007

Walhalla

Anfang 8 Uhr. Telephon 8385

Der fröhliche Weinberg

Einige Presse-Urteile:

„Berliner Börsencourier" „Der stärkste Theatererfolg der Spielzeit"

„8 Uhr-Abendblatt" „Es war ein stürmischer Erfolg, die Leute quietschten vor Lachen"

„B. Z. am Mittag" „Ein Riesenerfolg. So was von Gelächter und Gekreisch"

„Deutsche Tageszeitung" „Wann ist in einem Berliner Theater so hell und herzhaft gelacht worden, wie gestern abend"

„Der Tag" „Den stärksten, reinsten, echtesten Erfolg dieser Spielzeit trug er glücklicherweise davon. Das Haus war den ganzen Abend über voller Jubel. Eiu fröhlicher Weinberg"

Warum so billig?

Weil Sie alles, was zum Schlafzimmer gehört, in bester Qualität unter Ausschaltung jeden Zwischenhandels **direkt von der Fabrik kaufen**

Teilzahlung ohne Aufschlag!

10 Proz. Kassenrabatt

1 Holzbettstelle, 1 Stahldrahtmatr., 1 Auflagematratze } zusammen **50 Mk.**

Holzbetten, Eiche, Nußb. gestr.	v. 25 M an
Metallbetten	v. 27 „ an
Kinderbetten, Holz u. Metall	v. 27 „ an
Auflegematratzen	v. 13 „ an
Stahldrahtmatratzen	v. 12 „ an
Chaiselongues	v. 35 „ an
Sofas	v. 75 „ an
Federbetten, Ia. Inlett	v. 27 „ an
Reformunterbett, Ia. Material	v. 23 „ an
Schränke, 2türig	v. 65 „ an

Küchen, weiß lasiert, eichenfb. } **sehr**
komplette Schlafzimmer } **billig**

Kinderwagen in allen Preislagen

Fabriklager:

Halle a. S., Leipziger Str. 18

Vertreter: **Bernhard Schormann**

Zeitz, Jüdenstraße 2, Th. Janolch

Auswärtige verlang. Katalog gratis

Esset Seefische!

Nahrhaft, wohlschmeckend, billig

Freitag früh in der **Nordsee**

Große Ulrichstraße 58

Fernsprecher 1274, 1275, 2705, 4966

Kabeljau .... **Seelachs** ohne Kopf	℔ **25** ₰
Schellfisch ohne Kopf	℔ **32** ₰
Karbonaden, bratfertig	℔ **40** ₰
Bratscholle	℔ **30** ₰
Bratscholle, größerfall.	℔ **40** ₰
Grüne Heringe	℔ **20** ₰

Ferner:

Geräuch. Makrelen, Fleckheringe Schellfisch, Seelachs, Heilbutt Bücklinge, Sprotten, Räucheraale und Lachs

Marinaden in bekannter Güte, in all. Dosengrößen

Matjesheringe weißfleischig und zart

Spendet f. d. „Rote Hilfe"

Blauband im Volksmunde:

Aller Guten Dinge sind drei Blauband wie Butter ist stets dabei

Feinkost Margarine **Blauband wie Butter**

50 Pfennig 1/2 Pfd.

Zu jedem Pfund die „Blauband-Woche" gratis

Burg-Theater

Großes Doppelprogramm

2 Teile — 10 Akte

Die Jagd auf den Tod!

Sensationelles Abenteuer mit **Harry Hill** 1736 und Gehilfin **Marga Lindt**

Stadt-Theater

Donnerstag 8 Uhr: **Heimliche Brautfahrt**

Freitag 8 Uhr **„Zurück zu Methusalem"**

Sonnabend 8 Uhr **Heimliche Brautfahrt**

Edison-Theater

Goethestr. 26

Freitag bis Sonntag

Die drei gewaltigsten Leidenschaften der Menschheit

Liebe! Haß! Rache!

enthält das Meisterwerk in 10 spann. Akten 1734

Der Gefangene auf der Inselhöhle

nach dem berühmten Roman „Der Graf von Monte Christo" v. Alexander Dumas

Für Humor ist auch gesorgt!

Personen unt. 18 J. haben Zutritt

Sonntag ab 1/2 u. 1/4 Uhr für Kinder dasselbe Programm

„Volkspark"

Donnerstag, den 13. Mai (Himmelfahrt) großer, kleiner Saal und Garten noch frei. Bestellungen auf Säle nimmt die Verwaltung entgegen 1733

Verband der Fabrikarbeiter

Zahlstelle Halle

Sonntag, den 9. Mai, vorm. 9 Uhr im „Volkspark":

Generalversammlung

Tagesordnung:

1. Geschäfts- und Kassenbericht. Bericht der Revisoren
2. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes

Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt

1723 **Die Ortsverwaltung**

Beisitzer beim Oberversicherungsamt Merseburg und Stellvertreter am Sonntag, 9. Mai, vormittags 10 Uhr, im „Gewerkschaftshaus", Halle, Zimmer Nr. 14

Sitzung

1727 **Bezirks-Sekretariat**

Jeden Dienstag u. Freitag:

Schlachtefest

Täglich frisches Gehacktes	Pfd. 1,40
Hochf. Rot-, Leber- u. Schwartenwurst	Pfd. 1,20
Ia. Knackwurst	Pfd. 1,60

A. Müller, Kl. Ulrichstr. 1

Hausschlächterei m. elektr. Betrieb

Leder

zu bekannt billigen Preisen [81

Sommer & Harzhals

Albrechtstr. 46, Ecke Geiststraße.

Morgen Freitag **Schlachtefest**

Von 9 Uhr an: 83 **Wellfleisch m. Sauerkraut**

B. Kühlewind, Schwetschkestr. 28

Lebensmittel

preiswert und gut

E. Sorg

Hermannstraße 7

gegenüber d. Schule

Werbt f. d. Klassenkampf

Bekanntmachung!

Das Angeln und Fischen in der Steinlache und Gerwischen ist bei strenger Strafe verboten

Merseburg, 5. Mai 1926

547 **Der Pächter**

Ledersohlen

Gummiabsätze

billig bei 76

Wilh. Kranig

Neue Promenade 15

Möbl. Zimm. z. m. gesl. Handwerg. Reilstr. 104

Promenadenwagen z. vk. Adolfstr. 4 (Rulisch)

Hüte, Mützen Herrenartikel

545 billigste Preise.

Mützen werden in eigener Werkstatt angefertigt.

Karl Köppe

Merseburg

Gotthardtstraße 24

Achtung Achtung

Wo kauft man billige Briketts?

Bei [551

Jung, Zeitz

Rotzestraße

1 Ztr. **Briketts 1 M** frei Haus

Anbrennholz

Großes Paket **30 ₰**

Der Obige

Kredithaus

Wäsche- und Konfektions-Vertrieb

Welche Firma liefert Ihnen, ohne daß Sie das Geld dafür sofort auf den Tisch legen müssen, sämtliche Bekleidungsgegenstände? ..... **W.K.V.**

Welches Geschäft gestattet Ihnen für die gewünschten Waren eine durchaus minimale Zahlungsweise in Raten? .... **W.K.V.**

Wo finden Sie bei vorkommender Zahlungsunfähigkeit bei eingegangener Verpflichtung größtes Entgegenkommen? .... Im **W.K.V.**

Wo finden Sie eine Ihren Wünschen entsprechende Auswahl, mit der sicheren Gewähr, für sich das Richtige zu treffen? .... Im **W.K.V.**

Wo haben Sie ein Geschäftshaus, zu dem Sie als alter Kunde auch ohne Geld kommen können, um zu kaufen? .... **W.K.V.**

Von wem ist das gediegene Kleid der Dame und der tadellos sitzende Anzug des Herrn, der Ihnen oft begegnet? .... **W.K.V.**

Von wem können Sie auf Kredit kaufen, ohne Gefahr zu laufen, daß einer Ihrer Bekannten etwas davon erfährt? .... **W.K.V.**

Wer gibt Ihnen die Möglichkeit, sich den schönsten Anzug sofort leisten zu können? .... **W.K.V.**

Und wer hat den Vorzug immer elegant zu gehen, trotz aller Geldnot? Der Kunde des **W.K.V.**

Kredithaus

Wäsche- und Konfektions-Vertrieb

Gr. Ulrichstr. 4, I. Etage 1732

gegenüber der Nordseefischhalle

Die Volksbuchhandlung Wittenberg

Jüdenstraße 10

empfiehlt politische und schöngeistige

Literatur

Sämtliche

Schul- und Schreibwaren

Außerdem 064

werden sämtliche Aufträge an

Drucksachen und Inserate

entgegengenommen

Jede Drucksache

die im Geschäfts- wie Privatverkehr benötigt wird, liefert die Buch- und Kunstdruckerei Produktiv-Genossenschaft Halle a. d. S., Lerchenfeldstraße 14. Es

ist

das Prinzip der Firma, schnellstens geschmackvoll und preiswert zu bedienen. Die Druckerzeugnisse erbringen den besten Beweis, daß

immer noch

der Geschäftswelt wie den Vereinen die Veranstaltungen arrangieren, durch eine wirkungsvolle Drucksache ein Erfolg unbedingt sicher ist. Sie sind und bleiben daher noch immer

das beste Werbungsmittel

Gr. Preisabbau

Anzugreinigen	v. 4,00 an
Kleid	„ „ 3,50 „
Waschkleid	„ „ 2,50 „
Kostüm	„ „ 4,50 „

Färben 1,00 Aufschlag

Lieferzeit 24 Stunden

Schonend. Behandlung zugesichert 550

Färberei Arthur Dietrich

vorm. Rob. Bräunlich

Gegr. 1865 Tel. 481

Zeitz, Wasservorstadt 9

Kleine Anzeigen haben bei uns den besten Erfolg!

Trauerbriefe und -Karten

liefert sofort die Druckerei der

Produktiv-Genossenschaft für den Bezirk Halle-Merseburg

eGmbH., Halle (Saale), Lerchenfeldstraße 14

Fernruf: 1045, 1047, 2251

Kluge Frauen

kaufen:

Mäntel
Kostüme
Kleider
Röcke
Bettwäsche
Leibwäsche

auf bequeme Teilzahlung bei **kleiner Anzahlung** und **niedrigen Raten**

nur bei

Carl Klingler

11 Leipziger Str. 11

Erste Etage, Eing. Sandberg

Kein Laden

Vertreter für Merseburg u. Umg.

Hugo Dies

Merseburg, Annenstraße 14

Todes-Anzeige

Am 5. Mai verstarb nach langem Leiden, mein lieber Mann, unser guter Vater, Sohn, Bruder, Schwiegersohn, Schwager und Onkel, der Invalide

Karl Teuscher

im 41. Lebensjahre

Die trauernden Hinterbliebenen

Minna Teuscher, geb. Lärm

Einäscherung Sonnabend 1/23 Uhr auf dem Gertraudenfriedhof

Nur so billig

weil ich meine Spezialartikel

Betten und Bettwaren aller Art

durch meinen Großeinkauf und Massenumsatz zu konkurrenzlosen Preisen verkaufen kann, **billiger sogar als in der Fabrik oder einer Fabrikniederlage**

Ich erleichtere auch jedem die Zahlungsweise

Kompl. Bett: 1 Holzbettstelle, 1 Stahlmatratze, 1 Auflegematratze von Mk. **48** an

Holzbetten, Eichen-, Nußb. gestr.	v. 24 Mk. an
Metallbetten m. Patentmatratze	„ 17 „ „
Kinderbetten, Holz oder Metall	„ 18 „ „
Auflegematratzen	„ 12 „ „
Stahlmatratzen	„ 11 „ „
Chaiselongues	„ 34 „ „
Federbetten, Ia. Inlett	„ 18 „ „
Reform-Unterbetten, Ia. Material	„ 13 „ „
Schränke	„ 60 „ „

Kinderwagen spottbillig. Bettfedern, Inletts, Bettwäsche. Wolldecken, Stepp- und Daunendecken, alles zu niedrigsten Tagespreisen

Größtes Lager u. Auswahl Mitteldeutschlands

Bettfedern-Reinigung nach neuestem System

Bettenhaus Bruno Paris

Kleine Ulrichstraße 2, Eingang Kanzleigasse

2 Minuten vom Markt

Achtung!

Freitag, Sonnabend ganz selten fettes **Mast-Fleisch**

Rouladen, Schmer, Fett, hochfeine Bockwürstchen, Zungen.

Donnerstag u. Sonnab. ff. warme Würstchen

Dir Nachf.,

Zeitz, Scharrenstr.

Prima Mast-Roßfleisch und alles andere

Tägl.: Warme Wurst

Max Frommelt

549 **Zeitz**

Parzellenstr. 15

Alle Parteischriften

empfehl. die **Volksbuchhandlungen**

Harz 42/44 und Lerchenfeldstr. 14

Danksagung

Allen Genossinnen, Genossen Freunden und Bekannten, die uns beim Ableben unseres lieben Sohnes 546

Erich

ihre Hilfe zuteil werden ließen, herzlichen Dank

Weißenfels, 5. Mai 1926

Zeitzer Straße 17

Familie Rudolf Koch

Großeinkäufe — Großverkäufe

Deshalb unsere Billigkeit und enorme Auswahl!

Blonde graue Damen-Halbschuhe 12 50

Braune Damen-Halbschuhe **7 50**

Damen-Lackspangenschuhe **8 75**

Schuhwarenhaus Diebach

NUR KLEINE ULRICHSTRASSE 1/2

Braune Herren-Halbschuhe mit Nubuk-Einsatz **12 75**

Schwarze Herren-Halbschuhe **8 90**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019260506-18/fragment/page=0008

Wirtschaftliche Rundschau

Der Werdegang eines modernen Sklavenbetriebes

700 Jahre mitteldeutscher Bergbau — Die Geschichte der Mansfeld A.-G.

Erster Teil: 1200—1900

Der Fürstenstreit um das Bergregal

Die Anfänge des mansfeldischen Bergbaus, der sich in früheren Jahrhunderten hauptsächlich auf Kupfer- und Silbergewinnung erstreckte, reichen bis in das 11. und 12. Jahrhundert zurück. Nach alten Ueberlieferungen sollen zwei zugewanderte Bergknappen 1199 den ersten Kupferschiefer bei **Hettstedt**, am Kupferberg, abgebaut haben. Spuren des alten Bergbaus finden sich noch heute am Westrande und Nordrande der Mansfelder Mulde, bei Wolferode bei Eisleben, in Mansfeld, Hettstedt und Gerbstedt. Außerdem sogar bei Friedeburg an der Saale. Im Jahre 1387 kauften die **Grafen von Mansfeld** die Herrschaft Arnstein und 1439 auch die Stadt Hettstedt. Die Mansfelder Grafen waren Reichsunmittelbare und somit Mitglieder des Reichstages. Die deutschen Kaiser erkauften sich die Unterstützung dieser mächtigen Fürsten durch Belehnungen mit neuen Gebietsteilen. So wurden die Mansfelder Grafen Lehnempfänger der sächsischen Herzöge, des Bistums Magdeburg, des Bistums Halberstadt und erhielten außerdem vom Kaiser Karl IV. bereits 1364 das Nutzungsrecht der Bergwerke. Nach anderen Ueberlieferungen erfolgte ihre Belehnung mit den Bergwerken bereits 1215 durch den Hohenstaufenkaiser Friedrich.

Der Bergbau wurde in den vergangenen Jahrhunderten, zumal wo die Bodenschätze an Mineralien reich zutage traten, zur vornehmsten Tätigkeit. Er war eigentlich der **Beginn der Warenproduktion**, denn Eisen, Kupfer, Silber und selbst Salz waren (wie Kautsky in seinem Buche „Vorläufer des Sozialismus", 1. Band 8, 115—116 schreibt): „Waren, die jeder abnahm, nach denen jeder verlangt, von denen man nie zuviel haben kann". Waren also, wie sie heute nur das Gold vielleicht darstellt, im vergangenen Zeitalter aber auch die obengenannten Bodenschätze infolge ihrer Seltenheit darstellten.

Der **Bedarf an Edelmetallen** hob sich im Gegensatz zu Kohlen- und Eisensteingruben auf einen hohen technischen Stand und erforderte immer größere Investierungen an Kapitalien, die der einzelne nicht aufbringen konnte. Bisher hatte der Finder eines Erzvorkommens das Recht zur Belehnung mit der Ausbeute der Fundstelle. Das hatte ein deutliches Mißvergnügen der diversen Herrscher zur Folge. Gold, Silber, Kupfer, Salz, alle Minerale waren für die Fürsten eine willkommene Bereicherung und die Bergwerke ein Objekt zur Vermehrung ihrer Selbstherrlichkeit, die sich schon im Kampf gegen das Kaisertum äußerte. So schlossen sich die einzelnen Nutznießer einer Grube zu **Gewerken** zusammen, einmal, weil technische Komplizierung diesen Zusammenschluß verlangte, weil einjamer Betrieb sich rentabler gestaltete, zum anderen, weil Bestrebungen der Fürsten gegenüber eine stärkere Abwehr war. Trotzdem endete der Kampf der ersten großen Bergmannsgenossenschaften mit ihrer Niederlage. Könige und Kaiser nahmen den Bergbau für ihr Regal und brachten es zeitweilig in den Besitz Bischöfe und Fürsten die eigenen Bergwerke von ihnen zu Lehen nahmen. Mit der Zeit fiel jedoch dieses kaiserliche Regal an die Landesfürsten und diese verstanden es vortrefflich, ihre Bergwerke vollständig in ihren Besitz zu bringen. Begünstigt wurde diese Raubpolitik durch den Waldbesitz, den sie als Großgrundbesitzer besaßen und von dessen Holzkohlenbeständen die Bergbetriebe abhängig waren.

Um sich einen Begriff zu machen von der Bedeutung dieser Bodenschätze in der damaligen erzarmen Zeit, zumal im Mansfeldschen, genügt es, wenn man die durchschnittliche Produktionsziffer an Kupfer für die Mitte des 15. Jahrhunderts feststellt.

Das 15. Jahrhundert stellt in seiner ersten Hälfte einen Höhepunkt der primitiven Produktionsweise dar. **20 000 Zentner Garkupfer** kamen auf den Jahresdurchschnitt.

Der Streit der Fürsten gegen das kaiserliche Bergregal wurde nach seinem Abschluß zum Streit der ehrbaren Landesväter unter sich und endete gewöhnlich mit dem Siege des Stärkeren. Der Besitz der Bergwerke, der eine **unerschöpfliche Goldgrube für die höfische Prasserei und Verschwendung** bedeutete, wurde ähnlich wie der Grundbesitz des kleinen Adels von den erstarkenden Landesherren aufgesogen.

Auch die sächsischen Herzöge hatten seit langem auf den Reichtum der Mansfelder Grafen geschielt. 1485 gelang es ihnen, die Oberhoheit zu bekommen. Nachdem es dieser Familie unter Kaiser Maximilian 1518 noch einmal vorübergehend gelungen war, die lästige Bevormundung Sachsens abzustreifen, geriet sie durch folgende Tatsachen wiederum unter die Hoheit Kursachsens, um bis zu ihrem Aussterben darunter zu bleiben.

Trotz der enormen Ausbeute reichten nämlich die Erträgnisse der Kupfergruben nicht aus, die ungeheuren Aufwendungen der Mansfelder für ihre Hofhaltung zu bestreiten. Diese edle Sippschaft verpraßte die Profite und versank in ihrer Schuldenlast.

Durch Vorschüsse der reichen Kupferhändler, durch Kontrakte, nach denen diesen für den Ertrag der Werke und gewisse Barzahlungen die Verpflichtung auferlegt wurde, die Bergwerke zu erhalten, kamen sie nur tiefer in die Pleite. Gruben und Hütten wurden **an Private verliehen.** Da es den Grafen nur um bares Geld zu tun war, begann ein **allgemeiner Raubbau großen Stils.**

Die Bergwerke, die bisher zentral in einer Hand zusammengefaßt waren, wurden durch andauernde Erbstreitigkeiten der gräflichen Familie untereinander zersplittert. 1430 waren im ganzen 95 **Schmelzöfen** vorhanden, die durch das Erbgezänk bald in fünf Gruppen geteilt wurden. Interessant ist in diesem Zusammenhange die **Rolle Luthers,** der sich jahrelang bemühte, die fürstlichen Raubritter unter sich zu versöhnen und ihre Erbstreitigkeiten zu regeln. Er ist dafür **nicht unbelohnt geblieben.** Zum Dank bewilligte man den Eisleber Pfaffen und anderen theologischen Fürstendienern **anständige Renten,** die, wie unten geschildert, erst Anfang des 19. Jahrhunderts abgeglichen wurden. Der Erbstreit und die Schuldennisere der Mansfelder Grafen kam den geldhungrigen kursächsischen Fürsten äußerst gelegen. Sie verbündeten sich in kluger Taktik mit den Gläubigern und erließen ein Edikt, das den Bergbaubetrieb in je 19 Feuer teilte, deren Mehrzahl bereits in Privathänden war. 1568 setzte der Kurfürst einen Oberverwalter ein, dem 6, später sogar nur 2 Verwalter beigegeben wurden. Diese Verwalter bestanden zur Hälfte aus Vertretern der Grafen, zur Hälfte aus Vertretern der Kupferhändler.

Die **Jahresproduktion** an Schiefergewinnung wurde auf **20 000 Zentner** festgesetzt. Der gesamte Kupferhandel ging nach Eisleben, wo das Erz auf Silber untersucht und den Händlern zu 14 Gulden bis zur Abrechnung pro Zentner gegeben wurde. 200 Zentner Kupfer oder **20 Gulden für den Zentner erhielt von der Jahresausbeute die biedere Geistlichkeit,** die überhaupt bei dem Geschäft gut abschnitt, weil sie **die Beruhigung der Bergknappen zur Aufgabe bekam.**

Schließlich wurde auch das Monopol der Grafen, die Holzversorgung der Bergwerke, gebrochen. Die Preise der Holzkohle wurden einheitlich festgelegt und ihr ausschließlicher Verbrauch für die vereinigten Bergwerke durchgedrückt. Jährlich fanden Versammlungen statt, auf denen Händler, Ober- und Unterverwalter, sowie Grafenvertreter Sitz und Stimme hatten.

Als schließlich der Erbstreit immer größeren Umfang annahm und sich die Familie in unzählige Linien spaltete, begannen die Gläubiger um ihre Gelder Angst zu bekommen. Sie liefen zum sächsischen Kurfürsten und klagten um die stattliche Summe von 2¾ **Millionen Gulden,** die die Mansfelder mit der Zeit verpufft hatten.

Der Kurfürst ließ darauf 1570 über ⅔ der Besitzer Sequestration verhängen und begrüßte den Anlaß freudig, um **auf seine Weise das Schäfchen zu scheren.** Die sächsischen Fürsten waren kluge Leute, die ein Zusammengehen mit der reichen Bürgerschaft nicht ablehnten und dadurch, dem Zug der Zeit entsprechend, nicht schlecht fuhren. Auf einer Konferenz der Lehensherren Magdeburg, Halberstadt und Sachsen erhielt letzteres das Uebergewicht und verleibte sich **Eisleben, Hettstedt und Artern** ein. Dazu die Gerichtsbarkeit und die Oberhoheit über alle Bergwerke. Magdeburg wurde Lehensherr über Mansfeld, Sachsen-Eisenach über Allstedt.

Kursachsen beherrschte durch diesen Schachzug das ganze reiche und wichtige Gebiet.

Der **Religionskrieg 1618** legte die meisten Gruben still. Die Bergleute verloren ihre Arbeit und ließen sich anwerben. **Die waren zahllose Schächte verwüstet und versunken.**

Die Bergwerke wurden mehr und mehr zum Objekte der Spekulation. Zu ihrem Betrieb gehörten immer größere Kapitalien, die nur von reichen Bürgern aufgebracht werden konnten. So gab 1652 zum Beispiel der Rat der Stadt Leipzig 600 000 Gulden Vorschüsse auf Kupferlieferungen. 1666 wurde ein kurfürstlicher Kommissar eingesetzt, der auf eigene Rechnung wirtschaftete und ohne Gläubiger oder Grafen etwas zu bezahlen, auf eigene Rechnung wirtschaftete, bei einer jährlichen Erzeugung von **800 Zentner Kupfer und 31 730 Gulden Ueberschuß.**

1671 endlich erließ Johann Georg II. von Sachsen das sogenannte **Freilassungsedikt.** Nach dieser Verfügung blieben wohl der Zehnte und Zwanzigste und gewisse Dotationen an die Pfaffen bestehen, es erhielt jedoch jeder das Recht, Kupfer zu bauen und zu verkaufen. Die Mansfelder mußten sich vollständig einverstanden erklären. 1780 starben sie aus — unter Hinterlassung von einer Million Gulden Schulden.

Sofort bildeten sich auf Grund der kurfürstlichen Verfügung **aus reichen Bürgern Gewerke,** die 1674/75 zu je 128 Kuxen den Bergbau aufnahmen. Kuxe nennt man die Anteile an einer Grube, nicht an ihrem Besitz, sondern Reingewinn. Zuerst umfaßten sie 4, dann 8 bis 16, schließlich 4×32 = 128 Anteile. Sie sind nach den alten Hüttenstätten genannt.

War bisher der Bergbau durch freie Bergarbeiter betrieben worden, die zu wenigen auf eigene Rechnung selbst arbeiteten, so wurden jetzt die Gewerke mit der steigenden Anzahl Kuxe immer mehr zu reinen Kapitalisten, die sich zu bloßen Nutznießern der Arbeit entwickelten, derweil die Bergleute, Knechte und ackerlosen Bauern wie Arbeitstiere für die Profite schufteten.

Die Anfänge der Mansfeld A.-G.

Mit dem Freilassungsedikt beginnt im Mansfeldischen Bergbau **die kapitalistische Aera.** Wie ein roter Faden zieht sich durch die nachfolgende Entwicklung eine ständig größer werdende Unterstützung der großen kapitalistischen Gewerke durch die Kurfürsten und die deutliche Tendenz, den ehemaligen freien Bergmann zum Lohnsklaven zu machen und ihn seiner Rechte zu berauben. Es bildeten sich folgende Gewerkschaften in Monopolstellung: **Oberhütte Eisleben, Mittelhütte Eisleben, Kreuzhütte bei Leimbach, Silberhütte bei Mansfeld.**

Diese Gesellschaften erhielten die Ueberschüsse der kurfürstlichen Bergausbeute aus den Jahren 1666/70 als Kredite, außerdem einen fünfjährigen Zehnterlaß!. Später kam noch die **Kupferkammerhütte bei Hettstedt** und die **Gottesgnadenhütte bei Großörner** mit 128 Kuxen hinzu. Dann wurden auf kurfürstliches Edikt keine neuen Gesellschaften zugelassen. Die Kohlenlieferungen wurden von diesen Gewerken gemeinsam geregelt, so daß man von einer Art ersten Konzern mit vollem Recht sprechen kann. 1780 kamen die großen Forste in preußischen und sächsischen Besitz und die Gewerke beziehen bis 1832 durch Kauf ihren gemeinsamen Bedarf. Von diesem Jahr an beginnt in Hütten und Bergbetrieben bereits die Koksfeuerung. Das Monopolrecht der Entsilberung des Kupfers blieb in den Händen der Eisleber und Mansfelder Gewerke, so daß diese alles in allem das entschiedene Uebergewicht besaßen. Von insgesamt 8½ Feuern besaßen sie beinahe 7. Das sächsische Bergamt in Eisleben führte bis zu dieser Zeit die Aufsicht über den gesamten Bergbau.

Einige Zeit fielen infolge des napoleonischen Sieges die **Mansfeldischen Bergwerke an das neugegründete Königreich Westfalen.** Sie vergrößerten sich dort durch Ankauf der Rothenburg-Friedensburgischen Kupferschieferbergwerke, erlebten jedoch trotzdem von 1813 bis 1820 einen ziemlichen Niedergang.

Ihre Kupferproduktion betrug 1812: 561 Tonnen, 1813: 502 Tonnen, 1814: 352 Tonnen, 1815: 279 Tonnen.

Durch den **Wiener Vertrag** kam Mansfeld 1815 zu Preußen. Mit diesem Termin setzte auch eine **starke wirtschaftliche Konsolidierung** ein. Die Eisleber, Leimbacher und Mansfelder Gewerkschaften, zu denen noch die Leinunger Berg- und Hüttenwerke, sowie der Sangerhäuser Bergbau gekommen waren, verschmolzen sich am 11. März 1851 zur **„Mansfeldischen Kupferschieferbauenden Gewerkschaft"** mit 768 Anteilen zu je 3000 Talern.

Mit dem preußischen Finanzminister wurde ein Vertrag geschlossen, nachdem die Gesellschaft definitiv die Verwaltung aller Bergwerke übernahm. Von diesem Zeitpunkt an beginnt der kapitalistische Aufschwung des Mansfelder Bergbaus, aber auch seine Scharfmachermethoden und ihre Auswirkungen bis auf den heutigen Tag.

Ueber die Lage der Bergarbeiter

Kautsky schreibt in seinem obengenannten Werk zur Lage der Bergarbeiter des 16. Jahrhunderts folgendes:

„Mit den heutigen Verhältnissen verglichen war die Lage der Bergknappen zu Anfang des 16. Jahrhunderts allerdings keine ungünstige. Die tägliche Arbeitszeit, die Schichtdauer, betrug nach Agricola (4. Buch) in der Regel 7 Stunden. Die erste Schicht begann um 4 Uhr morgens und dauerte bis 11 Uhr. Die zweite dauerte von 12 bis 7 Uhr. Eine Nachtschicht (von 8 Uhr abends bis 3 Uhr morgens) wurde nur in Fällen dringender Not gestattet. Kein Bergarbeiter darf zwei Schichten nacheinander tun, weil er sonst bei der Arbeit einschläft . . . so er ab großer und harter Arbeit müde ist worden . . . Nicht bloß an Sonn- und Feiertagen, sondern auch an Sonnabenden wurde gefeiert. Den letzten Tag sollten die Bergbauer benutzen, ihre Lebensbedürfnisse für die Woche einzukaufen. **Die wöchentliche Arbeitszeit betrug also 35 Stunden!** . . .

Seit dem 16. Jahrhundert ist ein **fortwährender Niedergang zu verzeichnen in bezug auf Arbeitsdauer und Entlohnung der Bergarbeiter** (die bis dahin relativ gut war).

1861 hatten die gesamten Gruben 4672 Mann Belegschaft. Gefördert wurden 55 346 Tonnen Minare (Sanderze, Dachberge, Schiefer) Kupfer davon 1485 Tonnen und 8008 Kilogramm Silber.

Auf den Kopf entfielen im Jahre 15,7 Tonnen Minern, davon 3,396 Tonnen Kupfer. Das war den Bergkapitalisten viel zu wenig. Sie begannen mit **Abbau der Lebenshaltung, der politischen Rechte und mit Steigerung der Arbeitsdauer.**

Bisher war der Bergmann ein freier, wehrhafter Mann gewesen. **In den Bauernkriegen, in allen Kämpfen des Mittelalters hat der Mansfelder Knappe eine hervorragende revolutionäre Rolle gegen die Unterdrücker gespielt.** Aber er verteidigte auch seine eigene Arbeit und ihren Ertrag. Jetzt ging der Anteil an die nichtarbeitenden Gewerkkapitalisten, die aus dem militärisch-disziplinierten freien Bergmann einen militärischen Schützenverein zu machen suchten, nachdem sie ihn den Ertrag der Arbeit und die Freiheit genommen hatten. Einige Kompanien des alten Heeres leiten ihren Ursprung auf dieses Vorkriegstheater zurück, das eine finstere wilhelminische Parodie auf die einstige Freiheit ist.

1862 führten die Gewerkkapitalisten das **Gedinge für Häuer** ein. Die Vorkommen wurden nach dem Versteigerungsprinzip geregelt, das heute noch in Kraft ist und zu den übelsten Scharfmachermethoden im Bergbau rechnet. Auch auf den Hütten, zunächst der Eisleber, wurde die Verdingung (Akkord) der Schmelzarbeiter „mit Erfolg", wie die Chronik sattlächelnd meldet, eingeführt.

1862 wurde auch das Jahr der **Einführung der Dampfkraft im Bergbau.** Die Belegschaft stieg zwischen 1866 und 1870 auf 7164 bzw. 5503 1869. Die Produktion aber steigerte sich gegen 1861 durch Akkordarbeit und Technik auf 100 Prozent (157 610 Tonnen Minern mit 3666 Tonnen Kupfer und 16 188 Kilogramm Silber, gleich 29,7 Tonnen Minern, 0,691 Tonnen Kupfer pro Kopf der Belegschaft!) **Ganz die heutige Methode!**

Der Aufschwung bis zum Jahre 1900

In den letzten Jahrzehnten des vorigen Jahrhunderts beginnt der Mansfeldkonzern auch die eigene Versorgung seiner Industrie mit Kohle und Koks in Angriff zu nehmen und sich so unabhängig zu machen. 1873 erwarben die vereinigten Gewerkschaften Koksanstalten bei Barop, Friederikengrube und Rienke in Westfalen. 1875 kam dazu die bei Langendreer gelegene Steinkohlenzeche Mansfeld und umliegende Grubenfelder. Diese Zeche hatte 1899 eine Förderung von 285 451 Tonnen Steinkohlen und eine Produktion von 135 019 Tonnen Koks.

Die zwei Jahrzehnte, 1870 bis 1890, brachten große Fortschritte auf technischem Gebiet, in der Metallgewinnung, Ausnützung von Abfallstoffen usw. In diese Zeit fiel die **endgültige Abfindung der Pfaffen, die bisher jeden fünfzigsten Zentner Kupfer bezogen.** Die himmlischen Vertreter auf Erden waren wackere Nutznießer des aufstrebenden Kapitalismus. **1 650 000 Mk. säckelten sie 1879 als Abfindung ein und einzelne geistliche Herren sollen noch heute ein nettes Pöstchen beziehen aus Schweiß und Blut der Arbeiter.** Um sich von der Steigerung der Produktion und vom Aufstieg der Industrie in diesen Jahren ein Bild zu machen, muß man die Zahlen der Jahre 1861, 1879 und 1899 vergleichen:

1861: 4672 Mann Belegschaft, 1500 Tonnen Kupfer Jahresausbeute. 1899: 18 266 Mann Belegschaft, 21 000 Tonnen Kupfer Jahresausbeute (14mal so viel als 1861 bei vierfacher Belegschaft). 1861: 15,7 Tonnen Minern, 0,396 Tonnen pro Kopf der Belegschaft, 4672 Mann. 1879: 38,4 Tonnen Minern, 1,000 Tonnen pro Kopf der Belegschaft, 10 912 Mann.

Eine 14fache Steigerung der Produktion bei vierfacher Belegschaft 1900! Dieses Vorkriegsresultat war nur durch krasseste Ausnützung menschlicher Arbeitskraft, nicht wie es sonst dargestellt wird, durch bloße Technisierung zu erreichen.

Ein Rückblick auf „Wohlfahrt und Dividende 1900"

Der beschränkte Raum gestattet uns nicht, die historischen Betrachtungen über die Entwicklung der heutigen **Scharfmachergesellschaft Mansfeld A.-G.** allzu breit auszudehnen. Die älteren Jahrgänge der Belegschaft werden unser Material zur Genüge ergänzen kennen. Damit aber auch ein Ueberblick über das Anwachsen des Profits bis 1900 möglich ist, geben wir folgende Aufstellung, wie er sich (verschleiert wahrscheinlich) in dem offiziellen Ausweise der Gewerkschaft gestaltet. Die Gesellschaft hatte von 1860 bis 1900 69 120 Kuxenanteile, auf die Ausbeute gezahlt wurden pro Kux:

1860:	14,20 Mk.	1882:	60,— Mk.
1869:	23,— Mk.	1888:	75,— Mk.
1875:	38,30 Mk.	1890:	75,— Mk.
1880:	42,— Mk.	1899:	100,— Mk.
1881:	50,— Mk.		

Bei einem **Siebenmillionen-Ueberschuß** wurden 1900 **ganze 711 219 Mark auf 4681 Invaliden, Krüppel, Waisen usw. verteilt.**

Außerdem machte die Gewerkschaft folgende bezeichnende „Aufwendungen". Durch den Knappschaftsverein 1900 einmal im Jahr zur „Hebung des kameradschaftlichen Sinns"

pro Unverheirateten	1,— Mark
pro Verheirateten	1,50 Mark
pro Steiger und „Gleichgestellte"	2,— Mark

für — **Freibier!** Für die nötige Musik dazu jährlich 3000 Mark. Für den Bau von Beiställen in Helbra und Burgörner „infolge Anwachsens der Bevölkerung" eine größere Summe. Für die Armenschule in Eisleben dagegen ganze 300 Mark. Für eine Kinderlehranstalt sogar 120 Mark! Doch mehr gibts für die Pfaffen:

Für seelsorgerische Tätigkeit im Eisleber und Hettstedter Lazarett 600 Mark!

Für katholische „Seelsorge" polnischer Arbeiter 400 Mark.

Zionskirche Hettstedt jährlich 400 und Wimmelburg 500 Mark.

Wer 1900 50 Jahre in Fron der Mansfeld stand, bekam ganze 50 Mark und ein Diplom!

Das ist, wie schon gesagt, nur die Vorkriegstätigkeit dieser Scharfmachergesellschaft. Das ist ebenso nur ein winziger Auszug. Die Zahlen sind nicht im entferntesten die schlimmsten. Daß die Praxis der heutigen Mansfeld A.-G. der ruhmvollen Tradition der alten Gewerkschaft in Menschenleid und Ausbeutung nichts nachgibt, das wird die Fortsetzung beweisen. Jeder Kumpel von der Mansfeld weiß es ebenso gut . . .

P. P. und F. S.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019260506-18/fragment/page=0009

Die Regierungskrise in Polen

Von Axel (Warschau)

II.

Der kleine Staatsstreich in Polen

Die durch den Rücktritt der PPS.-Minister entstandene Regierungskrise ist äußerlich gelöst. Der Präsident Woziechowski hat den Rücktritt des Ministerpräsidenten nicht angenommen, und Graf Skrzynski hat es für möglich erachtet, an der Spitze eines Rumpfkabinetts an der Regierung zu bleiben.

Die faschistischen Rechten — **Nationaldemokraten**, die Leiter der Großbauernpartei **PSL/ST.** und die **christlich-nationalen Agrarier** (Monarchisten) — die nicht in die Koalition eintraten, aber jetzt das Rumpfkabinett unterstützen, triumphieren. In den fünf Monaten des Bestehens der Koalition, in der die **PPS.** die schändliche Rolle eines Faktors gespielt hatte, der die Empörung der Volksmassen zurückhält, hatten sich die rechten Parteien hinreichend gefestigt und das Staatsapparates bemächtigt, um von neuem an eine reine Rechtsregierung zu denken, an eine neue Ausgabe der Regierung von 1923.

Die neue Regierung Skrzynski, in der der Ministerpräsident selbst ein kläglicher Gefangener seiner faschistischen Kollegen ist, ist also eine teilweise Verwirklichung des faschistischen Programms und wird den Zielen der weiteren Faschisierung Polens dienen.

Die Regierung wird weiter die Säuberung des Staatsapparates und des Heeres durchführen, indem sie die Ueberreste der linken Elemente und der Anhänger **Pilsudskis** beseitigt. Sie bemüht sich, im Parlament eine Aenderung des Wahlrechts durchzuführen, die, dadurch daß sie die Rechte der Arbeiter und der nationalen Minderheiten einschränkt, bei Neuwahlen den vollen Sieg der faschistischen Reaktion sichert. Das kommende Parlament wird bekanntlich das Recht haben, die März-Verfassung abzuändern.

Der **Kampf um die Macht** wird jetzt in Polen zu einer Frage auf Tod und Leben, nicht nur für die proletarischen Massen und für die nationalen Minderheiten. Die jetzige Regierung bedroht in höherem Maße auch das gesamte Kleinbürgertum und seine demokratischen Ideale. Sie hat eine verhängnisvolle Bedeutung auch für jeden aufrichtigen polnischen Patrioten, der für ein unabhängiges und mächtiges Polen gekämpft hat und nun befürchten muß, daß Polen zu einer Kolonie des Völkerbundes werde.

Die **PPS.** hat ein demagogisches Manifest an die werktätigen Massen herausgegeben, von einer Arbeiter- und Bauernregierung zu sprechen begonnen und schlägt im Sinne dieser Losung den linken Bauernparteien und sogar den Parteien der nationalen Minderheiten einen gemeinsamen Block vor. Aber diese Parteien haben auf den Ruf der PPS. nicht geantwortet, da sich diese durch ihren Schacher mit der Bourgeoisie in bezug auf die Agrarreform und durch ihre Beteiligung an der Koalition, die gegenüber den nationalen Minderheiten eine äußerst angriffslustige Politik geführt hatte, allzusehr kompromittiert hat. Dabei umgeht die PPS. die **Unabhängige Bauernpartei** mit Stillschweigen, da sie sie als einen Verbündeten der Kommunisten ansieht.

Aber auch die linken oder genauer gesagt zentristischen **Bauernparteien** haben sich der Lage nicht gewachsen gezeigt. Sie haben keine gemeinsame Sprache gefunden und kein gemeinsames Aktionsprogramm bekanntgegeben. Die Bauernpartei **Wyzwolenie** (Befreiung) spricht von der „Notwendigkeit einer Regierung, die einen entschiedenen demokratischen Charakter aufweist". Die „**Bauernpartei**" des Abgeordneten **Bryl** hat von einer Arbeiter- und Bauernregierung zu sprechen begonnen. Aber alle diese „Forderungen" sind nicht über die Grenzen frommer Wünsche hinausgegangen. Die Klubs der „Parlamentslinken" haben sogar einen Vorschlag der „Bauernpartei" abgelehnt, eine gemeinsame Delegation zum Präsidenten der Republik zu entsenden, die bei ihm gegen das Weiterverbleiben des Rumpfkabinetts an der Regierung Protest erheben sollte.

Es ist bemerkenswert, daß auch **Pilsudski**, der anerkannte Führer aller kleinbürgerlichen Parteien Polens, diesmal keine Initiative entfaltet hat. Als die Krise im vollen Gange war, hatte er mit dem Präsidenten der Republik nur Besprechungen über die Bedingungen seiner Rückkehr zum Heere und „warnte" nur nebenbei vor der Ernennung des Generals **Sikorski**, des ewigen Nebenbuhlers des Herrn „Marschalls", auf irgendeinen entscheidenden Posten.

Nur die **Kommunistische Partei** hat sich an die Arbeiter- und Bauernmassen und ebenso an die Arbeiter- und Bauernabgeordneten aller Fraktionen des Parlaments mit dem Aufruf zur Mobilisierung dieser Massen und unter der Losung der Arbeiter- und Bauernregierung und des Kampfes um die Macht gegen den Faschismus gewendet.

Rücktritt des polnischen Kabinetts

Warschau, 5. Mai.

Ministerpräsident Graf Skrzynski hat heute nachmittag dem Präsidenten der Republik den Rücktritt des Gesamtkabinetts unterbreitet. Der Präsident hat die Demission angenommen.

Die Arbeitermorde in Polen

Ergänzend zu der gebrachten Maimeldung aus Warschau erfahren wir:

Die Polizei hatte die letzten Tage vor dem 1. Mai dazu benutzt, alle „des Kommunismus verdächtigen Elemente" zu verhaften. In Warschau wurden sogar 400 Personen der harmlosen Unabhängigen Sozialisten verhaftet. In Lodz wurden am 30. April 3000 angebliche Kommunisten verhaftet.

Die Maifeier in Warschau verlief sehr blutig. Man hatte die auch so schon in Warschau sehr zahlreichen Scharen der Polizei noch durch Abteilungen aus Pomerellen verstärkt. Es war Aufgabe der Polizei, kommunistische Demonstrationen zu verhindern, hauptsächlich es aber nicht zu einer Verschmelzung der sozialdemokratischen Demonstration mit den Kommunisten kommen zu lassen. Die Sozialdemokraten (PPS.) mobilisierten zu dem gleichen Zweck ihre berüchtigten „Kampfverbände", die mit Revolvern bewaffnet, die sozialdemokratischen Umzüge eskortierten.

An anderen Orten fanden ebenfalls Zusammenstöße statt, bei welchen auf die Arbeiter geschossen wurde.

Die Gesamtzahl der Opfer beträgt 17 Tote, über 90 Schwer- und mehr als 20 Leichtverwundete.

Fünfte Quittung über eingegangene Gelder für den Volksentscheid

Bisher quittiert:	8 800,58 Mk.
Ortsgruppe Ammendorf	28,70 Mk.
Ortsgruppe Merseburg	34,32 Mk.
Ortsgruppe Halle	7,70 Mk.
Ortsgruppe Zeitz	31,50 Mk.
Ortsgruppe Schraplau	5,60 Mk.
Ortsgruppe Erdeborn	71,60 Mk.
Ortsgruppe Muschwitz	18,70 Mk.
Ortsgruppe Deuben (Kreis Torgau)	33,05 Mk.
Ortsgruppe Halle	27,50 Mk.
Ortsgruppe Wehlitz	57,04 Mk.
Ortsgruppe Halle	5,— Mk.
Ortsgruppe Meisdorf	10,20 Mk.
Ortsgruppe Falkenberg	42,52 Mk.
Ortsgruppe Morl	16,80 Mk.
Ortsgruppe Mückenberg	152,— Mk.
Ortsgruppe Brachstedt	5,44 Mk.
Ortsgruppe Wittenberg	219,15 Mk.
Ortsgruppe Gröbeln	6,40 Mk.
Ortsgruppe Cosdorf	19,70 Mk.
Ortsgruppe Krauschütz	4,— Mk.
Ortsgruppe Oppin	8,20 Mk.
Ortsgruppe Wettin	0,50 Mk.
Ortsgruppe Rosberg	41,— Mk.
Ortsgruppe Aue	25,70 Mk.
Ortsgruppe Zschornewitz	43,12 Mk.
Ortsgruppe Zahna	7,— Mk.
Ortsgruppe Dobien	7,55 Mk.
Ortsgruppe Schildau	0,60 Mk.
Ortsgruppe Sangerhausen	60,— Mk.
Ortsgruppe Teuchern	19,52 Mk.
Ortsgruppe Annaburg	72,10 Mk.
Ortsgruppe Oberröblingen	33,74 Mk.
Ortsgruppe Falkenberg	1,35 Mk.
Ortsgruppe Lützen	20,45 Mk.
Ortsgruppe Eisleben	17,04 Mk.
Ortsgruppe Gerbstedt	70,68 Mk.
Ortsgruppe Laucha	0,16 Mk.
Ortsgruppe Liebenwerda	9,40 Mk.
Ortsgruppe Piesteritz	34,93 Mk.
Ortsgruppe Laufstedt	5,85 Mk.
Ortsgruppe Eilenburg	100,— Mk.
Ortsgruppe Halle	0,70 Mk.
Ortsgruppe Alsleben	0,50 Mk.
Ortsgruppe Könnern	0,80 Mk.
Ortsgruppe Sennewitz	25,95 Mk.
Ortsgruppe Weißenfels	216,50 Mk.
	10 420,64 Mk.

Die Ortsgruppen werden aufgefordert, die noch in ihrem Besitz befindlichen Sammellisten sofort an die Bezirksleitung, Abteilung Kasse, einzusenden. Sammellisten und Geld ist zugleich abzusenden.

BL. Halle-Merseburg.
Abteilung Kasse.

Aus der Partei

Korsch und Schwarz aus der KPD. ausgeschlossen

Das Zentralkomitee der KPD. faßte am 30. April folgenden Beschluß:

„1. Das ZK. beschließt: Die Genossen Korsch und Schwarz werden aufgefordert, ihre Reichstagsmandate bis Montag, den 8. Mai, mittags 1 Uhr, niederzulegen.

2. Ist diesem Beschluß in der vorgeschriebenen Zeit nicht Rechnung getragen, so tritt automatisch der Ausschluß aus der Partei in Kraft. Dieser Ausschluß ist dann sofort der Oeffentlichkeit mitzuteilen."

Korsch und Schwarz haben ihre Mandate nicht niedergelegt, wohl aber haben sie das Reichstagsbureau aufgefordert, die Diäten in Zukunft nicht mehr dem Sekretariat der kommunistischen Fraktion, sondern ihnen persönlich auszuhändigen.

Mit dem Ausschluß Korsch und Schwarz hat die Partei auch formal den Bruch mit Elementen vollzogen, die mit dem Kommunismus nichts mehr zu tun haben. Ihre konterrevolutionären Auffassungen sind bereits eingehend widerlegt worden. Hinzu kommt noch, daß Korsch und Schwarz eine Reihe organisatorischer Maßnahmen gegen die Partei unternommen haben. Fraktionskonferenzen wurden in Dortmund, Hannover und Berlin abgehalten. Noch am Karfreitag waren Korsch und Schwarz mit dem ausgeschlossenen Katz zusammen in einer Reichskonferenz, in der eine Reihe Beschlüsse, die sich gegen die Partei richten, gefaßt wurden.

Das ZK. mußte infolgedessen die notwendigen Maßnahmen treffen, um die Tätigkeit dieser parteifeindlichen Elemente zu unterbinden.

Das Zentralkomitee fordert alle Genossen auf, jede Verbindung mit den Ausgeschlossenen, Korsch und Schwarz, abzubrechen.

Genossen, die noch weiter die Verbindung mit den Ausgeschlossenen aufrechterhalten, stellen sich damit außerhalb der Reihen der Partei.

Zentralkomitee der KPD.

Korsch bei Stampfer

Der Reichstagsabgeordnete Prof. Dr. Korsch hat dem „Vorwärts" die Kopie eines Schreibens an das ZK. der KPD. zukommen lassen, in dem er mitteilt, daß er sich dem Beschluß des ZK., sein Reichstagsmandat niederzulegen, nicht fügt. Auf das Schreiben selbst lohnt es sich nicht einzugehen. Korsch und Schwarz haben nichts mit dem Kommunismus und der Kommunistischen Partei zu tun. Die Partei ist über sie hinweggegangen.

Bekanntmachungen der Bundesleitung des RFB.

Zeitung

Die nächste Nummer der Zeitung „Rot Front", die gleichzeitig als Sondernummer zum Reichstreffen ausgestaltet wird, geht den Ortsgruppen diesmal am 17. und 18. Mai zu.

Die Ortsgruppen erhalten nochmals die Anweisung, den Straßenverkauf des Bundesorgans intensiver als bisher zu organisieren und durchzuführen.

Der Preis für die Sondernummer beträgt pro Exemplar 20 Pf., an die Bundesleitung müssen 10 Pf. abgerechnet werden.

Bestellungen auf Verkaufszeitungen für diese Nummer sind bis zum 10. Mai aufzugeben.

Bundesleitung des RFB.

Quartierausgabe zum Reichstreffen

Wir machen die Kameraden unserer Organisation nochmals darauf aufmerksam, daß erst vom 20. Mai die Quartierausgabe an die am Reichstreffen teilnehmenden auswärtigen Kameraden erfolgt.

In Anbetracht der großen Wirtschaftskrise sind Fußwanderungen nach Berlin mit großen Schwierigkeiten verknüpft, da die Kameraden unterwegs von der Arbeiterschaft nicht aufgenommen werden können. Die Kameraden sollten aus diesem Grunde von Fußwanderungen Abstand nehmen.

Bundesleitung des RFB.
Thälmann. Leow. Dittrich.

Ein Opfer der Nationalisierung bei der Dawes-Bahn

Dresden. Der Weichenwärter Braune wurde wegen Gefährdung eines Eisenbahntransports, fahrlässiger Tötung und Körperverletzung zu 6 Monaten Gefängnis ohne Bewährungsfrist verurteilt. Braune soll das Eisenbahnunglück bei Riesa vor einigen Wochen „verschuldet" haben. Vor Gericht wurde festgestellt, daß Braune täglich ohne Pause 12 Stunden Dienst zu machen hatte. Er war zugleich der eigene Fahrdienstleiter, hatte einen Straßenübergang, mehrere Weichen, drei Morseapparate, eine Fernsprechumschaltung, die Ein- und Ausfahrsignale- und Läutewerke zu bedienen, die vielen Eintragungen zu machen, den Rangierdienst zu übermachen und seine Stellereien zu reinigen. Kurz vor dem Zusammenstoß hatte Braune mehrere telephonische Anfragen zu erledigen, auch waren Telephonleitungen umzuschalten. Braune griff, ohne das Gespräch abzubrechen, versehentlich einen falschen Hebel und führte dadurch den Zusammenstoß herbei.

Nach dem Unglück hat der Oberbahnhofsvorsteher neue Hilfskräfte beantragt.

Neues vom Tage

Alles per Radio

Barcelona. Kürzlich erregte eine geheime Radiostation großes Aufsehen, von der aus ein Unbekannter **heftige Angriffe gegen Primo de Rivera richtete**, die Programme störte und **den spanischen Diktator sorgesetzt beleidigte.** Das Vorhandensein einer solchen Station ist zwar offiziös mehrfach dementiert worden, jedoch wurde sie jetzt an Bord des Flugzeugtransportschiffes der Kriegsmarine „**Vedalo**" entdeckt. Die Urheber der gegen Rivera gerichteten Radiopropaganda sind **drei jüngere Marineoffiziere, die verhaftet** und an Bord des Kreuzers „Rio de la Plata" gebracht wurden.

Die geistige Elite

Stockholm. Nie sind in Stockholm soviel **Abiturienten durgefallen** wie in diesem Jahr. Als Ursache gibt man, und wohl recht, **Jazz und Sport** an.

Eine solche Erhebung in Deutschland aufgestellt, würde scheinlich zu ähnlichen Ergebnissen kommen, **die Ursachen werden aber sicher andere sein.** Wein, Weib und Gesang.

Es lebe die Abrüstung

Holland setzt den Bau von Kriegsschiffen fort. Die ursprünglich zurückgenommene Summe von 2 400 000 Gulden ist wieder in das Marinebudget aufgenommen worden. Der Betrag ist für den Bau von **drei Torpedobooten** bestimmt.

Folgen der Prügelstrafe

In der Volksschule in **Dieburg in Hessen** ereignete sich ein folgenschwerer Unfall. Die Handarbeitslehrerin **Kaiser** schlug während des Unterrichts einer elfjährigen Schülerin **auf den Hinterkopf.** Das Mädchen hatte eben eine Stricknadel in der Hand, die sich in der Schulbank festhakte und bei dem Schlag dem Kind **zwischen Auge und Nase in den Kopf drang.** Trotzdem sofort ärztliche Hilfe in Anspruch genommen wurde, **starb das Mädchen noch in der Nacht.** Die Lehrerin ist seit dem Vorfall verschwunden.

Ob dieser Vorfall wohl endlich dazu beitragen wird, die Prügelstrafe abzuschaffen? Die Arbeiterschaft wird auch diesen Dingen ihre Aufmerksamkeit schenken und ihren ganzen Druck zur Beseitigung der Prügelstrafe aufbieten müssen.

Herbstmanöver der Reichswehr

In diesem Jahre finden zum ersten Male seit der Organisierung der Reichswehr die Herbstmanöver in der Form des Kampfes von Divisionen gegen Divisionen statt. Die Bürgerkriegsrüstungen und die Rüstungen im Geiste von Locarno nehmen bei der deutschen Bourgeoisie einen immer weiteren Umfang an.

Wer kann Auskunft geben?

Vermißt wird seit dem 10. April der Genosse **Karl Pux**, geboren am 5. November 1885 zu Hannover. Er ist am 10. April nach Edingshausen gefahren. Dort ist er auch gewesen und hat angeblich die Rückreise nach Hannover wieder angetreten. Bis heute ist er aber noch nicht eingetroffen. Sachdienliche Angaben über den Verbleib des Vermißten sind an den Landtagsabgeordneten Karl Abel, Hannover, Klagesmarkt 21, zu richten.

Kasino-Lichtspiele Wittenberg

Ab heute Donnerstag:

Försterchristl

nach der gleichnamigen, weltberühmten Operette von Buchbinder und Zarno in **8 Akten 8**

In den Hauptrollen:

Lya Mara, Harry Liedtke

Anfang 6 Uhr, 8.15 Uhr
Sonntag ab 4 Uhr

10 Mann großes Orchester

Zugendliche haben Zutritt

Gesellen-Verein Gladitz

Wir beehren uns, zu unserem am Sonntag, 9. Mai 1926 stattfindenden

1. Stiftungsfest

ergebenst einzuladen 544

Festfolge:

½2 Uhr: Empfang d. auswärtig. Vereine
2 Uhr: Historischer Umzug durch die Orte Gladitz und Dösdwitz

Anschließend **Festball**

Der Vorstand

Todesurteil bringt **Riesolda**

Kopf- Wanzen
Filz- **Läusen** Flöhen
Tier- Brut

Verl.: **Halle, Schurig,** Steinweg 10
Merseburg, Wenzel, Obere Burgstr. 6

Zentralbibliothek Halle, Burgstraße 27

(Volkspark) ca. 5000 Bände stehen allen organisierten Arbeitern und Angestellten zur Verfügung.

Geöffnet Dienstag und Donnerstag, abends 6 bis 8 Uhr
Bücherverzeichnisse zu haben in der Volksbuchhandlung, Harz 42/44

Auf Teilzahlung!

Herren-Anzüge von Mk. 49,— an
Herr.-Sport-Anzüge v. Mk. 38,— an
Herr.-Gummi-Mäntel v. Mk. 24,— an
Damen-Kleider von Mk. 5,— an
Damen-Kostüme von Mk. 25,— an
Herren-, Damen-, Bett- u. Tischwäsche
in großer Auswahl zu billigsten Preisen
Kleine Anzahlung, bequeme Ratenzahlungen!

Paul Sommer
Leipziger Str. 14 I. und II. Etage

Ansichtskarten empfiehlt die Volksbuchhandlung

Bitterfeld Bitterfeld

Thiemes Molkerei

Burgstr. 40 Spezial-Geschäft Burgstr. 40

empfiehlt sämtl. Molkerei-Produkte als:

Ia Vollmilch — Ia Speise-Quark
in Flasch., auch frei Haus — Ia Joghurt-Milch
Ia Molkerei-Butter — Ia frische Landeier

und sämtliche Sorten **Käse** zu stets äußerst billigen Tagespreisen!

Spezial-Margarine „Marke Konkurrenzlos" ..... ℔ 0,65
Spezial-Margarine „Thiemes Hausmarke" ..... ℔ 0,75

Bei Einkauf in Höhe von 1,50 Mk. gebe Donnerstag Freitag und Sonnabend auf sämtliche Artikel (ausgeschlossen Molkereibutter) ¼ Pfd.-Packung allerfeinsten 22% Kakao gratis

Kinder-Klapp- und Stubenwagen
Kinderbetten
Kinderstühle
neue gute Ausführungen
sehr preiswert im
Kinderwagenhaus
Bruno Paris
Brüderstr. 3, 1 Minute vom Markt
Zahlungserleichterungen

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019260506-18/fragment/page=0010

Klassenkampf

Kommunistisches Organ
für den Bezirk Halle-Merseburg mit der Illustrierten Arbeiter-Zeitung „Der Rote Stern"

Der „Klassenkampf" erscheint jeden Werktag nachmittag, außer Sonn- und Feiertag. Bezugspreis: frei Haus monatlich 2,30 Mark; durch die Post bezogen 2,00 Mark, ohne Zustellungsgebühr. Verlag und Druck: Produktiv-Genossenschaft für den Bezirk Halle-Merseburg, eGmbH., Halle, Lerchenfeldstraße 14.

Anzeigenpreis: 13 Goldpfennig f. d. Millimeter Höhe u. Spalte; 70 Goldpfennig f. Reklame im Textteil. Manuskripte zu richten nach Halle, Lerchenfeldstr. 14. Tel. 1045, 1047, 2251. Telegr.-Adr.: Klassenkampf Halle. Bankkonto: Commerz- u. Privat-Bank, Halle. Postscheckkonto: Leipzig 1068 48 Fritz Kroh, Halle.

Einzelpreis 15 Pf. | Halle, Donnerstag, 6. Mai 1926 | 6. Jahrgang ★ Nr. 106

Streik in Deutschland – beste Hilfe für die englischen Brüder!

Kampfvorschläge der KPD. an den ADGB.

Die Kommunistische Partei hat gestern durch die Genossen Thälmann und Heckert im Bundesvorstand des ADGB. eine Reihe von **Vorschlägen zur Unterstützung der englischen Arbeiter** und zur Ausnutzung der durch den Generalstreik in England geschaffenen Lage zugunsten der deutschen Arbeiterklasse gemacht. Es ist die Aufgabe aller klassenbewußten Arbeiter, diese Vorschläge in die Tat umzusetzen. Die Sabotage, die jeder ernsthaften Unterstützung der englischen Arbeiter und dem einheitlichen Kampf der deutschen Arbeiter für ihre Forderungen in den reformistischen Gewerkschaftsleitungen begegnet, kann nur durch den **energischen Kampf aller Gewerkschaftsmitglieder** gebrochen werden.

*

Berlin, den 5. Mai 1926.

An den Bundesvorstand
des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes,

Werte Genossen!

Die außerordentliche Tragweite des englischen Generalstreiks für die gesamte internationale Arbeiterbewegung und insbesondere für die deutschen Arbeiter veranlassen uns, dem Bundesvorstand des ADGB. folgende Vorschläge zu einer wirklich tatkräftigen Unterstützung der englischen Arbeiterklasse zu machen:

1. Die Brüsseler Entschließung des Exekutiv-Ausschusses der Bergarbeiter-Internationale bildet zweifellos eine günstige Basis für die Entfaltung einer internationalen Solidaritätsaktion für den Kampf der englischen Arbeiter. Jedoch hängt alles davon ab, daß die dort in Betracht gezogenen Maßnahmen so schnell wie möglich **durchgeführt** werden. Die englischen Arbeiter stehen bereits im Kampf. Jede Stunde ist kostbar. Jede Verzögerung der Solidaritätsaktion nützt unmittelbar der englischen Bourgeoisie, die alle ihre Kräfte zusammenrafft, um die englischen Arbeiter niederzuschlagen. Es gibt nur eine Möglichkeit, die internationale Hilfsaktion in Gang zu bringen: **die selbständige Initiative** der angeschlossenen nationalen Verbände. Wir schlagen deshalb vor, unverzüglich das gemeinsame Vorgehen der wichtigsten Verbände auch in Deutschland zu organisieren, um die durch den Generalstreik in England geschaffene Lage **auch zu Gunsten der deutschen Arbeiter auszunützen.**

2. Die KPD. betrachtet es als ungenügend, wenn der Bergarbeiter- und Transportarbeiterverband den Export von deutscher Kohle bloß nach England verhindert. Diese Maßnahme allein würde im gegenwärtigen Moment einen Schlag ins Wasser bedeuten. Denn es ist bekannt, daß die englische Industrie und das Transportwesen für längere Zeit mit Kohle eingedeckt sind. Worauf es ankommt, ist, zu verhindern, daß die deutsche Bourgeoisie in die Lage versetzt wird, für England **am Weltmarkt** einzuspringen, um auf diese Weise zum wirksamsten Streikbrecher gegenüber der kämpfenden englischen Arbeiterschaft zu werden. Wir schlagen deshalb vor, daß **für die Dauer des englischen Streiks jeglicher Export von Kohle eingestellt wird.**

3. Ebenso muß verhindert werden, daß unter dem Titel **„Reparationslieferungen"** der englischen Bourgeoisie Kohle für Exportzwecke seitens der deutschen Bourgeoisie zur Verfügung gestellt wird, weil auf diese Weise ein großer Teil des Exportbedarfs der englischen Bourgeoisie für die nächste Zeit eingedeckt werden könnte.

4. Wir schlagen weiter vor, **zur sofortigen Schaffung eines Unterstützungsfonds für den englischen Kampf einen Extrabeitrag von allen Mitgliedern des ADGB.** zu erheben.

5. Die durch den Generalstreik in England geschaffene Lage ist besonders geeignet, endlich **auch in Deutschland den Kampf für die Forderungen der Bergarbeiter und der gesamten Arbeiterschaft — Achtstundentag, Siebenstundenschicht im Bergbau, höhere Löhne, ausreichende Unterstützung der Erwerbslosen und Kurzarbeiter — zu organisieren.** Es ist durchaus ungenügend, wenn der BAV. den Bergarbeitern empfiehlt, keine Ueberschichten zu verfahren. Notwendig ist die fristlose Aufhebung des Arbeitszeitabkommens und die **restlose Wiederherstellung der Siebenstundenschicht.**

6. Um dies zu erreichen und den Sieg zu gewährleisten, ist sofort ein **Bündnis der Bergarbeiter, Eisenbahnarbeiter, Transportarbeiter und Metallarbeiter** herzustellen.

7. Die Durchführung all dieser, sowohl für die deutsche, als für die englische Arbeiterklasse lebensnotwendigen Maßnahmen kann selbstverständlich **nur im Kampfe** erfolgen. Seit langem war die Lage nicht so günstig wie jetzt. Alle Voraussetzungen für eine siegreiche Beendigung des Kampfes sind gegeben. Die Sympathie der deutschen Arbeiterschaft für die Kämpfe der englischen Brüder hat breiteste Schichten ergriffen. Zur Durchführung dieser und aller anderen, sich aus der täglich sich verschärfenden Situation ergebenden Maßnahmen, sowie der Beschlüsse der Brüsseler Tagung ist die **Proklamierung des sofortigen Streiks der deutschen Berg- und Transportarbeiter, der Eisenbahner, Binnenschiffer, Hafenarbeiter und Metallarbeiter mit dem Ziel der restlosen Unterstützung des englischen Kampfes und der Durchsetzung der Forderungen der deutschen Arbeiterschaft notwendig.** Zur Durchführung des Kampfes ist die Einsetzung einer **zentralen Kampfleitung** aus allen beteiligten Verbänden erforderlich. Wir halten es zum Schluß für unbedingt notwendig, daß der **ADGB. die ganze deutsche Arbeiterschaft für diesen Kampf mobilisiert**, sie zu Demonstrationsversammlungen aufruft, in denen einerseits der tatkräftigen Sympathie zum englischen Kampfe Ausdruck gegeben und andererseits der Kampfwille der breitesten Massen zusammengefaßt wird.

8. Der Kampf in England ist eine Kraftprobe, die die imperialistische englische Bourgeoisie der englischen Arbeiterklasse liefert, weil diese sich immer mehr und mehr für den revolutionären Kampf um die Ziele des Sozialismus organisiert. Wir halten es für nötig, daß in der gewerkschaftlichen Kampagne dieser Charakter des Kampfes um so mehr herausgehoben wird, als auch in Deutschland die Offensive der Unternehmer von einem immer schärfer werdenden Angriff der Reaktion gegen die Arbeiterbewegung geleitet wird.

Wir sind der festen Ueberzeugung, daß eine Durchführung unserer Vorschläge **die Kraft des deutschen Proletariats erhöhen und den Einfluß der Gewerkschaften in den breiten Massen festigen würde.** Wir schlagen Euch vor, diese Vorschläge zur Grundlage der Aktion des ADGB. anläßlich des Kampfes in England zu machen und erwarten von Euch eine dementsprechende Antwort.

Mit proletarischem Gruß!

Zentralkomitee der KPD.

★

Die Maßnahmen zur Unterstützung der englischen Arbeiter, wie sie von den **Gewerkschaftsspitzen**, was wir weiter unten eingehender behandeln, beschlossen worden sind, müssen als **völlig ungenügend bezeichnet** werden. Die wirklich **notwendigen Kampfesmaßnahmen sind in diesen oben veröffentlichten Vorschlägen des Zentralkomitees der KPD. an den ADGB. aufgezeigt.** Angesichts der Halbheiten und Zweideutigkeiten der Gewerkschaftsspitzen ist es umsomehr notwendig, **die breiteste Mobilmachung aus den Betrieben und Gewerkschaften heraus** für diese allein möglichen **Kampfesmaßnahmen herbeizuführen.**

Allein schon die **gewerkschaftliche** Situation in **Mitteldeutschland** zeigt die Notwendigkeit wirklicher Kampfesmaßnahmen. Fast alle Industriegruppen, besonders die Metallarbeiter, stehen in ernsten Tarifkämpfen. Die Lage der mitteldeutschen Bergarbeiter ist sprichwörtlich als eine der schlechtesten zu betrachten. Bei **acht- bis zehnstündiger Arbeitszeit unter Tage und bei zehn- bis zwölfstündiger Arbeitszeit über Tage geht der Kumpel im Mansfeldischen von 18 bis höchstens 25 Mark Wochenlohn nach Hause.** Das zu derselben Zeit, wo eine Mansfeld A.-G. trotz der bekannten Bilanzverschleierungen eine **Dividendenausschüttung von 8 Prozent** zugeben muß.

Jetzt ist der Zeitpunkt gekommen, wo alle diese **einzelgewerkschaftlichen Kämpfe verbunden und in Beziehung gebracht werden müssen zu dem gewaltigen englischen Generalstreik.** Die einzige Konsequenz, die heute möglich ist, das ist die sofortige Rüstung zu einem

Solidaritätsstreik derart, daß auch die gewerkschaftlichen Forderungen der deutschen Arbeiter restlos erfüllt werden.

…reit — Regierungskrise

… auch diesmal die Luther-Regierung retten?

… Flaggenstreit zieht … es der Demokraten, … Reichspräsi… …skabinett die … von Schwarz… …ichnet. Dadurch … e akut geworden. … in Berlin eine … erschallte: Nie… …er mit Luther … es Zentrums, der … ird dem Reichstag … ogenannten Regie… …lare Entschei… … hat die kommu… …ündetes Miß… …erung eingebracht.

… gestern erwähnte … n lassen. Während … tung und des Reichs… … über die Flaggen… …ache geworden. Be… …es größten Protestes … und des Zentrums … ern als Beauftragter der SPD. eine **Aufschiebung der Unterzeichnung** verlangt und ist dieserhalb bei der Reichsregierung vorstellig geworden. Die Presseorgane der Demokratischen Partei und des Zentrums, wie selbstverständlich auch der SPD. haben drohende Proteste gegen die Unterzeichnung erlassen. **Es hat alles nichts genutzt. Hindenburg hat trotz dieser Proteste die Flaggenverordnung unterzeichnet.**

Das ist die eine Tatsache. Die andere wichtige Tatsache, die sich im Zusammenhang mit dem Flaggenstreit ergeben hat, ist die **schwere Krise**, die wegen dieser Frage innerhalb der **Demokratischen Partei und des Zentrums** ausgebrochen ist. Die Verordnung über die Flaggenfrage ist von dem gesamten **Reichskabinett einstimmig gefaßt worden.** Also auch von den Beauftragten der Demokratischen Partei, den Ministern **Geßler** und **Külz**, und von den Beauftragten des Zentrums, dem Justizminister **Marx**, diesem famosen Reichsbannerkameraden, und dem Arbeitsminister **Brauns.**

Die Auffassungen der demokratischen Minister und der Minister des Zentrums stehen in direktem Gegensatz zu den Meinungen innerhalb ihrer Parteien. Das gestrige „8-Uhr-Abendblatt" gibt eine Unterredung mit dem Reichsinnenminister Külz wieder, in der der Reichsinnenminister äußert, daß diese Verordnung **vollkommen verfassungsmäßig** sei und in gar keiner Weise beanstandet werden könne. Er bezeichnet diese Verordnung als einen **reinen Verwaltungsakt, den Ebert schon durchführen wollte.** Külz sagte wörtlich folgendes:

„Was wir mit der neuen Flaggenverordnung wollen, ist nichts anderes, als was der verstorbene Reichspräsident Ebert schon wiederholt geplant hatte, weil er die Notwendigkeit hierfür eingesehen hatte. Nur daß der erste Präsident der deutschen Republik zu früh gestorben ist, um seine Absicht noch in die Tat umsetzen zu können."

Külz versteigt sich dann in seinen weiteren Ausführungen zu dem grotesken Satz, daß die Verordnung ganz im Gegenteil zu der allgemeinen republikanischen Meinung **eine Stärkung, eine Ausdehnung der verfassungsmäßigen Reichsfarben bedeutet.** Eine Formulierung übrigens, die in demagogischer Absicht auch die nachträgliche Redigierung dieser Flaggenverordnung enthält.

Die kommunistische Reichstagsfraktion hat erneut ein Mißtrauensvotum gegen Luther eingebracht. Es wird sich zeigen, wie die Sozialdemokraten bzw. das Zentrum und die Demokraten sich zu dem Mißtrauensantrag der Kommunisten gegen Luther stellen werden.

Wenn die SPD. jetzt noch zögert, das Mißtrauensvotum gegen Luther auszusprechen, wird der Druck der eigenen Arbeiter sie so in die Klemme setzen, daß ihr Hören und Sehen vergeht.

Die Niederrufe auf den Reichsbannerkameraden Marx und auf den Reichskanzler Luther zeigen dem politisch Blindesten, daß es **zu Ende ist mit der Geduld der proletarischen Reichsbannermitglieder** und daß es auch zu Ende ist mit **jenen skandalösen Ovationen des Reichsbanners zusammen mit den faschistischen Verbänden vor Hindenburg**, wie sie vorgestern noch in Hamburg vor sich gegangen sind.

Kommunistisches Mißtrauensvotum gegen die Luther-Regierung

Die **kommunistische Reichstagsfraktion** hat folgenden Antrag eingebracht:

„Die Reichsregierung wolle beschließen:
Die Reichsregierung besitzt nicht das Vertrauen des Reichstages."

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019260506-18/fragment/page=0011